

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei zu's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit illust. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. Dr. Monat. Eingetr. in der Post-Beitragss. -Verzeichn. für 1896 unter Nr. 7377.

Inhaltungs-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer über deren Raum 40 Pf. für Berlin- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet. Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 21. Januar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das größere Deutschland.

Wie bei früheren Gelegenheiten ist einer wenig-fagenden Thronrede, die unter Gegenzeichnung des Fürsten Hohenlohe als Kundgebung der Reichsregierung der Öffentlichkeit übergeben wurde, eine persönliche Meinungsäußerung des Kaisers nachgefolgt, die in die Tagespolitik eingreift und die politischen Parteien zur Würdigung der darin angebahnten Politik nötigt. Beim Prunkmahle im königlichen Schlosse zur Jubelfeier der Reichsgründung brachte Kaiser Wilhelm II. folgenden Trinkspruch aus:

„Der heutige Tag, ein Tag dankbaren Rückblicks, wie das ganze Jahr in allen seinen Feiern, ist eine einzige große Dankesfeier und Gedankensfeier für den hochseligen großen Kaiser. Ueber dem heutigen Tage ruht der Segen, schwebt der Geist dessen, der in Charlottenburg, und dessen, der in der Friedenskirche gebettet ist. Was unsere Väter erhofften, was die deutsche Jugend träumend gesungen und gewünscht hat — ihnen, den beiden Kaisern, ist es vergönnt gewesen, das Deutsche Reich mit den Fürsten sich zu erklämpfen und wiederherzustellen. Wir dürfen dankbar die Vortheile genießen; wir dürfen uns des heutigen Tages freuen. Damit geht auf uns jedoch die ernste Pflicht über, auch das zu erhalten, was die hohen Herren uns erkämpft haben. Aus dem Deutschen Reich ist ein Weltreich geworden. Ueberall in fernem Theile der Erde wohnen tausende unserer Landsleute. Deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. Noch tausenden von Millionen besitzen sich die Werthe, die Deutschland auf der See fahren hat. An Sie, meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, mir zu helfen, dieses größere Deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern. Das Gelübniß, was ich heute vor Ihnen ablegte, es kann nur Wahrheit werden, wenn Ihre von einheimischem, patriotischem Geiste befehlte, vollste Unterstützung mir zu theil wird. Mit diesem Wunsche, daß Sie in vollster Einigkeit mir helfen werden, meine Pflicht nicht nur meinen engeren Landsleuten, sondern auch den vielen tausenden von Landsleuten im Auslande gegenüber zu erfüllen, das heißt, daß ich sie schützen kann, wenn ich es muß, und mit der Mahnung, die an uns alle geht: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen“, erhebe ich mein Glas auf unser geliebtes deutsches Vaterland und rufe: Das Deutsche Reich hoch! — und nochmals hoch! und zum dritten Mal hoch!“

Die in dem vorstehenden Trinkspruch zum Ausdruck gekommene Auffassung des Kaisers, daß der 18. Januar wie das ganze Jahr eine einzige große Dankesfeier für den Kaiser Wilhelm I. sei, theilen wir ebenso wenig wie die historische Ansicht, daß die beiden Kaiser das Reich sich erkämpft und wieder hergestellt haben. Möglich wäre ja,

daß auch Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich III. gleicher Ansicht mit ihrem Enkel und Sohne waren, aber das Geschichtsurtheil wird nicht dabei stehen bleiben, jene Staatsumwälzung der Jahre 1866 bis 1871 als ein nach Ursache und Wirkung rein persönliches Ereigniß anzufassen. Indes akademische Erörterungen über die Würdigung von Geschichtsvorgängen können wir hier beiseite lassen. Uns interessiert vornehmlich die Anregung für die deutsche Politik, die in dem letzten Theile des kaiserlichen Trinkspruchs enthalten ist.

Diese politische Anregung zerfällt in zwei Theile: in eine Forderung und in deren Begründung. Beide Bestandtheile der Anregung stehen nun leider nicht in einem zwingenden ursächlichen Zusammenhange und die Begründung ist anfechtbar an sich. Sie läßt nicht mit völliger Klarheit erkennen, was der Kaiser gemeint hat mit dem „Weltreich“, zu dem das Deutsche Reich geworden sei.

Man hat bisher das Wort Weltreich angewandt auf Staatsgebiete, die durch Eroberungen und Kolonisationen über das engere Gebiet des ursprünglichen Mutterlandes weit hinausgewachsen waren. Ein solches Weltreich war das römische; eine zeitlang konnte das spanische Staatsgebilde auf diese Bezeichnung Anspruch erheben. Neuerdings ist das britische Reich zu einem Weltreich nach römischem Vorbilde ausgewachsen; auch Rußland hat man ein Weltreich genannt; mehr wegen des bedeutenden Umfangs seines europäischen Gebietes und der vielfachen politischen Beziehungen, die sich daraus für Rußland gegenüber den bedrohten Nachbarländern ergeben, als wegen der eigenen Bedeutung des spärlich bevölkerten asiatischen Rußlands. Ein Weltreich in diesem Sinne wie Großbritannien und Rußland kann man aber kaum Frankreich nennen trotz seiner ausgedehnten Kolonien, oder man müßte auch Holland zu den „Weltreichen“ zählen. Ganz sicher ist aber das Deutsche Reich kein Weltreich in dem Sinne, den man bisher mit diesem Ausdruck verbunden hat, denn Deutschlands Kolonialgebiet kann, falls man ihm überhaupt eine Bedeutung zurechnen will, sich nicht einmal mit dem Spaniens oder Hollands messen.

Doch vielleicht haben dem Kaiser Wilhelm II. bei der Bezeichnung „Weltreich“ diejenigen Beziehungen des Deutschen Reiches vorgeschwebt, die sich daraus ergeben, daß zahlreiche Reichsangehörige im Auslande erwerbsthätig sind und daß der Handel Deutschlands durch die ganze Welt geht. Daraus würden die Ausführungen des Kaisers über den deutschen Handel hinführen.

Zu dieser Auffassung paßt aber nicht die Wendung, daß das Deutsche Reich zu einem solchen Weltreiche geworden sei. Denn deutscher Handel ging auch vor der Gründung des Reichs in alle Welt, deutsche Gewerbetreibende waren auch vordem allerorts thätig. Alle diese Beziehungen haben sich zwar vermehrt, wie bei der fortschreitenden Kultur-entwicklung auch andere Länder überall ihre Weltbeziehungen erweitern.

Es paßt dazu auch nicht die Mahnung des Kaisers an die Gäste des Prunkmahls, es sei

ihre Pflicht ihm zu helfen, daß dieses größere Deutsche Reich fest an das heimische gegliedert werde. Der Ausdruck „größeres Reich“ paßt nicht auf Handelsbeziehungen eines Landes mit anderen Ländern, mögen auch diese Handelsbeziehungen zum Theil in den Händen von Angehörigen des ersteren liegen. Die Angliederung dieses Handels ist auch nicht das Werk von Haupt- und Staatsaktionen. Der Ausdruck „größeres Reich“ führt uns überhaupt auf eine ganz andere Spur.

Vor Jahren hat der englische Politiker Sir Charles Dilke ein Buch veröffentlicht, in dem er das englische Kolonialreich als „greater Britain“, das größere Britannien (eine Erweiterung von Großbritannien) anspricht. Mit diesem „Größeren Britannien“, das in England zum Schlagworte geworden ist, wurde aber das britische Kolonialreich gemeint. Nun sind denn auch verschiedene Leute auf die Vermuthung gekommen, dem Kaiser schwebte der gleiche Gedanke vor. So hat das französische Blatt „Temps“ geäußert, und das Wolffsche Bureau hat es hierher gemeldet:

„Man muß übrigens gesehen, daß Kaiser Wilhelm sich zu bemühen scheint, uns die Richtung vor der Reichseinheit zu erleichtern, wenn er, wie bei der gestrigen Jubelfeier, anstatt schmerzliche Erinnerungen hervorzuheben und schlecht vernarrte Wunden zu öffnen, die koloniale Ausbreitung des Reiches betont und dem „greater Britain“ ein „größeres Deutschland“ gegenüberstellt.“

Wir glauben nicht, daß der Kaiser direkt an eine solche „Gegenüberstellung“ gedacht hat, denn das Mißverhältniß der beiden Kolonialreichs-Größen ist doch ein zu auffälliges. Uns ist es aus allen diesen Gründen nicht klar geworden, was denn eigentlich Kaiser Wilhelm II. mit seinem Trinkspruch bezweckt hat.

Leider haben aber chauvinistisch veranlagte Gemüther in Deutschland die Worte des Kaisers, besonders die Anspielung auf die „Unterstützung“, die er beanprucht, dahin gedeutet, daß damit eine erhebliche Mehrforderung für die Kriegsstärke angebahnt werden solle. So schreibt die „Deutsche Warte“:

„Eine neue Marinevorlage soll, wie man mehrfach hört, von der Reichsregierung geplant werden. Die Rede des Kaisers bei der Tafel am Sonnabend wurde vielfach als eine Andeutung für die an hoher Stelle empfundene Nothwendigkeit der Verstärkung unserer maritimen Kräfte angesehen. Von einer Seite wird sogar behauptet, daß, wenn der Reichstag nicht bewilligungsbereit sei, an eine Auflösung des Reichstages gedacht werden würde. Es ist jedenfalls nicht ausgeschlossen, daß wir direkt vor ereignisreichen Wendungen der inneren Politik stehen.“

Einer solchen Ausnutzung des kaiserlichen Trinkspruchs kann nicht früh und energisch genug entgegen getreten werden. Ein zwingender Grund unsere Marine zu vermehren liegt nicht vor. Sie reicht zur Erfüllung ihrer Aufgaben, den deutschen Handel wie die Deutschen im Auslande zu schützen völlig aus. Mit Englands Flotte in einen Wettbewerb einzutreten, haben wir weder die Mittel noch irgend welchen Anlaß.

Clotilde. (Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von G. W. M. von Wallhausen.

Georgine wollte sich jedoch kein Wort entgehen lassen, während das Interesse Clotildens ein getheiltes schien. Dachte sie an den Baron?

Und doch war Verglühns Rede nur für sie berechnet gewesen. Er war sich sofort klar, daß es besondere Motive sein mußten, welche den bisher unabhängigen Baron, den Streikopf, in das Lager eines ihm abholden, ihm feindlichen Blattes getrieben. Der verliebte Blick, den der Baron beim Abschiede Clotildens gesendet, war ihm nicht entgangen, und das hatte Verglühns Haß und Eifersucht erregt.

Für Brambach waren die eben gehörten Enthüllungen äußerst werthvoll. Er dachte, während Verglühn sprach: Daß der Baron etwas links aufgetreten, und mit der Feder routinierter war als im Benchmen Damen gegenüber. Das stimmte ja, aber das war kein großer Fehler und konnte auch Besangtheit gewesen sein. Daß aber dieser Verglühn sich vor ihm fürchtete, Freundschaftsbeziehungen mit ihm pflog und doch sein erbittertester Feind war, das sprach zu gunsten des Barons und sicherte ihm Theilnahme. Gewiß hatte er den Muth gehabt, das Treiben dieses Wollüstlings zu brandmarken. Ein Tadel aus solchem Munde würde zum Lobe für den Baron.

Die Winke für sein Blatt waren Brambach sehr schätzbar. Er erging sich daher in folgenden Redensarten, als Verglühn geendet:

„Bin Ihnen sehr dankbar, Herr Legationsrath, daß Sie sich zu mir bemüht. Durch Ihren werthvollen Besuch habe ich wichtige Mittheilungen und Fingerzeige bekommen, die ich auch in Ihrem Interesse verwenden will.“

„Noch mehr“, entgegnete Verglühn überlegen, „wird die Eröffnung Sie erfreuen, daß in der feinen Gesellschaft allgemeine Befriedigung herrscht über das Auftreten von Frau und Fräulein Brambach im Bazar. Ich muß den Damen gratuliren. Meine Familie und ich werden bemüht sein, allerwärts rühmend Ihren Namen zu erwähnen. Besonders aber wünsche ich Fräulein Brambach Glück zu solchem Erfolge.“

Als nach diesen Worten Verglühn Clotildens Hand erfaßte, sagte Georgine: „Auch ich habe mich für Sie bemüht.“ Sie öffnete die Thür zum Nebenzimmer.

Der Zufall wollte, daß Blanka von Boheimb, welche gegenüber der Thür mitten im Zimmer saß, mit ansah, wie Verglühn Clotildens Hand küßte. Sie erhob sich geräuschvoll und lenkte dadurch aller Blicke auf sich.

Auf ein Wiedersehen solcher Art mit Verglühn schien Blanka nicht vorbereitet. Sie hatte ihre sonstige Ruhe verloren. Einen Augenblick stand sie, stehenden Auges dem verlegenen dreinschauenden Verglühn gegenüber.

Brambach begriff sie zuerst und rettete sie aus der peinlichen Situation, indem er andrief: „Ah! Willkommen, gnädiges Fräulein!“

Verglühn, daß ich störe!“ brachte Blanka mühsam hervor, „Dir, Georgine, wollte ich nur diesen Brief übergeben, ich muß sogleich wieder gehen.“

Sie suchte, zitternd vor Erregung, in ihrer Pompadourtasche.

Diesen Augenblick benutzte Verglühn, sich ihr zu nähern mit den Worten: „Wie preise ich das gütige Geschick, Sie, gnädiges Fräulein, zu sehen und zu begrüßen.“

Blanka verbogte sich, ohne ihr hochgerühmtes Antlitz zu erheben, und gab Georgine einen Brief, zur Thür schreitend.

Georgine überflog die Aufschrift und sagte: „O, Herr von Verglühn, diesen Brief schnell zu besorgen, übernehmen Sie wohl statt meiner, da meine Kousine, wie es scheint, Eile hat.“ Dabei gab Sie Verglühn den Brief.

Dieser schob ihn in die Tasche und sagte: „Sehr gern. Doch auch Ihnen, gnädiges Fräulein, kann ich dienen, mein Wagen hält nicht weit von hier, nehmen Sie ihn und mein Geleit bis dahin.“

Blanka sagte kein Wort, sie verbogte sich und ging aus der Thür, ließ dieselbe aber offen und schien es nicht ungen zu bemerken, daß Verglühn ihr, nach kurzem Abschiedsgrüße für die Zurückbleibenden, eiligen Schrittes folgte.

Brambach und Georgine traten ans Fenster, sahen den beiden nach, wie sie einem an der Straßenecke haltenden Wagen zuwinkten.

Verglühn sprach mit dem Kutscher und wollte eben Blanka bei dem Einsteigen behilflich sein, als diese den verbindlichen Gruß eines vorübergehenden Herrn erwiderte.

Der Grüßende war der Dr. Langenberg. Auch er sah Blanka an der Seite Verglühns im Wagen und diesen in entgegengesetzter Richtung vom Schlosse vorüberfahren.

Wollte nun Dr. Langenberg diese Neuigkeit der Brambach'schen Familie mittheilen, oder wollte er ihr einen Besuch machen? Kurz, er lenkte seine Schritte nach dem Brambach'schen Hause.

„Der Doktor kommt herauf“, sagte Clotilde, welche ebenfalls den Vorgang beobachtet hatte. Wieder zeigte sich auf ihrem jugendfrischen Angesicht eine zarte Röthe, sie eilte hinaus, um selbst die Etagenthür zu öffnen.

„Ah! der Herr Doktor“, mit diesen Worten ging Brambach dem Eintretenden entgegen.

„Gut, daß Sie kommen“, sagte Georgine hinzu, „ich habe ein Anliegen an Sie.“

Sozialistische Experimente.

Paris, 17. I. 98.

In einem meiner letzten Briefe sagte ich Ihnen, daß der Glasarbeiter-Streit in Garmaux nach monatelangem heldenhaften Widerstande ein unerwartetes Ende gefunden, und daß die Streitenden beschlossen hätten, eine Arbeiter-Glasfabrik zu gründen, um auf industriellem Gebiete den Kampf gegen ihren Fabrikherren Messögüier fortzusetzen.

Die erste Schwierigkeit, die zu überwinden war, bestand darin, das nötige Kapital, welches auf 400 000 Fr. geschätzt wird, zusammenzubringen. Eine alte Freundin Rochefort's stellte 100 000 Fr. zur Verfügung; die Gewerkschaften und die Arbeiter-Konsumvereine, deren Anzahl sehr bedeutend ist, sind bemüht die übrigen 300 000 Frs. zu beschaffen.

Aber das Kapital finden, war nicht die größte Schwierigkeit, auf welche die Glasarbeiter von Garmaux stoßen sollten; bevor man den ersten Brennofen anzünden, bevor man das Grundstück kaufen konnte, mußten sich dem Unternehmen verschiedene Schwierigkeiten in den Weg.

Als man darüber berieth, wo die Arbeiter-Glasfabrik errichtet werden sollte, beanspruchte die Stadt Garmaux diese Ehre für sich; ihr Gemeinderath, der aus kleinen Kaufleuten, Grubenarbeitern und Glasarbeitern besteht, beehrte sich, für die Arbeitergenossenschaft 10 000 Franks zu zahlen.

Die Grundbesitzer von Garmaux waren dem Plan nicht weniger, wenn nicht noch mehr gewogen; allein ihr Interesse für das Unternehmen der Ausländigen äußerte sich ganz anders; sie besaßen sich, ihnen ihre Grundstücke zu unverkäuflichen Preisen anzubieten. Einer von ihnen verlangte für 2 Hektar 50 000 Franks, was für den Quadratmeter 2,50 Franks macht, und dieser Preis, sonst der günstigste, war vom Bahnhof zu weit entfernt; man hätte für den Transport der Kohlen und des ersten Baumaterials eine schmalspurige Bahn bauen müssen. Der übermäßige Preis des Grundstücks wurde noch verdoppelt durch die Zehnerung des Brennmaterials; die Minen von Garmaux haben nämlich mit Messögüier einen Kontrakt geschlossen, welcher bestimmt, daß sie an eine Konkurrenz-Glasfabrik nur mit einer Preissteigerung Kohlen liefern dürfen.

Der Gemeinderath von Albi, einer kleinen Stadt in einiger Entfernung von Garmaux, lud die Glasarbeiter ein, sich in ihrer Mitte niederzulassen; und um die Glasarbeiter zu verpflichten, zeichnete er für sie 20 000 Frs. Ein Grundbesitzer bot ihnen ein Terrain von 3 Hektar, das ziemlich nahe am Bahnhof liegt, zum Preise von 30 000 Frs. den Hektar an, was auf den Quadratmeter 3 Frs. macht. Die Minen von Albi erboten sich, ihnen die in Glasfabriken gebrauchten Kohlen auch zu ungewöhnlich guten Bedingungen zu liefern. Alles spricht also zu Gunsten Albi's; man konnte nicht schwanen. Die Glasarbeiter würden vom ökonomischen Standpunkt aus eine wahnsinnige Handlung begangen haben, hätten sie sich in Garmaux etabliert.

Allein diese Entscheidung, die durch ökonomische Rücksichten aufgefunden war, brachte die Stadt Garmaux in Aufruhr. Die Kleinrentner, die sich während der ganzen Dauer des Streiks zu den Glasarbeitern gehalten und ihnen Kredit gegeben hatten, erhoben lauten Protest, alle hörten, daß sie um den Lohn ihrer Kupferung, die mit schweren Nachtarbeiten für sie verbunden war, betrogen sein sollten. Die Grubenarbeiter von Garmaux, die mit den streikenden Glasarbeitern gemeinsame Sache gemacht hatten, — wie sie selber in ihrem hartnäckigen Streik des Jahres 1892 von diesen unterstützt worden waren — geriethen in Verzweiflung, als sie erfuhr, daß ihre Kameraden sie um einer erbärmlichen Interessenfrage willen zu verlassen im Begriff waren. Man hat Garmaux um 50 Centimes gepörselt! rief Salvagnac aus.

Den Glasarbeitern war dies schmerzlich. Nichts lag ihnen ferner, als die eblen Gefühle ihrer Arbeits- und Kampfgenossen zu verletzen; sie wurden irre in ihren Entschlüssen und kamen schließlich überein, die Streitfrage dem Urtheil einer von den Gewerkschaften der Gruben- und Glasarbeiter ernannten Kommission zu unterwerfen. Einstimmig wurden von ihnen zu Schlichtrichtern gewählt: Baudin, der 1892 den Grubenarbeiter-Streit von Garmaux geleitet hatte, Millrand, Biriani, Gérault, Richard und Turot, die sämtlich die Achtung und Sympathie aller besaßen. Diese fünf Genossen urtheilten frei von jeder Sentimentalität, wie es ihre Pflicht war, und nur den Gedanken vor Augen, das glückliche Gedenken des Unternehmens in industrieller Hinsicht zu sichern. Und sie sprachen sich einstimmig für Albi aus. Dieser Schiedsspruch wurde von den Glasarbeitern mißfällig aufgenommen. Er erregte den Jörn der Kleinrentner, welche von den Agenten der Grubengesellschaft und der Glasfabrik Messögüier's gegen die Sozialisten und gegen Jaurès aufgehetzt wurden, der jetzt als Sündenbock gehalten muß.

Die Bourgeoisblätter jubeln in toller Freude über diesen Streit und einige erregte Ausritte, die er veranlaßt hat. „Ah,

Bermuthlich mehr wegen eines Festes oder einer Baderreise!“ brachte scherzend Langenberg nach der Begrüßung hervor, indem er für Clotilde, dann für sich einen Stuhl zurechtstreckte.

„Ach nein, eine Baderreise muß ich mir noch versagen,“ antwortete Georgine.

„Und doch würde Ihnen dieselbe sehr nützlich sein. Ich selbst denke mich auf ein paar Wochen frei zu machen, um in der Schweiz oder in Italien mich zu erholen.“

„Ach, Italien muß doch ein herrliches Land sein,“ hauchte schüchtern Clotilde, „daß es immer wieder aufgesucht wird.“

„Es ist ja möglich, daß auch Sie es noch zu sehen bekommen, vorläufig kann ich Ihnen ein treffliches Werk „Italien in Bild und Wort“ zur Ansicht bringen.“

„Sie sind so gefällig als gelehrt,“ lispelte verächtlich Clotilde.

„Herr Doktor,“ begann Georgine, „ich muß den vielen Bekannten, die uns nachträglich beschenkt und beglückwünscht haben, ein kleines Fest geben, Sie könnten das Arrangement dazu übernehmen, die Einladungen erlassen.“

„Sehr gern. — Sie hatten ja heute sehr vornehmen Besuch.“

„Sie meinen den Legationrath von Bergkahn,“ bemerkte Brambach.

„Nein. Also der war auch hier? Ich sah ihn, wie er Fräulein von Boheimb in seinen Wagen einlad.“

„Das wird Blanca keineswegs angenehm gewesen sein,“ schaltete Georgine ein.

„Da er hier war, bin ich nicht mehr überrascht, Bergkahn ist ja als galanter Ritter bekannt. Aber ich sah auch den Herrn von Rüdorf aus Ihrem Hause kommen.“

„Ah! Den Baron meinen Sie,“ sagte Brambach. „Ja er war hier, ich habe ihn für meine Zeitung gewonnen und fest engagirt.“

„So? Was Sie sagen? Diese Schwelkung wird noch als Stadtneugierde von sich reden machen.“

Der Doktor blickte vor sich hin, als überlege er etwas. Wenn Bergkahn und Rüdorf hier aus- und eingingen, dann war ja das Brambach'sche Haus für ihn gesperrt.

Weshalb dieser Baron sich hier eindrängte, war unschwer zu errathen.

Sollte Bergkahn sich darum hier eingeführt haben, um selbst Boden zu fassen?

Sollte Brambach sich für Rüdorf interessieren, weil er Baron ist?

seht da, das prächtige sozialistische Experiment!“ So höhnten sie; es hat noch nicht begonnen und sät schon Zwietracht in den Reihen der Sozialisten; wenn ein einziges Unternehmen ein solches Durcheinander verursacht, in welche Unordnung wird erst die Gesellschaft gerathen, wenn die Sozialisten die Leitung und Verwaltung aller Industrien übernehmen werden.“

Die Kapitalisten werden einen blühenden und werthvollen Triumph haben, wenn sie von dem Mißerfolg einer Arbeiter-Unternehmung überreift auf das Scheitern des Sozialismus schließen.

Die Arbeiter-Glasfabrik, die unsere Freunde unüberlegter Weise „einen sozialistischen Versuch“ genannt haben, ist im Gegentheil ganz einfach ein von Arbeitern gemachter kapitalistischer Versuch.

Wenn irgend ein Sozialist eine Fabrik gründet, so würde er nicht als Sozialist, sondern als Kapitalist handeln. Daß dieser Versuch ein kapitalistischer ist, wird dadurch bewiesen, daß die Arbeiter gleich bei Anfang die Gefühle der Solidarität und politischen Zusammengehörigkeit opfern mußten, welche so eng mit den Grubenarbeitern und Einwohnern von Garmaux verbunden; und sie werden auf dem Altar des bösen Kapital noch viele andere Gefühle und selbst sozialistische Prinzipien zu opfern haben, wenn ihre Glasfabrik der kapitalistischen Konkurrenz die Stirn bieten soll. Zum Beispiel im Falle einer Krise durch Ueberproduktion, wie sie in jeder großen mechanischen Industrie zu befürchten ist, kann der Kapitalist sich nur dann erhalten, wenn er seine Forderungen durch Herabsetzung der Löhne und durch Entlassung eines Theiles oder der Gesamtheit seiner Arbeiter vermindert. Die Arbeiter-Glasfabrik wird wohl, wenn sie nicht zu Grunde gehen will, sich diesen mißlichen Bedingungen ebenfalls unterziehen müssen.

Wenn die Glasfabrik der Arbeiter ausblühen und gedeihen würde, ohne zu einem dieser schmerzlichen Opfer gezwungen zu sein, so würde sie nicht die Wahrheit der sozialistischen Lehren beweisen, sondern die Möglichkeit, daß das kapitalistische Mittel — *le milieu capitaliste* — das heißt die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse in ihrer Gesamtheit sich der sozialistischen Produktion anpassen und mit Hilfe einer vervielfältigten Reihe sozialistischer Experimente sich allmählich und unmerklich umgestalten kann. Und das bestritten wir wissenschaftlichen Sozialisten auf das entschiedenste.

Die Produktiv-Genossenschaften der Arbeiter können in der kapitalistischen Gesellschaft sich nur dadurch die Existenz sichern, daß sie alle sozialistischen Grundsätze opfern und kapitalistische Unternehmungen werden.

Es sind Kapitalisten, die sozialistische Experimente machen. Die bürgerlichen Nationalökonomien aller Schulen haben verstanden und fahren fort zu verkünden, daß das persönliche, individuelle Interesse das Lebensprinzip aller Industrie und alles Handels, daß es zur Prosperität nothwendig und der vornehmste und wirksamste Hebel des industriellen Fortschritts ist.

Aber die Großindustrie gehört, unterdrückt diese Ursachen, diese angeblichen Vorbedingungen jeder Produktion. Der Beamte einer Eisenbahn A. hat gar kein persönliches und individuelles Interesse daran, daß der Verkehr der Linie sich verdoppelt oder verdreifacht; er denkt nicht daran. Die Großindustrie schafft Monopole, die von den bürgerlichen Ökonomen „natürliche“ genannt werden, die aber jede Konkurrenz vernichten und häufig jeden industriellen Fortschritt verhindern.

In den Zeiten der Kleinindustrie war die Konkurrenz und das persönliche Interesse unentbehrlich. Die kapitalistische Großproduktion hat beides überflüssig gemacht: sie vernichtet alle Grundlagen und Wurzeln des Privateigentums, sie schafft die Existenzbedingungen des Gemeineigentums.

(Zu vorstehendem Brief unserer französischen Mitarbeiter haben wir zu bemerken, daß dieser von vornherein zu der Gruppe gehörte, die gegen den Plan der Arbeiter-Glasfabrik die schwersten Bedenken hatte, woraus sich erklärt, daß die Bestimmung in Garmaux von ihm als ernsthafter dargestellt wird, wie sie in anderen französischen Berichten erscheint. Was die prinzipielle Stellungnahme betrifft, so stimmen wir selbstverständlich durchaus mit unserem französischen Mitarbeiter überein. Uebrigens ist seine Auffassung diejenige der gesammten deutschen Sozialdemokratie. Den Sozialismus innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verwirklichen ist ein Widerspruch — ein Widerspruch in sich selbst. Sozialistische Genossenschaften kann es heutzutage nicht geben, nur Genossenschaften von Sozialisten, die kapitalistisch produzieren, den Kapitalgewinn aber für sozialistische Zwecke verwenden. In diesem Sinne haben wir deutsche Sozialisten von jeher die von uns gegründeten Unternehmungen aufgefaßt und sehr viel gutes damit erzielt. R. B.)

Der Doktor blickte empor auf Clotilde. Weider Blick trafen sich. Dieses helle klare Auge war der Spiegel einer reinen Seele. Es hatte auf dem Doktor geruht, Clotilde erschallt jetzt darüber, ertrapt zu sein. Sie senkte den Blick und erröthete, daß stand ihr aber so gut, daß der Doktor sich gelobte: diese oder keine! Er wollte dieses reine, unschuldsvolle Geschöpf vor Größenwahn und unredlichen Zubringlichen beschützen. Er fühlte, er liebe Clotilde heißer als je.

„Kennen Sie den Baron?“ fragte Brambach.

„Nur durch seine Auffäge,“ sagte wie erwidert aufspringend der Doktor. „Indem er keinen Stuhl bei seite schob, fuhr er fort: „Theilen Sie mir mit, wenn Ihre Vorbereitungen zu dem Gesellschaftsabend so weit sind, daß ich sie zum Abschluß bringen kann. Jetzt muß ich hinweg.“

„Besten Dank für Ihre Bereitwilligkeit, uns gefällig zu sein,“ sagte Georgine, als der Doktor sich verabschiedete. Clotilde gab ihm Beileid, öffnete ihm die Thüre und war beglückt, daß er ihr diesmal die Hand reichte und Bewegung in frischer Luft arieth. Sie theilte dies ihren Eltern mit und häßte in den Garten. Dort ging sie träumerisch umher, versetzte sich im Geiste nach Italien, mußte aber immer wieder an den Doktor denken.

„Was wollte denn?“ — fragte Brambach seine Frau — „eigentlich Langenberg?“

„Er kommt als Hausarzt und wegen Blanca. Nachdem er diese mit Bergkahn gesehen, wird dies wohl vorbei sein. Schade!“

„Warum schade? Hast Du denn je ernstlich an ein Verhältniß Blanca's mit dem Doktor geglaubt?“

„Nein. Aber es kam durch sie adeliger Hofbesuch in unser Haus.“

„O, das soll jetzt durch den Baron noch ganz anders werden. Er ist bis über die Ohren in Clotilde verliebt, ist Baron —“

„Hast Du bemerkt, wie der Doktor nachdenkend und einsilbig wurde, als er erfuhr, daß Du den Baron engagirt?“

„Was frage ich nach dem Doktor, am liebsten sehe ich ihn wegbleiben. Er erinnert mich stets an den Major und sein Ende. Er kann uns gefährlich werden, ich wittere sogar einen Spion in ihm.“

(Fortsetzung folgt.)

Politische Ueberflucht.

Berlin, 20. Januar.

Der Reichstag trat heute in die zweite Lesung des Postetats ein. Herr v. Stephan, der Leiter des deutschen Postwesens, erfreute sich in früheren Zeiten, trotz vieler ihm anhaftender unangenehmer Eigenschaften, eines guten Rufes als Fachmann und auch einer gewissen Popularität. Er hatte — und mit recht — den Ruf eines Reformers und tüchtigen Organisators; deshalb sah man vielfach über jene schlimmen Eigenschaften hinweg; über die Vorliebe zu persönlichem Regiment, den bürokratischen Schematismus und die allzu hohen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Beamten. Mit der Reformen-Thätigkeit des Herrn v. Stephan ist es nun längst zu Ende; statt bahnbrechend vorzugehen, stemmt er sich gegen Neuerungen; und im selben Maß, wie seine Vorzüge verblassten, traten seine Fehler mehr und mehr hervor. Der bürokratische Geist wird in der deutschen Postverwaltung immer unerträglicher, die Anforderungen an die schon zu hoch angesehene Leistungsfähigkeit der Beamten werden fortwährend gesteigert, und die Folge ist eine immer weiter und tiefer greifende Unzufriedenheit unter den Postbeamten. In keinem Verwaltungs-Messort herrscht eine solche Unzufriedenheit — alle Oppositionsblätter, namentlich auch der „Vorwärts“, sind periodisch mit im wesentlichen unabweisbar begründeten Klagen aus den Kreisen der Postbeamten gefüllt, und die Antwort auf diese Klagen der Unzufriedenheit sind Verfolgungen und Maßregelungen aller Art. Seit Jahren werden im Reichstag Versuche gemacht, diesen unerquicklichen Zuständen ein Ende zu machen, bessere Gehaltsverhältnisse zu schaffen, das Avancement gerechter zu regeln, der Ueberbürdung ein Ziel zu setzen, den Beamten freie Zeit zu sichern, die Sonntagsarbeit möglichst zu beseitigen, regelmäßigen Erholungsurlaub zu gewähren, — die Postverwaltung stellt sich überall in den Weg, und wo sie nicht ganz verneinen kann, vollzieht sie die ihr abgerungenen Neuerungen mit größtem Widerstreben. Die Sonntagsruhe, mit der einst so viel gepörselt wurde, ist nicht Fleisch, nicht Fisch. Die Rücksichten auf das Geschäft, die vorgeschützt werden, um die Sonntagsruhe zu durchbrechen, bestehen doch wahrhaftig in England und den Vereinigten Staaten gewiß ebenso, ja noch mehr als bei uns — und doch ist dort die Sonntagsruhe im Postdienst vollständig durchgesetzt.

Und abgesehen von den persönlichen Verhältnissen im Postdienste sind auch die rein organisatorischen Verhältnisse nichts weniger als befriedigend. Das Brief- und Zeitungsporto, die Telegraphengebühren sind viel zu hoch — in jeder Session kommen die Beschwerden: die Postbehörde widersteht sich jeder Neuerung.

Heute, genau wieder die alten Debatten und genau in der alten Weise. Nach einem nichtern Referat des zeitweiligen Referenten — diesmal Bürlin — hält Herr v. Stephan einen Monolog, in welchem er sich selbst und alles in seinem Reich aufs rosigste malt. Dann kamen die Klagen und Anklagen. Diesmal war es Singer, welcher sie vurf, eingehend und umfassend, zu scharfem Ausdruck brachte. Es war ein langes Sündenregister, das er aufrollte. Warm nahm er sich der überarbeiteten Postbeamten an, geißelte die Verkümmern der Sonntagsruhe, die Einstellung von Hilfsarbeitern, statt das Beamtenpersonal zu vermehren — die zahlreichen Maßregelungen, den Personalkultus, den gewisse höhere Beamte mit sich treiben lassen — und nachdrücklich verlangte er, daß endlich einmal den Wünschen des Reichstags voll und rückhaltlos entsprochen werde.

Von den Rednern, die außer Singer zum Wort kamen: Centrumsmann Schäbler, Antisemit Werner, Musterkapitalist König Stumm und Centrumsmann Pize — welsch letzterer religiöse Schmerzen hatte, tabelte ein jeder dieses und jenes an der Postverwaltung, so daß der Reichssekretär Posadowsky sich des hart angegriffenen Post-Arbeiters annehmen für gut fand und ausführte, die gewünschten Reformen löseten zu viel Geld. Die längere Rede, in der Herr Fischer, Stephan's präsumtiver Nachfolger, die Klagen und Anklagen zu widerlegen versuchte, war nicht treffender, aber weit weniger schneidig, als die Reden dieses Herrn sonst zu sein pflegen. Er scheint sich etwas gedrückt zu fühlen.

Mögen Fortsetzung.

Im preussischen Herrenhause wurde am Montag ein der jamaosen „Neuen Mittel“ zur Lösung der Noth der Landwirtschaft, der Gesekentwurf betr. das Auerdenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern aufgestellt. Obgleich dieser erste Schritt auf dem Wege einer der preussischen Staatsregierung geplanten sogenannten Agrar-gesekgebung von dem Finanzminister Riquel ausging, so hielt doch der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein-Loxten die einleitende Rede. Sein Kollege Riquel hatte neben ihm am Ministerisch Platz genommen, wahrscheinlich um den bei den Agrariern in Ungnade gefallenen Landwirtschaftsminister vor etwaigen Angriffen zu schützen. Die Bedeutung erwies sich als überflüssig, denn der Gesekentwurf wurde, ohne daß es zu erheblichen Auseinandersetzungen gekommen, einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen. Die Abrechnung mit Herrn v. Hammerstein schienen sich die Herren Agrarier auf eine bessere Gelegenheit aufgespart zu haben. Natürlich wird dies keine Mittel der Landwirtschaftschaft ebenso wenig helfen wie beispielsweise die bekannte Höferrolle, die praktisch vielfach gar nicht zur Anwendung kommt, und die im wesentlichen auf dasselbe Ziel hinausläuft. Nach dieser aufstrebenden Arbeit wird sich das hohe Haus einige Wochen Ruhe gönnen und voraussichtlich erst Ende nächsten Monats wieder zu einer Sitzung zusammentreten.

Der Charakter des Jubiläumsfestes vom 18. Januar drückt sich, trotz alles patriotischen Rebellens deutlich und klar in den Festreden und Gedichten, Verzehrung Reimeren aus, mit denen wir zur Ehre des Tags überflutet wurden. Keine Wärme, keine Leidenschaft, kein Geist. Historisches Geschrei, stereotype Ubrasen, hohler Pathos. Nichts Natürlich, ursprüngliches — alles gemacht, erkinzelt. Und wie könnte es anders sein? Auf Schlachtfeldern wächst kein Gras — und auch nicht die blaue Blume der Poesie, nicht der Delbaum freiblicher Kultur — nur der giftige Vorbeer des Kriegsgottes. Was sollten die Unglücklichen, welche zur Frohnarbeit der „geistigen“ Ausschmückung des „nationalen Jubiläumstages“ verurtheilt waren, auch sagen? Müßten die Gedanken — falls sie welche hatten — ihnen nicht einfrieren, wenn sie das obligatorische Leitmotiv von der „herrlichen Erfüllung“ mit der traurigen Wirklichkeit verglichen?

Auch der handwerksmäßigste Edmüchler konnte den für alle Festreden selbstverständlichen Müßschwurz:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Noth uns trennen und Gefahr
herunterbeklammern, ohne daran zu denken, daß der vierte
Theil des deutschen Volkes, und zwar die Blüthe der
Arbeiterklasse, also der Klasse, die allein ein Reich wirk-
lich zu führen vermag, geachtet ist, während die Partei der
Hammersteine die meisten Staatsämter besetzt hält und trotz
vereinzelter Abweisungen von oben doch die mächtigste, die
maßgebende Partei im Reich ist? —

Der Gnadenersatz in den verschiedenen deutschen
Bundesstaaten soll, wie aus einer amtlichen Schrift des
Hamburger Senats hervorgeht, auf eine Anregung des
Kaisers erfolgt sein. —

Ueber die vorzeitige Veröffentlichung des kaiser-
lichen Gnadenersatzes an Militärpersonen durch den
„Vorwärts“ entwirft sich neben der „Staatsbürger-Zeitung“
und der „Deutschen Tages-Zeitung“ vor allem die „Post“,
ein Blatt, das sich offen rühmt, uns im eigenen Hause be-
spiegeln zu lassen. Die „Deutsche Tages-Zeitung“ demüthigt
in höchst unanständiger Weise die Seher der „Norddeutschen
Allgemeinen Zeitung“ und des „Reichs-Anzeigers“ wegen
ihrer sozialdemokratischen Gesinnung. Wäre die „Deutsche
Tages-Zeitung“ wirklich so besorgt um die Erhaltung der Dis-
kretion, so hätte sich das agrarische Blatt doch mit weit mehr
Recht an die Redaktion der „Nordd. Allg. Ztg.“ wenden müssen,
die Schriftstücke aus noch nicht abgeschlossenen Untersuchungs-
akten gegen den ehemaligen Abgeordneten Antoine veröffentlicht
hat. Der Kerger der gegnerischen Zeitungen über unsere
guten Informationen ist übrigens lächerlich; jedes der Blätter
sucht sich Nachrichten zu beschaffen, sei es aus Minister-
oder Bundesraths-Sitzungen oder aus den Kenntnissen
dieses oder jenes Geheimrathes. Dem „Vorwärts“
gönnt man aber seine bevorzugte Stellung in
der deutschen Presse nicht. Glender Konkurrenzneid und
nichts weiter! Bei dieser Gelegenheit sei auch der uns
durch den „Reichs-Anzeiger“ gewordenen Anerkennung Er-
wähnung gethan. Während das offizielle Blatt in seiner
Extra-Ausgabe vom 18. Januar alle kaiserlichen Erlasse
publiziert, veröffentlicht es den von uns publizierten Erlaß für die
Militärpersonen erst 12 Stunden später. Und mit vollem
Rechte. Durch den „Vorwärts“ hatte der Erlaß weit
größere Publizität gefunden wie durch ein Extrablatt des
„Reichs-Anzeigers“. —

Die Konservativen, erklären in ihren verschiedenen
Blättern, daß sie nicht von dem Antrage Kanitz lassen
wollen. Die „Deutsche Tageszeitung“ registriert, daß die
agrarischen Bundesführer Hausen von Zustimmungsdressen
erhalten haben. Als Musterperle druckt das Blatt eine Er-
klärung von 200 Hildesheimischen Bauern ab. Wo die nur
so schnell sich zum Erlaß dieses Telegramms zusammen-
gefunden haben mögen?

Die „Kreuz-Zeitung“ setzt getreu ihrer Tradition die
Hoffnung darauf, daß es den Junkern noch gelingen wird,
auf gewohnten Pfaden einen Umschwung zu bewirken.
Damit ist es indeß vorläufig noch nicht, denn ein Augen-
zeuge, der an dem Festmahle am 18. Januar theilnahm,
berichtet im „Berliner Tageblatt“, daß der Kaiser den
Landwirtschaftsminister Freiherrn von Hammerstein
wegen dessen tags zuvor im Reichstage gehaltenen Rede
lebhaft beglückwünscht habe.

Indeß die Junker hoffen dennoch; es ist noch nicht
aller Tage Abend. —

Landgerichtsdirektor Brausewetter's Tod. Uns
wird berichtet: Am Sonnabend Nachmittag um 2 Uhr ist
in der Dr. Scholimus'schen, ehemals Dr. Mendel'schen Heil-
anstalt für Nerven- und Gemüthskranken in Panitzsch der
Landgerichtsdirektor Brausewetter verstorben. Er war aus
der Gnand'schen Heilanstalt, wo er angeblich einen
Selbstmordversuch ausgeführt hatte, nach der er-
wähnten Anstalt vor etwa 14 Tagen überführt worden;
die behandelnden Aerzte hatten den Zustand des Patienten
von vornherein als unheilbar bezeichnet, da derselbe
am „Delirium acutum“ litt. Kamentlich in den letzten
8 Tagen war der Tod des Landgerichtsdirektors täglich
und stündlich zu erwarten, umso mehr, als zu der
schweren Melancholie auch noch Tobnachtsanfalle
traten, die das Ende Brausewetter's am Sonn-
abend Nachmittag 2 Uhr herbeiführten. Die Einsegnung
der Leiche fand am Sonntag Nachmittag um 3 Uhr in
der Dr. Scholimus'schen Anstalt statt, alsdann wurde die
Leiche mittels Bahn nach Römigsberg i. Pr. überführt, wo
selbst die Beisetzungsfeier in der Familiengruft am Mittwoh
finden soll.

Von ärztlicher Seite wird dem „Berliner Tageblatt“
versichert, daß die Prognostischen Vermuthungen (Vorläufer)
der Erkrankung Brausewetter's sehr weit zurück-
liegen müßten und daß aus diesem Grunde es für
den Mediziner keinem Zweifel unterliege, daß er
schon seit geraumer Zeit für sein Thun
und Lassen nicht voll verantwortlich zu
machen sei.

Das Schicksal, das Herrn Brausewetter ereilt hat,
nimmt uns die Möglichkeit, in diesem Augenblick über ihn
als Person ein Urtheil zu fällen. Eine Würdigung
seiner gesammten Wirksamkeit im Kampfe für Ordnung,
Sitte und Religion müssen wir uns indeß vorbehalten. Es
ist das um so mehr erforderlich, da ihm zum Jubelfeste am
18. Januar noch eine offizielle Anerkennung durch
die Verleihung des Rothen Adlerordens
IV. Klasse zugebracht war. Ob ihm Mittheilung davon
noch vor seinem Tode zugegangen ist, ehe die Tobnachts-
anfalle bei ihm zum Ausbruch kamen, wissen wir nicht.
Jedenfalls ist die Veröffentlichung dieser Ehrenbezeugung
erst erfolgt, als Herr Brausewetter bereits zwei Tage lang
verstorben war.

Angesichts aller dieser Vorgänge und Thatsachen drängt
sich gebieterisch die Frage auf: Was wird die preussische
Regierung thun im Interesse der Opfer eines Mannes, der
nach ärztlichem Zeugniß seit geraumer Zeit für sein Thun
und Lassen nicht voll verantwortlich zu machen war?

Aus der Zeit der Demagog-Verfolgungen.
Friedrich Reuter, der bekanntlich sieben Jahre lang in
preussischen Gefängnissen und Festungen hat zubringen
müssen, schreibt über seine Erfahrungen während der
kriminalgerichtlichen Untersuchung folgendes:

„Ich bewirke mal ein zweifelhafteß Meß (Messer) sein, womit er
Wahnsinnige an Menschen umbringt habb, mi graute vor dat
Meß, un eben so graut mi of vor en tweifelhafteß
Gesetz, wat einer dreihn un wenen kann, as
en watten Hanschen (Hanschen), tanmal, wenn dit Gesetz in
der Hand von nen Wahnsinnigen gewen ward. Un de sogenannte

Referent in uns' Sat, de Herr von Tschappe, de ut de
Alten den gruglichen Hochverraths-Conat (Versuch) rüte dreffelt
habb, wos wahnsinnig un furw ol as en Wahnsinnigen. Den
habben sei tau rechten Tid inspinnen sullt, denn wiren bündende
von Familien vor unniß Ghend un Angst bewohet bliwen.“
(Friedrich Reuter's „Mit mine Festungsbild“ S. 27.)

Hosprediger's Gladiatorenkampf. Der Hosprediger
Faber hat bei den Feierlichkeiten am 18. Januar eine
Predigt gehalten, die er nach einem Bericht der „Nordd.
Allg. Ztg.“ mit den Worten beschloß:

„Ich sehe euer Auge in Thatenlast flammen; ich höre den
Derschlag der liebevollen Begeisterung in eurer Brust. Wir
geloben uns neue für Kaiser und Reich Treue bis an den Tod!...
Morituri, Caesar, Te salutant! (Buchstäblich
so in der „Nordd. Allg. Ztg.“ gedruckt zu lesen.)

Auf Dich aber, Herr Jesu Christi, hoffen wir, und wir
wissen, daß Du uns anhilffst. Wir lassen Dich nicht, Du segnest
uns denn. Amen.“

Der von dem christlichen Hosprediger in einem Athem
mit einer Anrufung Jesu Christi angeführte lateinische
Ruf (Die da sterben sollen, grüßen Dich, o Kaiser!) war
der Todesruf, mit dem bei den römischen Kampfspielen die
Gladiatoren den Kaiser von der Arena aus begrüßten, ehe
sie zur Belustigung des Kaisers in der Hofloge und der übrigen
Zuschauer auf den Tribünen sich gegenseitig abschlachteten.
Denn die römischen Kampfspiele übertrafen die heutigen
spanischen Stiergefächte noch weitaus an entsetzlicher Rohheit,
weil es Menschen waren, eigens hierzu abgerichtete Fechter-
scharen, die bis auf den Tod mit einander kämpften mußten.
Eine für römische Empfinden besonders pikante Schlusszene
jedes Zweikampfes war es, wenn der Kaiser und die
Zuschauer durch ein besonderes Zeichen (die geballte
Faust mit abwärts gehaltenem Daumen) dem Sieger
anbefahlen, dem am Boden liegenden Besiegten den
Todesstoß zu geben. Die Unglücklichen, die in Erwartung
dieses Ausganges die Arena betraten, hatten allerdings ge-
gründete Ursache, den Kaiser als „Morituri“, als todsgeweihte
Opfer, zu begrüßen. Aber ziemt sich das für einen christlichen
Priester, diesen historischen Spruch, mit seinen grauener-
regenden Verneinungen ein Denkmal römischer Entartung,
bei einer kirchlichen Handlung auszuwählen als passendste
Charakteristik für seine und seiner Mitpatrioten Ergeben-
heitsgefühl gegenüber dem Oberhaupt des Deutschen Reiches?
Wie niedrig muß er da sich selbst, wie niedrig seine Mit-
patrioten einschätzen! Welch' trassiges Beispiel byzantinischer
Knechtlichkeit und Entartung, welcher Beweis für die völlige
Verwirrung der sittlichen Begriffe im modernen Reich der
Gottesfurcht und frommen Sitte! Ist dieser slavische Todes-
gruß entmenschter Gladiatoren aus dem Munde eines christ-
lichen Hosprediger's! —

Die Wahlrechtsliga in Leipzig wurde heute, wie
dem Vorstehenden Reichstags-Abgeordneten Dr. Bruno
Schönlank an Polizeistelle persönlich mitgetheilt wurde,
von der Polizei aufgelöst. Die Wahlrechtsliga, die bis
jetzt 28 000 Mitgliedskarten ausgegeben, hatte in der
ersten Ausgabe ihrer Mitgliedskarten, infolge eines
technischen Verfehls, in § 2 des Statuts angegeben, daß
außer den geschlichen Bezeichnungen diejenigen Mitglieder
werden könnten, die sich mit der Stöcker'schen Resolution
einverstanden erklärten. In dem der Polizei eingereichten
Statut sowie in dem Text der weiter zur Ausgabe gelangten
Mitgliedskarten war dieser Satz weggelassen. Trozdem der
zweite Vorsitzende Genosse Duhl auf Befragen der Polizei
erklärt hatte, daß der der Polizei eingereichte Text des
Statuts der authentische Wortlaut sei, löste die Polizei die
Wahlrechtsliga auf, weil die Liga ein doppeltes Statut
habe und weil die Polizei in der bekannten Stöcker'schen
Resolution, über die unbeanstandet abgestimmt worden war,
eine Bedrohung des Königreichs Sachsen erblickte. Zwar
erkläre der § 1 des Statuts — so führt die Polizei aus
— daß der Kampf für das Wahlrecht „mit allen gesetzlich
zulässigen Mitteln“ geführt werde, die staatsgefähr-
liche Stöcker'sche Resolution aber fordere den Kampf
„mit allen zu gebote stehenden Mitteln“, also auch
unter Umständen mit Gewaltthätigkeiten. Zugleich enthalte
die Resolution, in der es heißt: „Der schamlose Angriff
der liberalen und konservativen Volksfrönde auf das Land-
tags-Wahlrecht ist ein schlecht verthüllter Staatsverrath“, nicht
nur eine „schwere Beleidigung der liberalen und konservativen
Abgeordneten des sächsischen Landtages“, sondern auch der
königlich sächsischen Staatsregierung, die ja erklärt habe,
eine den Wünschen der Landtagsmehrheit entsprechende
Wahlrechtsvorlage einzubringen.

Ein sozialdemokratischer Erfolg wird uns aus dem
Reichlande telegraphisch gemeldet. Bei der Stichwahl zum
Straßburger Bezirksrat von Unter-Elsaß siegte
Genosse Böhle mit 214 Stimmen über den Liberalen Mey,
der bloß 209 Stimmen erhielt. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.
Wegen Majestätsbeleidigung außer Ver-
folgung gesetzt wurde am Sonnabend ein seit einigen
Tagen im Kieler Gerichtsgefängniß inhaftirt gewesener
Landmann aus der Umgegend von Kiel. In demselben
Gefängniß befindet sich seit einigen Tagen ein Schlosser
in Haft, der bei seiner Anreihung wegen totaler Trunken-
heit sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben
soll. —

Deutsches Reich.

— Ricardo und Marx Agrarier. In dieser
Ruhland'schen Fassung schreibt der „Reichsbote“: Die liberale
Presse hatte diese Thesen weidlich ausgenutzt, die „Post“
besonders brachte mehrere bekannte Mitglieder des Bundes der Land-
wirthe in die Polenit hinein. Sie haite u. a. gesagt, daß die
Männer, die unter der Führung des Herrn v. d. Gröben-
Krenstein ihre Hülfe im Kampfe gegen den Mißbrauch anboten,
jezt bereits bei der Sozialdemokratie Anleihen
machen und zur Verherrlichung des wissenschaftlichen
Vorkämpfers der Mißbrauchspartei nicht wenig beitragen.“ Dazu
bemerkte jezt der Abgeordnete v. d. Gröben-Krenstein in einer
öffentlichen Zuschrift: Ohne mich meinerseits auf eine
Kritik der Rednerungen des Herrn Dr. Ruhland einzulassen,
erkläre ich, daß ich die Ansfassung dieses Herrn keineswegs theile
und daß die Verbindung, in welche man meine
Person zu den Bestrebungen bezw. Ansichten
des Herrn Dr. Ruhland gebracht hat, überhaupt
nicht existirt.“

Der arme Ruhland! Von seinen neuesten Brotgebern so im
Stiche gelassen zu werden! —

— Herr Rechtsanwalt Eschenbach, der als Ver-
treter des Grafen Finkenstein in der Hammerstein-Angelegenheit
nach Aussage des Oberstaatsanwalts Drescher bei den Unter-
handlungen die politische Seite des Hammerstein-Prozesses betont

hatte, hat jezt auch das Wort ergriffen im „Hannov. Courier.“ Er
erklärt, daß er in der Unterredung vom 19. September nicht den
Versuch gemacht habe, den Oberstaatsanwalt zu einer Pflicht-Ver-
leugung zu verleiten. Er habe auf das Ersuchen um das Anklage-
material gegen Herrn von Hammerstein den Postkasten und An-
schrift der Anzeige vorgelegt. Dann sagt er weiter: „Bei dem
Punkte des Pensionsfonds nahm ich im Laufe der
Erörterung Gelegenheit, dem Herrn Oberstaatsanwalt dar-
zulegen, daß nach meiner Ansicht bezüglich desselben wohl
kaum eine strafbare Handlung würde konstatirt werden können,
sondern einzig nur eine zivilrechtliche Hastbarkeit, die allerdings
auch zweifellos sei, obwohl es sich um Verwendung des Betrages
für politische Zwecke im Interesse der Kon-
servativen Partei gehandelt habe. . . . So kam
die Ausbeutung des „Falles“ als solcher durch einen
Theil der Presse und gewisser politischer Kreise zur
Sprache, wobei ich meinerseits anerkente, daß ich selbst,
wie auch urtheilssfähige Kreise der Ansicht seien,
daß ja Freiherr v. Hammerstein nicht nur schon verurtheilt,
sondern bereits gerichtet sei, und daß gegen diese so außer-
ordentlich bedeutungsvolle Hauptfrage die rein äußerliche
juridische Verurtheilung gleichsam nur Neben-
sache sei und kaum in das Gewicht falle. Der Herr Ober-
staatsanwalt Drescher, der ebenfalls beiläufig bemerkt habe, daß er
der konservativen Partei, wenn auch nicht angehöre, so doch jezt
nahe hebe, theilte diese Ansicht, und zwar um so mehr, als ich
ausdrücklich bemerkte, daß ich diese erwähnte gemeinsame Ab-
schwächung selbstverständlich als einen rein privaten Theil
der Unterhaltung betrachte, worauf der Herr Oberstaats-
anwalt entgegnete, daß auch er ihn nur so aufgefaßt habe, da es
ja selbstverständlich sei, daß die Gerechtigkeit ihren Gang zu
geben habe, womit ich meinerseits mich ebenfalls nur einverstanden
erklären konnte, zumal ich von niemandem und von keiner
Seite einen dem jezt gegen mich gerichteten Angriff etwa ent-
sprechenden Auftrag erhalten hatte, noch auch selbst-
verständlich angenommen haben würde.“

Herr Eschenbach ergeht es wie manchen anderen Leuten
in der Sache auch. Er wird schwerlich viel Bewunderung er-
wecken für die Rolle, die er gespielt hat. —

— Der Reichstags-Abgeordnete Alwardt
in der Fremde. Der „General-Anzeiger für Oberfeld-
Barmen“ schreibt: Alwardt, der Rektor aller Deutschen, wird
nicht wieder nach der Heimath zurückkehren.
Als er sich nach Amerika begab, ging er nach dort hin mit der
festen Absicht, dort für sich und für einen noch nicht mit Namen
zu nennenden Fremden eine Stellung zu suchen. Das hinderte
ihn natürlich nicht, sein Reichstagsmandat beizubehalten und um
Urlaub nachzusuchen. Wie wir bestimmt mittheilen können, wird
Alwardt in Amerika eine Stellung als Redakteur antreten. —

Aus Glogau wir uns unter dem 18. Januar geschrieben:
Eine wahrhaft erhebende Feier wurde an dem heutigen Jubel-
tage hier in Glogau abgehalten. Auf der Rampe des Stadt-
theaters sang der hiesige Sängerbund vier schöne Lieder; zunächst
ein sehr umfangreiches, in dem die Worte harl martini waren:
„Der Deutsche liebt den Tod.“ Ob der Deutsche mit diesen
Worten den Tod des verhassten Franzmannes wünscht, oder ob er
selbst gerade heute an dem Jubeltage so harl zum Sterben ausgelegt
war, konnte ich nicht deutlich genug unterscheiden. Nach diesen
mächtigen Lieder wurde das Volkslied gesungen: „In Straßburg
auf der Schanz“, das bekanntlich von dem Tode eines jungen
Deserteurs handelt. Und hierauf sang der Sängerbund das
Lied „Es geht mit gedämpfem Trommellang“, das die jubeln-
den Jubler in die Feststimmung versetzte, die einer empfand,
als er seinen besten Freund erschließen mußte. Ob noch mehr
Jubellieder dieser Art gesungen wurden, weiß ich nicht, weil ich
schon durch diese drei Lieder so begeistert wurde, daß ich nach
Danke lief, um in meiner Klausel aus vollem Herzen „Hurrah“
zu schreien. —

Liegnitz, 20. Januar. Der „Liegn. Anz.“ meldet: Der
Regierungspräsident Dr. v. Seyer hat verfügt, daß
fortan keiner der Regierungsunterbeamten mehr
seine dienstfreie Zeit dazu verwenden darf, eine Neben-
beschäftigung zu treiben. Hauptächlich richtet sich diese
Beschäftigung gegen die Beamten, die als ehemalige Militär-
musiker an Sonn- und Feiertagen bei Auführung von Tanz-
musik in öffentlichen Lokalen mitzuwirken pflegten und dadurch
mit den Berufsbeamten in Wettbewerb traten.

Köln, 18. Januar. Großes Aufsehen erregt die Ver-
haftung des Oberseinerwerkes Rürnberg von
der Siegburger Geschichtsbücherei. Die Verhaftung Rürnberg's
erfolgte in Erfurt, wo er auf Urlaub weilte; er wurde unter
starker Bedeckung in Siegburg eingeliefert. Der Verhaftete
steht im Verdacht, militärische Zeichnungen, darunter solche
von Geschützen, angefertigt und verkauft zu haben. Weitere Ver-
haftungen stehen bevor, da die Behörde Spuren ausgefunden hat,
wonach Rürnberg mit anderen Personen in lebhafter Korrespondenz
gestanden hat. Bei einem bereits Verhafteten wurden wichtige
Schriftstücke beschlagnahmt. („Volk's-Ztg.“)

— Sänderjylland (Süderjylland) für Nord-
Schleswig (Süderjylland) nach einem Urtheile des Ober-
Landesgerichts Braunschweig. Es dürfen deshalb die in Deutschland
wohnenden Dänen ihre Muttersprache nicht auf geographische
Bezeichnungen ausdehnen. —

München, 18. Januar. Von den Fuchsbücher Verurtheilten
sind nur zwei nicht begnadigt worden, zwei ledige Büscheln, und
zwar deshalb, weil sie, abgesehen von der Baldfasche, auch noch
wegen einer gegen die Gendarmerie am 1. Januar 1895 began-
genen Demonstration wegen Aufrufs (?) verurtheilt
worden sind.

München, 20. Januar. Infolge des militärischen
Gnaden-Erlasses hat nun auch der aus der Pfort-
bräu-Affaire her bekannte Dientenant Schöffler,
welcher kürzlich zu 30 Tagen Stubenarrest verurtheilt wurde,
seine Strafe nicht abzuhäßen. —

Mannheim, 18. Januar. Das hiesige Schwurgericht ver-
urtheilt heute den Pfarrer Stefan a. D. Wilhelm Hinwächter
aus Hüffenhardt wegen Unterschlagung von 37 000 M. Kirchen-
geldern zu 7 Jahren Gefängniß. Es wurde festgestellt, daß die
Unterschlagungen sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren
ausgedehnt hatten. Die Verschleierung seiner unredlichen Kassen-
führung war dem Angeklagten durch eine höchst mangolhafte
Kontrolle möglich geworden. („Volk's-Ztg.“)

Ceserreich.

— Freundnachbarliches. Die Grazer Polizei verbot
auf grund der ihr vorgelegten Reden die zum Andenken an die
Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches geplante Feier.

Hungarn.

Budapest, 20. Januar. In politischen Kreisen verlanet,
daß demnächst die Nationalpartei der Voranschritt und
Graf Daffinay ins Ministerium berufen werden. Ersterer soll
Ackerminister, der zweite Justizminister werden. —

Agram, 20. Januar. Infolge der ungarfreundlichen Rede des
kroatischen Abgeordneten Tomofich in ungarischen Abgeordneten-
hause kam es gestern Abend zu heftigen Demonstra-
tionen, denen die Polizei mit blanker Waffe ein
Ende machte. Viele Anhörer wurden verhaftet. —

Frankreich.

— Zum Fall Arton wird aus Budapest gemeldet:
Sein Notar Dr. Edmund Perry in Karlsruhe beschlagnahmte
die Polizei eine große Kiste mit Briefschaften des Pariser

Bankiers Duquesne, die sich auf die Arton-Affäre beziehen sollen. Zur Durchsicht der Papiere, denen man hier eine große Wichtigkeit beilegt, wird in den nächsten Tagen aus Paris ein höherer Polizeibeamter eintreffen.

Aus London wird gemeldet, daß die Entscheidung über die Auslieferung Arton's wieder auf unbestimmte Zeit verlagert wurde.

Belgien.

— Ländlich sittlich. Unser belgischer Genosse Vander veld hat sich jüngst bekanntlich duckelt. Trotzdem man über das Duell in Belgien noch etwas — französisch denkt, hat dieser Verstoß gegen die Parteigrundsätze doch unter den belgischen Genossen viel böses Blut gefest, und man zitierte gegen Vander veld einen Zeitungsartikel, den César de Paepse 1864 nach dem Duell Bassalle's geschrieben. Jetzt erfahren wir, daß gegen Vander veld und seinen Gegner — der leicht verwundet wurde — seitens der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden ist; und die Kammer hat sich mit der Frage zu beschäftigen, ob sie zu der Erhebung der Anklage ihre Genehmigung giebt. Wir tragen zwar der Verschiedenheit der Anschauungen in den verschiedenen Ländern gern Rechnung, allein jedenfalls wäre es besser gewesen, daß Duell Vander veld's wäre unterblieben.

Spanien.

Madrid, 19. Januar. General Weyler hatte eine lange Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Canovas del Castillo, in welcher er seine Bereitwilligkeit erklärte, den Posten eines Generalgouverneurs von Kuba anzunehmen. General Weyler wird sich am 24. d. M. in Corunna einschiffen, um sich nach Havannah zu begeben.

— Marschall Martinez Campos hat sich in Havannah auf einem spanischen Postdampfer nach Spanien eingeschifft. Obgleich der Marschall die Ernennung zum Präsidenten des Obersten Militärgerichts abgelehnt hat, wird die „Gaceta de Madrid“ die Ernennung verkündigen. General Martin ist zum Generalgouverneur von Portorico ernannt worden, derselbe wird jedoch bis zur Ankunft des Generals Weyler auf Kuba verbleiben. Die Madrider Blätter sprechen ihre Genehmigung über die Abberufung des Marschalls Martinez Campos aus und werfen demselben vor, nicht energisch genug vorgegangen zu sein. Sie ermahnen vom General Polavieja eine erhebliche Besserung der Lage auf Kuba.

Aus Madrid wird ferner gemeldet, daß die Nachricht vom Rücktritt des Marschalls Martinez Campos große Befriedigung hervorrief. Der bisherige Generalkapitän von Katalonien, General Weyler trifft heute hier ein. Dann soll die Entscheidung betreffs des Oberkommandos auf Kuba getroffen werden. Die Ernennung des Generals Weyler zum Nachfolger Martinez Campos' würde, da er sehr energisch und ein Gegner der Autonomie ist, den besten Eindruck machen.

— Ministerkrise. Eduvayen wurde an Stelle des Herzogs von Tetuan zum Minister des Auswärtigen ernannt. Ueber die Vorgeschichte dieses Ministerwechsels giebt die folgende Depesche Aufschluß: Infolge eines Telegramms des Marschalls Martinez Campos an den Minister des Auswärtigen Herzog von Tetuan, in welchem der Marschall gegen seine Veretzung unter dem Vorwande, daß dieselbe aus Gesundheitsrücksichten erfolge, Widerspruch erhebt und erklärt, er sei nicht gewillt seine Politik zu ändern, richtete der Minister des Auswärtigen in dem Ministerrath sein Rücktrittsgesuch ein.

Schweden.

Stockholm, 18. Januar. Der König eröffnete heute den Reichstag mit einer Thronrede, in der es bezüglich der Union-Frage heißt: „Die Sorgen, die ich im vorigen Jahre hatte, haben sich jetzt vermindert. Ich wünsche lebhaft, daß die Ursachen, welche die Uneinigkeit hervorgehen lassen, für immer beseitigt werden, denn wie sich die Verhältnisse jetzt überall gestalten, wird es für die Sicherheit, Freiheit und Unabhängigkeit der skandinavischen Halbinsel nothwendiger als je zuvor, daß die beiden Völker seit zusammenhalten.“ Die Thronrede weist sodann auf den großen Ueberflus der Staatskasse hin, der es ermöglichte, außerordentliche Mittel zu Vertheidigungszwecken aufzuwenden behufs Behauptung der Neutralität des Reiches bei etwaigen kriegerischen Verwickelungen. Zu dem Budget für 1897 werden als erste Hälfte über 13 1/2 Millionen Mark verlangt zum Bau von zwei Panzerschiffen, vier Torpedokreuzern und sechs Torpedobooten, ferner 2 1/2 Millionen Mark für Befestigungen in Bohuslän, Ost- und West-Frederiksborg und auf Gotland, sowie 2 1/2 Millionen Mark für das Intendanturwesen.

Rußland.

— Amnestie? Wie in vatikanischen Kreisen verlautet, wird der Papsi am Vorabend der Krönung des Jaren von demselben eine vollständige Amnestie für alle zur Deportation nach Sibirien verurtheilten Priester verlangen. Dieser Schritt wird als ein erfreuliches Zeichen der Annäherung zwischen dem Papsi und dem Jaren angesehen.

Türkei.

Teheran, 19. Januar. („Köln. Ztg.“) Die letzten Nachrichten aus dem Vilajet Diarbekir und Charput bestätigen, daß die feindseligen Bewegungen der Kurden gegen die Armenier erneut andauern. Infolge dessen hat Schaher Pascha neuerdings Truppen gegen die Kurdenstämme der Landschaft Derim (zwischen Erzurum und Charput) geschickt. Bei einem Zusammenstoß mit den Kurden in den letzten Tagen wurden die Truppen genöthigt, sich unter Verlust von 35 Todten zurückzuziehen. Die Absendung neuer Truppenteile steht unmittelbar bevor.

Aleppo, 19. Januar. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Der italienische Konsul in Aleppo, der hierbei auch Deutschland und Oesterreich vertritt, ist gestern mit seinem Dolmetscher abgereist, um mit den Konsuln Englands und Frankreichs den Auftrag, die Unterwerfung der Aufständigen von Zeitum zu vermitteln, auszuführen.

Kuba.

— Eine offizielle Depesche berichtet, General Vasco schlug die Insurgenten bei Calabazar. Die Spanier verloren an Verwundeten 2 Kapitane und 34 Soldaten. Der Feind wurde zerstreut, seine Verluste sind nicht bekannt. — General Martin hat den Oberbefehl auf Kuba übernommen. Marschall Martinez Campos wird unmittelbar nach Spanien zurückkehren.

— Die Abschiedsrede Martinez Campos. Nach einer Depesche aus Havannah hielt Marschall Martinez Campos bei der Uebergabe des Oberbefehls an den General Martin eine Ansprache, in welcher er erklärte, er habe seine Pflicht erfüllt mit dem Bewußtsein, großmüthig gegen die Aufständigen gehandelt zu haben, von denen er keinen kriegerisch erschießen ließ. Er gebe zu, daß er wenig Erfolg in dem Feldzug gehabt habe, denn die Aufständischen seien in die Provinzen Matanzas, Havannah, Pinar del Rio eingedrungen. Trotzdem seien ihm in Havannah Huldigungen dargebracht worden. Zugleich aber seien ohne sein Vorwissen Depeschen nach Madrid gegangen, in denen seine Ersetzung nachgesucht wurde; darauf hätte er selbst Depeschen an die Regierung geschickt mit dem Ersuchen, ihre Entscheidung zu treffen. Die Regierung habe ihm mit dem Befehl geantwortet, den Oberbefehl dem General Martin zu übergeben. General Martin hielt sodann eine Ansprache, in welcher er seiner Hochachtung für den Marschall Ausdruck gab

und hinzufügte, die öffentliche Meinung werde diesem Gerechtigkeit widerfahren lassen.

China.

— Neue Anleihe. Nachdem Rußland durch die Vermittlung der großen Kriegsschadigungs-Anleihe seinen Einfluß in China zum maßgebenden gemacht hat, sollen nun englische Banken eine Anleihe China in der Höhe von mehr als 320 Millionen Mark vermitteln haben.

Afrika.

— Die Lage der Italiener in Malakka scheint höchst ungünstig zu sein, in Rom laufen unwidersprochene Gerüchte um, daß Malakka sich den Engländern ergeben hat. Damit wäre den Italienern eine schwere Schlappe beigebracht. In politischen und militärischen Kreisen haben die Nachrichten aus Afrika große Bestürzung hervorgerufen. Man zeigt auf die zahlreichen Widersprüche hin, die in den Telegrammen enthalten sind und ist sehr beunruhigt wegen der Zukunft. Die Ankunft Menelik's in Krum wird für die nächsten Tage erwartet.

Die Thatsache, daß der italienische Oberkommandirende Saretieri den Korrespondenten des Mailänder Blattes „Secolo“ aus der erythraischen Kolonie ausgewiesen hat, deutet darauf hin, daß die Lage der Italiener sehr ungünstig ist, und daß sie alles Interesse haben, die Wahrheit zu verheimlichen.

— Vom Aschanti-Feldzuge. Eine Depesche des Oberst Scott aus Kumassi an das englische Kriegsamt vom 17. d. M. lautet: Kumassi wurde heute nachmittags 1 Uhr ohne Kampf besetzt.

Victoria, 17. Januar. Die bisher unter den Waffen befindlichen Bürger wehren jetzt nach ihren Wohnsitzen zurück. Nur eine kleine Streitmacht verbleibt im Felde. Auch die Bürger des Orange-Freistaates sind entlassen worden.

Die gesammte Presse der Südafrikanischen Republik, namentlich die Organe der Uitlander bezeichnen den Vorschlag der Londoner „Times“, den britischen Agenten De Wel abzuberufen, als ungerath, da es gerade seinem Takte und seiner Unterthänigkeit Sir D. Robinson's zu danken sei, daß Blutvergießen vermieden wurde.

Johannesburg, 18. Januar. Kommandant Cronje, welchem sich seinerzeit Dr. Jameson ergeben hatte, richtete bei der Verabschiedung seiner Leute an dieselben eine Ansprache, in welcher er sie zu dem errungenen Erfolge und zu ihrer glänzenden Haltung beglückwünschte. Kommandant Cronje fügte seinen Glückwünsche hinzu, man dürfe nicht glauben, daß mit der Gefangenahme dieser Eindringlinge auch die englische Rasse besiegt worden sei; alle müßten sich anstrengen, gute Beziehungen zu pflegen und darauf hinarbeiten, daß alle Nationalitäten für das Wohl der Republik mitwirkten.

Kapstadt, 18. Januar. Der ehemalige Generalanwalt Schreiner vertritt in einem Schreiben an die „Cape Times“ die Meinung, daß die im Vertrage von 1891 vorbehaltene Souveränität Englands über Transvaal durch die Konvention von 1894 aufgegeben worden sei.

Parlamentarisches.

Ein neues Weisbuch. Die Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete 1894/95 ist dem Reichstage zugegangen. Wir kommen auf die einzelnen Abschnitte besonders zurück.

Die Börseureform-Kommission hat in ihrer gestrigen Sitzung über die Fassung des § 3, welcher von dem Börsenausschuss handelt, beraten. Der Regierungsentwurf schlägt folgende Fassung vor:

„Zur Begutachtung über die durch dieses Gesetz der Befehlssaffung des Bundesraths überwiesenen Angelegenheiten ist als Sachverständigen-Organ ein Börsenausschuss zu bilden. Er besteht aus mindestens 30 Mitgliedern, welche vom Bundesrath in der Regel auf je drei Jahre gewählt werden. Eine erneute Wahl ist zulässig. Die Wahl von zwei Dritteln der Mitglieder erfolgt auf Vorschlag der Organe der deutschen Börsen. Darüber, in welcher Anzahl diese Mitglieder von den einzelnen Börsen vorzuschlagen sind, bestimmt der Bundesrath. — Absatz 2: Die Geschäftsordnung für den Ausschuss wird nach Anhörung desselben von dem Bundesrath erlassen; der letztere setzt auch die den Ausschussmitgliedern zu gewährenden Tagegelber und Reisekosten fest.“

Graf Ranig beantragt nur ein Drittel der Mitglieder durch die Börsenorgane vorschlagen zu lassen, dagegen aber die Mitglieder auf 5 Jahre wählen zu lassen. Abg. Frhen will die Hälfte der Mitglieder durch die Börsenorgane vorgeschlagen wissen.

Abg. Singer wendet sich gegen das Vorschlagsrecht der Börsenorgane, und beantragt den Handelskammer-Korporationen und so weiter das Vorschlagsrecht zu übertragen. Nach längerer Debatte wurde schließlich Absatz I von § 3 in folgender Fassung angenommen:

„Zur Begutachtung über die durch dieses Gesetz der Befehlssaffung des Bundesraths überwiesenen Angelegenheiten ist als Sachverständigenorgan ein Börsenausschuss zu bilden. Derselbe ist besetzt, Anträge an den Bundesrath zu stellen und Sachverständige zu vernehmen. Der Börsenausschuss besteht aus mindestens dreißig Mitgliedern, welche vom Bundesrath in der Regel auf je fünf Jahre zu wählen sind. Eine erneute Wahl ist zulässig. Die Wahl der Hälfte der Mitglieder erfolgt auf Vorschlag der Handelsorgane. Darüber, in welcher Anzahl dieselben von den einzelnen Handelsorganen vorzuschlagen sind, bestimmt der Bundesrath. Die andere Hälfte der Mitglieder wird unter angemessener Berücksichtigung von Landwirtschaft, Industrie und Handel gewählt.“ Abs. 2 der Regierungsvorlage bleibt unverändert. §§ 4 und 5 (Ordnung und obligatorischer Inhalt einer Börsenordnung) werden ebenfalls nach der Regierungsvorlage unverändert einstimmig angenommen, ebenso § 6. Die Abgg. Dr. v. Ung und Graf von Driela (nl.) beantragen folgenden neuen § 6a: „Der Bundesrath ist besetzt, für bestimmte Geschäftszweige die Benutzung der Börseneinrichtungen zu untersagen oder von Bedingungen abhängig zu machen.“ Dieser Antrag wird mit 12 Stimmen angenommen und darauf die weitere Beratung auf Mittwoch verlagert.

Partei-Nachrichten.

Aus Würzen wird uns geschrieben: Seit der letzten Reichstags-Wahl war es den Parteigenossen hier nicht möglich, ein Lokal zu Versammlungen zu erhalten; nicht einmal dem Arbeiter-Gesangverein wurde ein solches zu seinem Stiftungsfest gewährt. Nunmehr hat Genosse Salomon ein großes Grundstück gekauft und in diesem einen den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Saal gebaut. Dieser Saal ist zwar nicht sehr groß, er faßt nur ca. 200 Personen; die Hauptsache ist aber, daß die Partei nun ein festes Unterkommen hat. Hof und Garten sind übrigens so eingerichtet, daß große Versammlungen im Freien abgehalten werden können.

Aus Danzig wird uns geschrieben: Am 18. Januar fand vor der hiesigen Strafkammer eine Verhandlung statt, die man wohl mit recht als trauriges Nachspiel der einstigen Thätigkeit des Herrn Jochem bezeichnen kann. Sie endete mit der Verurtheilung eines Familienvaters zu 6 Wochen Gefängnis. Herr Jochem hatte nämlich, was ja auch auf dem Parteitag zur Sprache gekommen ist, nachdem er von unserem früheren Parteiführer Besiß ergriffen, gegen den Genossen Berger, der dasselbe betreten, mit Jochem in Wortwechsel gerathen und dann auf Veranlassung Jochem's durch die Polizei aus dem Lokal verwiesen worden war, Strafantrag wegen „Hausfriedensbruchs“ gestellt. Vom

Schöffengericht wurde Berger zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt. Er legte Berufung ein. Bereits vor einigen Wochen war Termin vor der Strafkammer angesetzt, doch wurde derselbe noch vor Eintritt in die Verhandlung verlagert und dem Herrn Jochem von Seiten des Gerichtshofes aufgegeben, einen Bericht anzubereiten, worin klar zu legen sei, wie die Rechtsverhältnisse des Lokals Breitgasse 42 zur Zeit, als der fragliche Fall gespielt, gestanden hätten. Dieser Bericht sollte auch dem Vertheibiger Berger's zugesandt werden, damit eventuell Anträge gestellt und Zeugen vorgeschlagen werden könnten. Dies ist aber nicht geschehen und erst bei der Verhandlung am Montag, den 13. d. M., erfuhr Berger, daß ein solcher Bericht auch wirklich eingereicht sei. Die Verhandlung nahm etwa 2 1/2 Stunden in Anspruch. Der Vorsitzende gab dem Genossen Berger selber mehrere Male zu, daß Jochem ja den Genossen gegenüber einen Vertragsbruch begangen haben könne, was keineswegs schön sei, daß er das in ihm gesetzte Vertrauen vielleicht nicht ganz gerechtfertigt habe; aber darüber habe der Gerichtshof heute nicht zu entscheiden. Auch als Berger nachwies, daß Jochem das Lokal nicht für sein eigenes Geld gemiethet hat — was der Herr auch nicht bestritt, sondern er erwiderte nur, auf das Sparbuchs, das er bei der Miethung als Kaution hinterlegt hat, habe keines der jetzigen Parteimitglieder ein Anrecht — wurde das vom Gerichtshof als belanglos bezeichnet, da es hier nur darauf ankomme, festzustellen, wer den Miethkontrakt unterzeichnet habe; das sei im gegebenen Falle Jochem gewesen, dieser habe somit das dingliche Recht und folglich auch das Hausrecht im Lokal gehabt. Der Staatsanwalt stellte sich auf den Standpunkt, daß der Hausfriedensbruch wirklich geschehen sei und also auch die Verurteilung Berger's erfolgen müsse; wenn Berger angenommen habe, der Kommission des Vereins „Freundschaft“ hätte die Ausübung des Hausrechts zugestanden, so habe er sich in einem Rechtsirrtum befunden, der ihn keineswegs entlaste, aber in anbetragt dieses Rechtsirrtums stelle er es dem Gerichtshof anheim, auf eine Herabminderung des Strafmaßes der Vorinstanz zu erkennen. Genosse Berger erklärte noch, daß er, im Falle der Verurteilung nicht zu seiner Verurteilung gelangen sollte, die Verurteilung beantragen müsse behufs Ladung seiner zu diesem Termin abgelehnten Zeugen. Nach längerer Verhandlung fällt der Gerichtshof das Urtheil, daß Berger des Hausfriedensbruchs schuldig sei; sein Einwand, der Verein „Freundschaft“ oder dessen Kommission habe das Hausrecht gehabt, falle auch insofern fort, als ja auch noch gar nicht festgestellt sei, daß dieser Verein rechtmäßig bestand; es sei deshalb bei der vorinstanzlich erkannten Strafe von sechs Wochen Gefängnis verblieben. Der bürgerliche Gerichtshof hat unsern Genossen schuldig befunden und dadurch dokumentirt, daß das juristische Recht auf Seiten des Herrn Jochem gestanden hat. Ob aber das moralische Recht auch auf seiner Seite ist, darüber haben die Arbeiterschaft Danzig's und die gesammten Genossen Deutschlands ihr Urtheil schon lange gefällt.

Aus den Parteiorganisationen. In Königsberg betrug die Einnahme des Vertrauensmannes im verflohenen Jahre 1994,15 M. Nach Abzug der Ausgaben blieb ein Ueberflus von 101,45 M.

Von den Gnaden-Erlässen aus Anlaß des Reichsjubiläums sind auch mehrere Parteigenossen betroffen worden, so Dertel in Nürnberg, Lipinski in Leipzig, Friedrich in Lübeck, Leven und Reuter in Gera, ein Medaillen in Nürnberg.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— In Stettin fanden am 17. d. M. die Genossen Ohl, Käming und Steinweg wegen Beleidigung der Breslauer Polizei vor den Schranken des Landgericht's. Ohl bekam 30 M. Geldstrafe, Steinweg 15 M., Käming wurde freigesprochen. Gegen Ohl sind zur Zeit wieder drei Anklagen anhängig gemacht.

— Verlorene Liebesmühe. Die Breslauer Staatsanwaltschaft hatte bei der bayerischen Abgeordneten-Kammer die Strafverfolgung der Breslauer „Volksmacht“ wegen angeblicher Beleidigung dieser Kammer beantragt, aber die Geschäftsordnungs-Kommission lehnte den Antrag ab. Jetzt hat auch die bayerische Abgeordneten-Kammer in einer ihrer letzten Sitzungen die nach-gesuchte Ermächtigung zu einem strafrechtlichen Vorgehen verweigert.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Köln, 20. Januar. (W. Z. B.) Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Der vom Auswärtigen Amt in der Angelegenheit des Affessors Wehlan bestellte Staatsanwalt Legationsrath Rose hat nunmehr gegen das Urtheil der Potsdamer Disziplinarkammer die Berufung eingelegt.

Frankfurt a. M., 20. Januar. (W. Z. B.) Der „Frankf. Ztg.“ wird bestätigt, daß ein Entwurf über die Erhöhung der Reichsdampfer-Subvention für die ostasiatische Linie geplant wird. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Norddeutschen Lloyd gehen dahin, daß die Fahrten nach Ostasien verdoppelt werden und die Subvention um 1 1/2 Millionen erhöht wird. Dafür sollen aber an den Lloyd bestimmte Anforderungen über den Bau der neuen Dampfer gestellt werden, sowohl in bezug auf Geschwindigkeit, als auch auf Verwendung derselben im Kriegsfalle. Die Vorlage soll so zeitig eingebracht werden, daß sie noch vor Ablauf des Vertrages mit dem Norddeutschen Lloyd zur Erledigung kommen kann.

Prag, 20. Januar. (W. Z. B.) Eine am Nachmittage von etwa 3000 Arbeitlosen besuchte Versammlung auf der Schänzeninsel nahm einen feierlichen Verlauf. Nach Schluß kam es zu lärmenden Demonstrationen der Theilnehmer in den Straßen, besonders vor dem Gebäude der Polizeidirektion und dem Rathhause. Mit Hilfe der berittenen Sicherheitswache wurde gegen 7 1/2 Uhr die Ruhe überall wieder hergestellt. Drei Personen wurden verhaftet.

Leipzig, 20. Januar. (W. Z. B.) Am 3. Februar treten die hiesigen Schriftsetzer in einen Streik ein, da ihnen die geforderte Lohnhöhung nicht bewilligt worden ist.

Paris, 20. Januar. (W. Z. B.) In der Nähe des Arsenals fand gestern eine gewaltige Explosion statt, welche durch die Unvorsichtigkeit eines Arbeiters veranlaßt wurde.

Rom, 20. Januar. (W. Z. B.) Den Friedensvorschlägen des Königs Menelik wird seitens der italienischen Regierung mit großer Vorsicht begegnet, obgleich es durchaus nicht für unmöglich gehalten wird, daß die Vorschläge endlich gemeint seien; denn der erbitterte Kampf um Malakka sowie die grenzenlose Eifersucht und Uneinigkeit seiner Unterbefehlshaber dürften das Selbstbewußtsein Menelik's sehr herabgestimmt haben. Auch wird das Gerücht zu ihm gedrungen sein, daß England den Hafen von Heilah zwar nicht an Italien abtreten wird, aber einen Kriegszug gegen Darrao in diesem Hafen ausfallen will. — Ferner heißt es, daß abensüßliche Unterhändler mit dem Abgesandten des Raschi an der Grenze bei Ghedara zusammenstießen. Wenn diese Nachricht sich bewahrheiten sollte, so dürfte der Regus vermutlich mit seinen Friedensvorschlägen nur Zeit gewinnen wollen. Italien wird diese Vorschläge schon aus eigenem Interesse nicht von vornherein ablehnen, sondern in Verhandlungen darüber eintreten, und inzwischen vor allen Dingen die Lage der Befestigung in Malakka zu bessern suchen.

Rom, 20. Januar. (W. Z. B.) Die Anklagenkammer des hiesigen Appellhofes beschloß heute, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, das Verfahren im Prozeß gegen Violitti und Genossen wegen Hinterziehung von Dokumenten nicht wieder aufzunehmen und die Akten dem Archiv einzuliefern.

Livorno, 19. Januar. (W. Z. B.) Im Orangenriff der Sardischen Riffe scheiterte der italienische Dampfer „Benice“. Die 19 Personen starke Mannschaft ertrank. Der Kapitän des Schiffes wurde von Fischern gerettet, starb aber bald darauf.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 17.

Dienstag, den 21. Januar 1896.

13. Jahrg.

Reichstag.

19. Sitzung vom 20. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowski, v. Stephan, v. Voetticher.

Das Haus beginnt die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1896—97 mit dem Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Sein ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Staatssekretärs ergreift das Wort.

Staatssekretär v. Stephan: Es ist ein harter Uebergang, nach dem erhebenden Gedenktage, den wir soeben gefeiert haben, in die trodene Prüfung und Beratung des Haushalts einer technischen Verwaltung einzutreten. Gestatten Sie mir Ihnen ein Bild zu geben von der Entwicklung dieser Verwaltung von der Gründung des Deutschen Reiches an bis jetzt. Wir hatten 1870 4520 Postanstalten, heute haben wir 28 263 Postanstalten. Die Zahl der Telegraphenanstalten betrug 1870 1078, jetzt beträgt sie 17 800. Unsalmelbestellen auf dem flachen Lande existierten damals noch gar nicht, jetzt haben wir deren 8441. Die Zahl der Telegraphenapparate ist auf 192 000 gestiegen. In keinem Lande Europas ist die Ausbreitung der Postanstalten und Telegraphenämter in demselben Maße fortgeschritten wie in Deutschland, auch in England nicht. Nur die Vereinigten Staaten von Nordamerika übertreffen uns, aber dort ist ein größeres Gebiet vorhanden und die Postanstalten sind viel kleiner als bei uns. Dieses Netz von Postanstalten verbreitet sich über das ganze Deutsche Reich, von den Schluchten der Bogenen bis zur äußersten russischen Grenze. Die Telegraphenleitungen gehen durch Flüsse, Landseen, durch die Nord- und Ostsee bis zu einzelnen Inseln. Die kolossale Vermehrung der Postanstalten kommt vornehmlich dem flachen Lande zu gute; auf jedes siebente Dorf kommt jetzt eine Postanstalt und wir hoffen, daß es noch dahin kommt, daß jedes Dorf seine eigene Post und womöglich seine eigene Telegraphenanstalt erhält. 1870 hatten wir 8800 Landbriefträger, heute haben wir 28 000, welche einen täglichen Kreislauf von 516 000 Kilometern machen. In Berlin haben wir zur Zeit 25 480 Fernsprechleitungen, in ganz Deutschland nicht weniger als 110 000, auf welchen täglich etwa 1/2 Million Gespräche abgewickelt werden. Wir haben bereits eine Fernsprechverbindung zwischen Berlin und Kopenhagen und Hamburg und Kopenhagen, wir haben eine solche zwischen Berlin und Brüssel, und es steht mit Sicherheit zu erwarten, daß wir im nächsten Herbst eine direkte Fernsprechverbindung mit London haben werden. Rohrposten haben wir in Berlin und Hamburg, auf welchen im letzten Jahre 5 837 323 Rohrpostsendungen befördert wurden. Es vergeht kein Tag, wo uns nicht hunderte von neuen Erfindungen vorgelegt werden zur Prüfung und die für diese geforderten Prämien schwanken zwischen 10 und 50 000 M. Im Jahre 1870 zählten wir 42 000 Beamte, jetzt beschäftigen wir deren 155 000. (Redner wird im Verlauf seiner Rede immer unverständlicher, so daß der größte Teil seiner Ausführungen verloren geht.) Für das Personal der Postverwaltung ist außerordentlich viel getan; ich erinnere an die wiederholte Erhöhung der Besoldungen, namentlich der Unterbeamten. An Wohnungsgeld-Zuschuß werden 16 1/2 Millionen gezahlt. Die etatsmäßigen Stellen sind erheblich vermehrt worden. Es hat eine ausgiebige Verfüngung der diätarischen Dienstzeit stattgefunden und eine Erleichterung in den Dienststunden. Der Unterstützungsfonds ist erhöht worden, und Spar- und Vorsparvereine und andere gemeinnützige Maßregeln sind getroffen worden. Wie wenig die Beamten zu Klagen haben, geht aus folgendem hervor: Bei dem Oberpostdirektor in Hamburg meldete sich ein Postverwalter und sagte, daß, wenn bei der Beratung des Postetats es nötig wäre, einen hungernden Postbeamten vorzuführen, man ruhig auf ihn zurückgreifen möge, er wiege 25 Pfund und seine Frau 175 Pfund (Heiterkeit) und er bitte um einen Urlaub, um auf eigene Kosten nach Berlin zu fahren. Zu den Postbeamten wird ausschließlich inländisches Material verwendet. Die Zahl der Briefe ist von 327 auf 3000 Millionen gestiegen, und die der Postkarten von 7 auf 443 Millionen. Der Verkehr mit dem Auslande ist von 64 auf 630 Millionen Sendungen gestiegen. Die Zahl der Postpakete betrug bei uns 1870 20 Millionen, jetzt betragen sie 132 Millionen, und diese Einrichtung kommt hauptsächlich dem kleinen Handwerker und insbesondere der Landwirtschaft bei der Versendung von Mollereiprodukten u. s. w. zu gute. Der postalische Geldverkehr ist ungeheuer gestiegen, wobei sich nur etwa der zehnte Teil ziffernmäßig nachweisen läßt, da viele Geldsendungen nicht deklarieren werden. Besonders populärisiert hat sich der Telegrammverkehr; er ist von 7 auf 53 Millionen Telegramme gestiegen. Davon entfallen 34 pCt. auf geschäftliche, 10 pCt. auf Staatsbesuche und die übrigen 56 pCt. auf den Kleinverkehr. Die Einnahmen der ganzen Verwaltung betragen 1870 66 Millionen mit 6 Millionen Reinerüberschuss, heute sind es 284 Millionen mit 25 1/2 Millionen Reinerüberschuss. Die Fortschritte auf dem Gebiete der Post- und Telegraphenverwaltung sind zum nicht geringen Teile auf das dankenswerthe Eingehen des Reichstages auf unsere gefeggebereichen Vorlagen zurückzuführen. Wenn dies Entgegenkommen fortbauert, dann dürfen Sie versichert sein, daß die Reichspostverwaltung zum Segen des deutschen Volkes und zur Ehre des deutschen Namens auf dem großen Forum des Weltverkehrs die ihm gesteckten Ziele erreichen wird. (Beifall.)

Der Referent Abg. Württemberg teilt aus der Kommission mit, daß dieselbe sich wiederum mit der Frage der Sonntagsruhe beschäftigt habe; man habe ausgeführt, daß Einrichtungen, die in anderen Ländern z. B. in England möglich seien, auch bei uns möglich sein sollten. Die Kommission hat folgende Resolution vorgeschlagen: „Der Reichstag wolle den Beschluß wiederholen, den Reichstanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß die Annahme und Bestellung gewöhnlicher Pakete von der Reichspost an Sonn- und Festtagen mit Ausnahme der Weihnachtszeit vom 18. bis 30. Dezember auf Eisenbahnen beschränkt werde. Ferner teilt der Referent mit, daß die Kommission über die Frage der Dienstaltersstufen in einer besonderen Sitzung verhandeln wollte. Aenderung der Riffer des Etats habe die Kommission nicht beschlossen.“

Abg. Singer (Soz.): Wenn der Herr Staatssekretär mit einem Dank an den Reichstag dafür, daß derselbe seine Vorlagen genehmigt habe, geschlossen hat, so kann ich mit einem Gegendank nicht antworten, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß seitens der Postverwaltung an ein Entgegenkommen auf die Wünsche des Reichstages nur in sehr seltenen Fällen zu denken ist. Namentlich bezüglich der sozialen Tätigkeit der Postverwaltung sind seit Jahren im Reichstage Klagen laut geworden, aber eine Besserung dieser Verhältnisse ist nur in sehr geringem Maße zu spüren. Der Staatssekretär scheint es für notwendig erachtet zu haben, uns von vornherein gegenüber diesen Klagen ein Bild der Tätigkeit seiner Verwaltung zu geben. Ich möchte dem Herrn Staatssekretär, der sich als Vorsteher eines demokratischen Instituts bezeichnen hat, komischerweise vorschlagen, bei seinen Beamten einmal Umfrage zu halten und eine Urabstimmung bei ihnen vorzunehmen; dann wird er vielleicht zu einer anderen Meinung kommen.

Die Beamten werden die Postverwaltung nicht ansehen als ein Institut, wo der Demokratismus, sondern der Despotismus herrscht. Der Staatssekretär hat bei seinem Bilde vergessen uns vorzuführen, was alles die Postverwaltung nicht gethan hat. Die Postverwaltung ist in den letzten Jahren viel zu sehr als ein Institut für Blutmacherei angesehen worden, nicht als ein solches, das die Interessen des Publikums zu wahren hat. Wie lange Dispositionen haben wir nicht über die Heraushebung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe, über die Ermäßigung der Telegraphengebühren u. s. w. gehabt; auch die Kartenbriefe anderer Anstalten sind in Deutschland nicht eingeführt. Wir haben es dabei immer mit dem starren Bureaucratismus, der die Postverwaltung seit den letzten Jahren auszeichnet, zu thun gehabt. Die Stellung der Reichspostverwaltung in früheren Jahrzehnten ist jetzt eine andere geworden. Während früher der Leiter derselben für sich die Anerkennung in Anspruch nehmen konnte, daß er bahnbrechend auf diesem Gebiete vorgegangen ist, ist unsere Postverwaltung seit Jahren nicht nur von den Postverwaltungen anderer Länder, sondern sogar von Privatankalten weit überholt worden. Die Konkurrenzunternehmen in Berlin erfreuen sich mit recht der größten Beliebtheit des Publikums. Daß diese Privatankalten in Berlin und anderen Städten die Stadtbriefe wesentlich billiger befördern können, beweist, daß die Postverwaltung nicht mehr den Bedürfnissen des Publikums folgt und ihre Aufgabe, dem Interesse des Verkehrs Rechnung zu tragen, nicht mehr erfüllt, sondern daß sie in der Erreichung möglichst hoher Einnahmen ihre Aufgabe sieht. Der Staatssekretär hat wiederholt angedeutet, daß in dem Maße, wie ein Förderungsmittel verbilligt wird, die Benutzung desselben steigt und auch die Einnahmen daraus entsprechend steigen. Wir alle wünschen, daß die Postverwaltung nicht in der Sonne der eigenen Befriedigung, in der sie sich seit Jahren sonnt, verbleiben, sondern sich dazu aufraffen möge, den wiederholt hier besprochenen Forderungen des Publikums Rechnung zu tragen.

Wenn der Staatssekretär sagt, daß Veranlassung zur Unzufriedenheit mit den Anstellungsverhältnissen nicht vorhanden sei, so stimmt das auch nicht mit der Wirklichkeit, da alle Mitglieder des Hauses schon mit einer Reihe von Klagen gekommen sind. Der Staatssekretär hat uns das Bild eines Beamten vorgeführt, um an den früheren Konturen des Herrn zu beweisen, wie gut der angestellt sein muß. So stark dieser Herr und seine Gattin auch vielleicht sein mögen, so beweist das nichts für die Zufriedenheiten der Angestellten. Auch hier würde der Staatssekretär bald zu anderer Auffassung kommen, wenn er einen Rundgang durch die Bureau der Beamten machte; er würde die Wohlgeährten in sehr geringer Zahl finden, aber hunderte und tausende von hochläufigen, überarbeiteten Gestalten, die mit so geringem Gehalt angestellt sind, daß sie sich nicht so ernähren können, wie der Staatssekretär meint. Was soll dieses Beispiel, wenn es nicht für die Laclust der Zuhörer berechnet war, also beweisen? Der Staatssekretär möge sich nur mal die Landbriefträger ansehen, die 35 Kilometer machen müssen!

Die Sonntagsarbeit, auf welche sich wiederum die Resolution der Budgetkommission bezieht, ist auch eins von den Gebieten, auf welchen der Staatssekretär nicht die Wünsche des Reichstages befolgt. Einer der bestlebtesten Einwände dagegen ist, daß wir in Deutschland den puritanischen Sonntag, wie ihn England und Amerika haben, nicht einführen können. Die in der Resolution vorgeschlagenen Einrichtungen haben mit dem puritanischen Sonntag nicht das geringste zu thun. Wir wollen, daß die Beamten einen freien Sonntag haben; die Verwendung des Sonntags wollen wir ihnen überlassen. Wir haben uns nur zu fragen: liegen die Verhältnisse so, daß wir, ohne große Interessen zu verletzen, diesen Vorschlag zustimmen können? Ich kann nicht den geringsten Grund einsehen, weshalb es unmöglich sein sollte, Pakete des Sonntags nur dann auszulagern, wenn sie als besondere Eilpakete bezeichnet sind. Die Rücksicht auf die Gratulationsgeschenke zu Geburtstagen, Hochzeiten u. s. w. ist ja sehr liebenswürdig, die Sonntagsruhe ist aber das höhere Interesse. Es ist nicht nötig, daß die Paketwagen der Post Sonntags bis mittags 1 Uhr auf den Straßen herumrasseln, bei der Einschränkung gemäß der Resolution könnte die ganze Paketbeförderung bis morgens 9 oder 10 Uhr besorgt sein. Gegenüber der wiederholt ausgesprochenen Meinung des Reichstages wird er diese Resolution wieder annehmen. Es ist durchaus nicht zu verkennen, daß im Laufe der Jahre in Bezug auf die Sonntagsruhe in der Postverwaltung Fortschritte gemacht sind; es wäre thöricht, wenn man das gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen nicht zugeben wollte. Was aber geschieht ist, reicht nicht aus. Es ist erforderlich, den körperlich und geistig angestrengten Beamten diejenige Ruhe zu gewähren, die sie haben müssen, um ihre Arbeit zur Zufriedenheit verrichten zu können. Die Sonntagsarbeit könnte schon erheblich eingeschränkt werden, wenn der Schalter an Sonntagen nachmittags von 5—7 überhaupt nicht geöffnet würde. Man lege diese Zeit auf den Vormittag, und sie haben mit einem Mal für die Schalterbeamten einen freien Sonntag-Nachmittag. Wenn eingewendet wird, daß gerade die kleinen Leute um diese Zeit den Schalter benutzen, so wird es auf diese auch ganz erheblich wirken, wenn sie ihre Gewohnheiten zu Gunsten der Postbeamten etwas modifizierten. Hier stößt sich alles nur an dem starren non possumus (wir können nicht) der Verwaltung. Die Sonntagsarbeit muß auch sonst noch erheblich eingeschränkt werden und wenn ich auch hierfür im Augenblick kein Material beibringen kann, so weiß ich doch, daß bittere Klagen darüber geführt wird, daß, während hier mit der Postverwaltung als mit einer Mutterankalt paradiert wird, es doch im Punkte der Sonntagsruhe sehr im Argen liegt.

Ein weiterer Punkt, der zur Unzufriedenheit berechtigten Anlaß giebt, ist der, daß die Beamten unter der Herrschaft des Dienstaltersstufen-Systems viel später zur Anstellung gelangen als bisher. Große Ungleichheiten entstehen auch durch die verschiedenartige Anrechnung der Militärdienstzeit, welche im Interesse der beteiligten Beamten abgeändert werden müssen. Ich betrachte es als eine hohe Aufgabe der Postverwaltung, hier eingzugreifen, anstatt die Beamten mit einer Fluth von allerhand Erlassen zu überschütten. — Eine weitere Frage ist die Urlaubsfrage, soweit sie die Unterbeamten wenigstens betrifft. Ich gebe zu, daß diese durch die verschiedenen Anrechnungen, die in dieser Richtung gegeben sind, in Furch gekommen ist. Wie sehr man aber doch noch nach dem Kostengeist, der trotz der Versicherung des Staatssekretärs, daß die Einrichtung der Postverwaltung demokratisch sei, urtheilt, geht daraus hervor, daß Unterbeamten nach einer Verfassung nur in dringenden Fällen und nur bis sieben Tage Urlaub gewährt werden soll, während alle übrigen Beamten 14 Tage erhalten sollten. Der Oberpostdirektor von Berlin, Griesbach, hat eine Verfassung erlassen, in welcher es heißt: Die Gesuche von Unterbeamten um Urlaub haben in dem vorigen Jahre sich ganz unverhältnismäßig vermehrt. Während 1893 die Zahl derselben 251 betrug und gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen war, war 1894 806 Unterbeamten Urlaub erteilt. Das ist eine Steigerung von 21,2 pCt., denen eine Zunahme des Beamtenpersonals von nur 4 pCt. entgegensteht. Die Amtsvorsteher werden ersucht, in diesem Jahre die Urlaubsbewilligungen ihre Aufmerksamkeit dem zuzuwenden, ob die Ver-

urlaubung notwendig erscheint. Denjenigen Amtsvorsteher möchte ich sehen, der gegenüber einer solchen Verfügung des Vorgesetzten die Verhältnisse des Urlaubssuchers nicht mit der schärfsten Lupe untersucht! In Mecklenburg-Schwerin ist ein Landbriefträger 24 Jahre im Dienst; er hat 8 Schladten mitgemacht in jener „ruhreichen“ Zeit, von der der Staatssekretär vorhin sprach; in diesen 24 Jahren hat er nicht ein einziges Mal Urlaub gehabt. Als er nun um 7 Tage Urlaub bat, um zu seiner todkranken Schwiegermutter zu reisen, da wurden ihm zunächst nur 3 Tage bewilligt. (Hört! hört! links.) Auf wiederholte Vorstellungen und Beschwerden hin wurde ihm schließlich der erbetene Urlaub gewährt. Wenn von den 7000—8000 Unterbeamten im Jahre 306 Urlaubsgesuche eingereicht sind, so will das doch nicht viel bedeuten. Es müßte den Unterbeamten ermöglicht werden, wenigstens 8 Tage im Jahre auf Urlaub zu gehen. Wenn das in sozialdemokratischen Privatbetrieben möglich ist, so muß es bei der Post auch möglich sein.

Auch die Kautionsfrage möchte ich der Verwaltung zur Erwägung anheimstellen. Troßdem eine Reduktion der Kautions der Unterbeamten eingetreten ist, bekommen die Leute den Ueberschuss ihrer Kautions erst nach 2—3 Jahren zurück. Warum erhalten sie ihn nicht sofort; das Geld ist doch ihr Eigentum?

Auch diesmal möchte ich den Wunsch nicht zurückhalten, die Postverwaltung möchte in besonders lebhaften Geschäftszeiten zu Weihnachten u. s. w. die Hilfskräfte aus den Kreisen der Bürgerschaft requirieren. Die Armee ist nicht dazu da, der bürgerlichen Tätigkeit Konkurrenz zu machen und der Einwand ist auch nicht durchschlagend, daß keine anderen zuverlässigen Leute als Soldaten zu finden sind für dieses Geschäft. Wo ein Wille, ist auch ein Weg, und ein Versuch würde jedenfalls zur vollen Zufriedenheit der Postverwaltung ausfallen. Uebrigens hat sie ihre bisherige Usance schon durchbrochen. In einem Berliner Postamt wurden letzte Weihnachten ein Kandidat der Theologie und ein Primaner als Hilfsarbeiter engagiert; sie hatten weniger Dienst zu leisten als die andern und waren überhaupt aus besonderer Zuneigung des Vorstehers engagiert worden. Ich habe ja nichts dagegen, daß der Theologe beschäftigt wurde, aber man sollte doch in dieser harten Winterzeit auch die soziale Noth der vielen beschäftigungslosen Arbeiter berücksichtigen.

Die Klagen über die Maßregelungen von Beamten verschwinden immer noch nicht von der Tagesordnung. Den Postassistenten-Verband hat die Reichspostverwaltung zwar nicht als gesetzlich unzulässig bezeichnet, aber sie legt ihm Schwierigkeiten in den Weg. In dem Organ des Assistentenverbandes wird eine ganze Reihe eklatanter Fälle aufgeführt, die mit den sonstigen Auffassungen von dem Recht der Beamten nicht vereinbar sind. Es ist überhaupt ein Mißbrauch, wenn irgend eine Verwaltung es sich heranzunimmt, in das Privatleben einzugreifen. Sie kann nicht verlangen, daß nur Vereine sein sollen, in denen patriotische Feste gefeiert werden und in denen dem Herrn Staatssekretär ein Hurrah über das andere gebracht wird; es muß auch Vereine geben, in denen die Beamten ernsthafte Schäden ihres Berufs ausbeden. Die Maßregeln der Postverwaltung gegen die Mitglieder des Verbandes sind oft geradezu komisch. In Weisensfeld fand ein Bezirksstag statt und die Zörgauer Verbandsmitglieder sandten ihm ein Telegramm mit der Unterschrift: Die Zörgauer Festungsgesangenen. Deswegen soll nun eine hochnotpeinliche Untersuchung eingeleitet worden sein! In Kiel wurden sämtliche Beamte eines Sonntags auf das Bureau befohlen, weil es sich darum handelte, die Verfügung über die Sonntagsruhe festzustellen. Der Postassistenten-Verband hat bekanntlich Verkaufsstellen für seine Mitglieder eingerichtet. In einem bestimmten Falle war ein Schuldner seiner Verpflichtung nicht nachgekommen und der Vorsitzende hatte sich an die Oberpostdirektion mit der Bitte gewendet, ihren Einfluß geltend zu machen, damit der Schuldner seiner Verpflichtung nachkomme. Die Oberpostdirektion hat dies abgelehnt und ich persönlich würde ich darans an sich keinen Vorwurf machen, wenn sie sich nur von dem Grundsatz: Gleiches Recht für alle leiten ließe. Im Widerspruch mit dieser Ablehnung steht aber eine Bestimmung, wonach die Oberpostdirektoren verpflichtet sind, sich über die wirtschaftliche Lage der Beamten und Unterbeamten fortwährend unterrichtet zu halten, die Schuldverhältnisse der Beamten in jedem einzelnen Fall genau feststellen zu lassen und möglichst die sofortige Beirichtigung der Schuld herbeizuführen oder aber einen bestimmten Zeitpunkt dafür festzusetzen. Wenn sich so die Postverwaltung in den Dienst von Privaten stellt, weshalb thut sie es nicht gegenüber dem Postassistenten-Verbande? Ein anderer Fall ist, wie ich hoffe, ohne Kenntnis des Herrn Staatssekretärs passiert. Der Reichstag hat wiederholt die Meinung ausgesprochen, daß es im Interesse der Postverwaltung nicht liegen kann, wenn in den Kreisen ihrer Beamten Propaganda für die persönliche Verehrung ihrer Vorgesetzten gemacht wird. Eine künstliche Verehrung führt nur zur Heuchelei. Wenn die höheren Vorgesetzten der Postverwaltung das Bedürfnis haben, gefeiert zu werden, so ist das Gefühlsmachende. Jedemfalls müssen diese Ehrungen auf der Freiwilligkeit der Beamten beruhen. Die Leute dürfen nicht von den Vorgesetzten pouffirt werden, keinen Wind mit dem Rampfahle bekommen. Damit steht aber eine Verfügung des Oberpostdirektors Thiele in Posen, welcher unter dem 15. November 1895 seinen Beamten mittheilt, daß ein Brustbild seiner Exzellenz des Staatssekretärs v. Stephan zum Selbstkostenpreise von 1,50 beziehungsweise 2 Mark pro Stück abgegeben werde und daß Bestellungen auf das Bild bis zu einem bestimmten Termin angenommen würden. Ich glaube, ich kann ruhig zur Ehre des Herrn Staatssekretärs annehmen, daß ihm von dieser Verfügung und von dem Versuch, sein Bild in die Wohnungen von Beamten zu verpflanzen, nichts bekannt ist. Um so mehr erwarte ich von ihm eine Verfügung an sämtliche Beamte, die diesem Unfug ein für alle Mal ein Ende macht, denn ein Unfug ist es, wenn jemand zu einer Royalitätsänderung gezwungen wird. Wer seiner Verehrung für seinen höchsten Chef dadurch Ausdruck geben will, daß er sich seinen Chef in einem Aufhänge, mag es thun. Vielleicht werden keine offiziellen Listen darüber geführt, welche von den Beamten bei der Geschäftsstelle der Oberpostdirektion das Bild des Herrn v. Stephan bestellt haben. Aber daß die Thatsache, wer bestellt und wer nicht, von Einfluß auf das Verhalten der vorgeordneten Behörden zu den Untergebenen sein kann, dafür haben wir im Laufe der Jahre sehr zahlreiche Beispiele. Ein Unfug bleibt es auf alle Fälle, denn das Verhalten der Beamten unter einander wird dadurch beeinflusst. Manche Beamte hat zwar sein Geld für seine Familie nöthiger als für einen solchen Zweck, aber er will hinter den Ähnen nicht zurückstehen, er will keine Ausnahme bilden. Böse Zungen behaupten sogar, daß den Beamten die Iyrischen Gedichte des Herrn v. Stephan zum Kauf angeboten werden. (Heiterkeit.) Ich wollte ihm Gelegenheit geben, von diesen Dingen Kenntnis zu nehmen und das geeignete zu veranlassen. Möge die Zeit nicht mehr fern sein, wo der Reichstag den Lobpreisungen, die der Staatssekretär für seine Verwaltung aus-

gesprochen hat, zustimmen kann, namentlich insoweit diese die soziale Lage der unvertretenen Beamten nach Möglichkeit verbessert. Es ist eine höhere Pflicht des Reichstages, für eine bessere und menschenwürdige Behandlung von tausenden und aber tausenden von Postproletariern zu sorgen, als sich über hohe Einnahmen und die Ausdehnung der Verwaltung zu freuen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Schäbler (Z): Ich muß mich dem Vorgesetzten anschließen in der Klage darüber, daß unserer Resolution über die Sonntagsruhe nicht nachgegeben worden ist. Sowohl die Paketbestellung als auch der Schalterdienst sollte an Sonntagen beschränkt werden. Einheitslich läßt sich aber diese Frage nicht regeln, sondern es muß auf die ordentlichen Verhältnisse Rücksicht genommen und dabei auch die Sonntagsheiligung berücksichtigt werden. Auch bezüglich der Urlaubsbewilligungen sollten die Interessen der Unterbeamten etwas mehr berücksichtigt werden, denn nicht bloß der große Beamte, sondern auch der kleine bedarf einmal der Ausspannung. Bezüglich des Postassistenten-Verbandes geht die allgemeine Auffassung des Reichstages dahin, daß die Haltung der Postverwaltung diesem Verbande gegenüber von allen Parteien einstimmig verurteilt wird. Bedauerlich ist, daß dem Wunsch des Reichstages bezüglich der Zivilianwärter und ihrer Gleichstellung mit den Militäranwärtern im Postdienst nicht nachgegeben worden ist. Die letzteren werden leichter zur Prüfung zugelassen und gelangen eher zur Anstellung als die ersteren. Die Besprechung der Frage der Sonntagsruhe will ich dem so sehr verdienten Spezialisten auf diesem Gebiete überlassen, ich will nur auf die Abänderung des Postgesetzes in bezug auf die Beförderung der Postungen hinweisen. Die Frage ist ja innerhalb der Verwaltung schon in Erwägung gezogen worden. Es scheint, als wenn die Aenderung eine große Belastung des Zeitungsgewerbes zur Folge haben würde, denn es soll der Grundsatz aufgestellt werden, daß für jede Zeitung bezahlt werden soll nach der Zahl der erscheinenden Nummern, nach dem Gewicht des Papiers u. s. w. Der alte Tarif entsprach den früheren Verhältnissen; die Abonnementspreise waren damals ziemlich gleichmäßig; heute ist das nicht mehr der Fall; der Abonnementspreis ist jetzt vielfach sehr niedrig, weil viele Zeitungen auf die Anzeigen den Hauptverdienst legen. Redner verweist auf die Petition des deutschen Buchdruckerverbandes, der über die Frage sachliches Material beibringt. Redner spricht die Hoffnung aus, daß auf diesem Gebiet dem Herrn Staatssekretär eine baldige Reform, die allseitig befriedige, gelingen werde.

Hg. Lingen (Z): In bezug auf die Sonntagsruhe hat der Reichstag seine Entschlüsse schon mehrfach festgelegt, aber sie sind von den verbündeten Regierungen noch nicht durchgeführt worden; der Grund wird daraus entnommen, daß die Resolution verbunden war mit einer Einschränkung des Eisenbahnverkehrs am Sonntag. Aber dieser Grund ist ebenso wenig zureichend wie die anderen Gründe, daß der kleine Mann und die Soldaten durch die Schließung der Post am Sonntag geschädigt werden, weil die Kapitalkräftigen von den Eisenbahnen Gebrauch machen würden. Einer eingehenden Erörterung ist die Frage nicht mehr bedürftig. Ich hoffe, daß die Postverwaltung, nachdem sie 25 Jahre im Reiche ihres Amtes gewaltet hat, auch in den nächsten 25 Jahren eifrig fortzuschreiten wird.

Hg. Werner (deutsch-sozialer Reformpartei) bemängelt, daß die Postverwaltung den Reichstagsbeschlüssen nicht entgegengekommen sei beim Zeitungstaxi, bei den Fernsprechgeldern, die namentlich in kleineren Städten erheblich ermäßigt werden müßten. Die steigenden Einnahmen der Postverwaltung beweisen, daß die Ermäßigung möglich ist. Auf die Erfindung eines Fernsprechkäufers braucht man nicht zu warten. Es scheint in der Postverwaltung eine gewisse Zukunftslosigkeit zu herrschen, der Mann der Zukunft scheint dem Herrn Staatssekretär keine Neuerungen mehr zu gönnen; er scheint sie erst selber durchzuführen zu wollen. Die Sonntagsruhe für die Beamten ist noch nicht genügend durchgeführt; daß jeder dritte Sonntag frei sein soll, ist noch nicht überall eingeführt. Es sind manche Postassistenten noch gar nicht in die Sonntagsruhe eingeschlossen worden. Der Oberpostdirektor in Kiel ließ Sonntags Briefe zählen und nachwiegen, weil der Postassistenten-Verband seinen Bezirkskongress am Sonntag hatte. Die Unterbeamten bekommen keinen Urlaub außer in dringenden Fällen. Bei der Verteilung der Gratifikationen sollte etwas mehr Gerechtigkeit und nicht bloß das Wohlwollen der Vorgesetzten entscheidend sein. Aus Kiel wird berichtet, daß unverheiratete Beamten mehr erhielten als verheiratete; einem Beamten, der wegen Krankheit um eine Gratifikation bat, wurde sie abgeschlagen, weil er sich nicht im Postdienst sehen ließe. Hinter jeder Lokomotive soll ein Schutzwagen fahren; auf der Linie Rassel - Frankfurt fährt aber stets der Postwagen hinter der Lokomotive. Die Postverwaltung sollte im Interesse ihrer Beamten dagegen einschreiten, da die verunglückten Postbeamten nur sehr geringe Pensionen erhalten. Die Maßregelungen sind schon berührt worden; ein gutes Verhältnis kann daraus nicht entstehen, wenn die Postverwaltung ihre eigenen Beamten polizeilich überwachen läßt. Herr v. Stephan mag das Beste wollen, aber er ist als alter Mann nicht mehr im Stande überall durchzugreifen.

Hg. v. Stamm (Rp.): Die Postverwaltung hat den Beschlüssen des Reichstages nicht immer nachgegeben. Man sollte nicht vergessen, daß der Bundesrat ein gleichberechtigter Faktor ist. Es ist leicht, Resolutionen vorzuschlagen, aber es ist nicht richtig, wenn man die Verwaltung zu Ausgaben drängt, ohne ihr die Einnahmen zu bewilligen. Ist denn der Ueberschuß der Reichs-Postverwaltung ein wirklicher Ueberschuß? Vergessen Sie doch nicht, daß den deutschen Eisenbahnen unentgeltliche Leistungen obliegen, die auf etwa 25 Millionen Mark berechnet sind. Eine Prüfung würde auch ergeben, daß sämtliche Zeitungen von der Postverwaltung unter dem Selbstkostenpreise gefahren werden. Daß das Einschreiten der Verwaltung gegen den Assistentenverein vom Hause einstimmig verurteilt sei, ist nicht richtig. Ich bin der Postverwaltung immer dankbar gewesen für die Fürsorge, die sie ihren Beamten zu teil werden läßt. Daß auch einmal ein Tadel ausgesprochen wird, mag richtig sein, aber bei der mangelnden Befugnis des Hauses kann man daraus, daß kein Widerspruch erfolgt, nicht schließen, daß das Haus damit einverstanden war. Was den Antrag Lingen betrifft, der inzwischen eingebracht ist, und dahin geht, daß auch Frohnleichnam und Allerheiligen als Feiertage gelten sollen, so ist diese Frage Sache der Einzelregierungen; daß die Postverwaltung sich den Anordnungen dieser Instanzen nicht fügen sollte, kann man wohl nicht annehmen.

Staatssekretär Graf Pofadowski: Die Kollegialität gebietet mir, den heftigen Angriffen, welche der Staatssekretär des Reichs-Postamts ausgesetzt ist, entgegenzutreten. Es handelt sich um drei Forderungen: Ermäßigung der Telephongebühren, Reform des Post-Zeitungs-Tarifs und Erhöhung des Gewichtes für einfache gewöhnliche Briefe von 15 auf 20 Gramm. Nach Mitteilungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts würde die Durchführung dieser Maßregeln einen Einnahme-Ausfall von 15 Millionen Mark herbeiführen. Die Postverwaltung ist der Ansicht — und sie stützt sich dabei auf Erfahrungen — daß solche Ermäßigung keineswegs immer eine erhöhte Einnahme durch die Steigerung des Verkehrs ergibt. Die Postverwaltung an sich würde durchaus zum Entgegenkommen geneigt sein, aber sie ist als eine Reichsmonopol-Verwaltung auch unbedingt an die Interessen der Finanzverwaltung gebunden. Bei Betrachtung der Ueberschüsse müssen Sie von dem sogenannten Reinertrag noch die Ausgaben für Bauten und die Folgen des Theils der Anleiheausgabe, der auf der Postverwaltung ruht, abziehen. Danach beträgt der wirkliche

Ueberschuß der Postverwaltung für 1894/95 18 1/2 Millionen. Käme die Regierung den Wünschen nach weiteren Ermäßigungen nach würde sich dieser Ueberschuß vorwiegend um 15 Millionen reduzieren, es würde also, obgleich die Staatseisenbahnen sehr erhebliche Leistungen für die Postverwaltung unentgeltlich beibringen, das Monopol der Reichspost nur einen verschwindenden Beitrag für das Reich liefern. Die verbündeten Regierungen sind nicht geneigt, wesentliche Konzessionen zu machen, so lange wir ihnen nicht vom Hause andere Einnahmen zur Verfügung gestellt sind. (Bewegung.) So lange wir noch mit einem Defizit rechnen, so lange in den Einzelstaaten noch dringende Kulturaufgaben unbefriedigt bleiben, können wir auf diesem Gebiete weitere Liberalität nicht üben. Die Frage des Zeitungstarifs ist von uns eingehend geprüft, die Lösung derselben ist außerordentlich schwierig, die Fachpresse hat darüber ganz entgegengesetzte Vorschläge gemacht. Wir haben für jede einzelne Zeitung das Exempel der Belastung für jetzt und für die Zukunft gemacht und sind dabei auf große Widersprüche gestoßen; große Blätter würden entlastet und kleine unbedeutende durch das Minimalabonnement ungerade belastet. Wir haben vorläufig einen Ausweg gefunden durch die Jahresgebühr für jede Wochenausgabe und die Berücksichtigung des Gewichtes. Neue Einnahmen wollen wir dadurch nicht, sondern nur eine gerechte Verteilung der Lasten. In nicht zu fernem Zeit werden wir weitere Vorschläge machen können.

Hg. v. Jagdzewski (Pole) weist darauf hin, daß an besonderen katholischen Feiertagen andere Ressorts den Beamten gestatten, daß sie ihren religiösen Pflichten nachkommen; die Postverwaltung könnte das wohl auch thun. In den polnischen Bezirken entstehen Schwierigkeiten daraus, daß wir so viele Beamte haben, die der Landessprache nicht mächtig sind. Es wäre wünschenswert, wenn nach dieser Richtung hin dem polnisch redenden Publikum entgegenkommen würde. Redner beschwert sich darüber, daß sich die Postbeamten in großer Zahl an den Verein zur Verteidigung des Deutschtums angeschlossen haben. Dadurch wird das Vertrauen zu den Beamten geschwächt. Jeder aus dem Staatsfiskus bezahlte Beamte sollte sich solchen Bestrebungen, die sich gegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung richten, fernhalten.

Unterstaatssekretär Dr. Fischer: Durch die Erklärung des Reichs-Schatzsekretärs sind wohl die Vorwürfe erledigt, daß die Postverwaltung es habe im Entgegenkommen bezüglich der Tariffrage schlen lassen; in diesem Punkte ist die Postverwaltung von anderen Instanzen abhängig. Ich beschränke mich auf die übrigen vorgebrachten Gegenstände. Bezüglich der Sonntagsfrage werden Sie den Eindruck gewonnen haben, daß, wenn die Resolution wegen der Sonntags-Paketbestellung dem Bundesrat unannehmbar erschienen ist, ein solcher Beschluß nicht ohne genügende Gründe gefaßt ist. Die örtlichen Verhältnisse sind sehr verschieden, es ist nach der Zukunft der Dinge. Eine generelle Regelung ist nicht möglich. Aber wir haben praktisch eine größere Einschränkung der Sonntagsarbeit herbeigeführt und damit eine größere Sonntagsruhe für die Beamten. Der Schalterdienst am Sonntag nachmittag ist zum theil beschränkt, bei zwei Postanstalten ganz aufgehoben worden; der Begleitpostdienst ist beschränkt u. s. w. Es sind erhebliche Fortschritte gemacht und der Hinweis auf die Verhältnisse eines einzelnen Postamtes beweist nicht. Es ist durchgeführt, daß die Postbeamten mindestens jeden dritten Sonntag frei haben. Bezüglich des Antrages Lingen kann ich mitteilen, daß die Landbriefbestellung in katholischen Gegenden im Frohnleichnamstage ruht. Auch für Allerheiligen wird sich in katholischen Gegenden der Dienst so gestaltet haben, daß die katholischen Beamten vom Dienste dispensiert werden können. Im übrigen kann die Postverwaltung nicht in die Befugnisse der Landesbehörden eingreifen.

Die Herren Singer und Werner haben lebhafteste Beschwerte erhoben über himmelschreiende Mißstände, die mehr durch die laute Stimme als durch Gründe unterstützt wurden. Herr Singer hat eine längst befristete Dienstanweisung über die Urlaubserteilung angeführt. Die Postverwaltung ist die einzige, welche den Erholungsurlaub für ihre Beamten eingeführt hat. Aber so weit können wir nicht gehen, daß wir jedem Beamten, der Lust hat, einen Urlaub von sechs Wochen zu gewähren. Daraus bezog sich die Verfügung. In Berlin sind 8000 angestellte Unterbeamte; davon haben 86 pCt. Erholungsurlaub erhalten. Das Bedürfnis nach Urlaub ist verschieden nach den verschiedenen Klassen der Beamten und je nachdem sie in der Stadt oder auf dem Lande thätig sind. Die Ertheilung des Urlaubs wird im liberalsten Sinne durchgeführt. Bezüglich der Zurückhaltung der Rationen ist daran zu erinnern, daß die Postverwaltung ihrerseits die Ration herabgesetzt hat. Wir haben die Rationen in das Staatsschuldbuch eintragen lassen als eine große Masse. Aus dieser Masse müssen die Rationen aufgeschieden werden, und das ist keine einfache Sache. Alles was an Baarbetragen vorhanden war, ist sofort zurückgezahlt. Bezüglich der Heranziehung der Soldaten während der Weihnachtszeit ist zu bemerken, daß 3000 Hilfsarbeiter angenommen werden; 1/4 davon sind Zivilpersonen. Damit erledigt sich auch wohl der Vorwurf, daß Protektion dabei vorkomme. Ein paar Assistenten haben sich herausgenommen, ein Telegramm zu unterzeichnen: Die Logauer Festungsgefangenen. Sie sind deshalb zurückgewiesen worden, aber sie sind sonst aus dem Verfahren mit ganzem Hals und heißen Knochen hervorgegangen. Dem letzten Herrn Redner der polnischen Fraktion kann ich nur bemerken, daß seine Wünsche durch die Dienstanweisung längst erfüllt sind. Ob Postbeamten dem Verein zur Verteidigung des Deutschtums beigetreten sind, ist nicht bekannt. Wir können den Beamten nicht generell den Zutritt zu einem Verein allgemein verbieten. Wir würden damit eingreifen in ein politisches Recht der Beamten. Die Beamten müssen Zurückhaltung üben gegenüber einem Verein, der Parteizwecke dient. Dem Takt des Beamten müssen wir es überlassen, wie weit er sich diesem Verein gegenüber zurückhalten hat.

Hg. Dike (Z): tritt für den Antrag Lingen's ein und weist darauf hin, daß selbst in großen Städten wie Münster die Sonntagsruhe für die Postbeamten noch nicht durchgeführt ist. Der Sonntagsverkehr der Post steht doch im Zusammenhang mit der Sonntagsruhe in Handel und Gewerbe. Ein Nachmittagsdienst am Sonntage ist danach gar nicht mehr erforderlich. Eine Abnahme der Paketbeförderung am Sonntage ist noch nicht zu bemerken. Der Grund, daß die Räume nicht ausreichen, um die Pakete während des Sonntags auszubehalten, kann doch nicht zurechnen; denn es sind doch die Räume ausreichend zur Aufnahme des sehr großen Weihnachtsverkehrs. Die besondere Belastung des Montags kann auch nicht eintreten, wenn am Sonntage keine Pakete angenommen werden. Bezüglich der besonderen katholischen Feiertage kommt es vor, daß selbst in ganz katholischen Gemeinden die Post sich nicht an die katholischen Feiertage lehrt.

Darauf wird die weitere Verathung vertagt. Persönlich bemerkt Hg. Werner, daß der Unterstaatssekretär Fischer seine Stimme als laut bezeichnet habe; er werde zum Gefallen des Herrn Unterstaatssekretärs seine Stimme nicht ändern.

Schluß nach 5 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Verathung des Postetats.)

Tokales.

Aus der gestrigen Gemeinderaths-Wahl in Aldershof ist unser Kandidat Schmädicke als Sieger hervorgegangen. Es wurden 149 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Schmädicke 78 Stimmen, auf den konservativen Kandidaten 40, auf den Liberalen 30 Stimmen, eine Stimme war unglültig.

Eine **Parlamentswahl**, von der die große Masse der Bevölkerung keine Ahnung hat, findet heute, Dienstag, statt. Zum

Erfolg für den bisherigen Landtags-Abgeordneten Hugo Herms sind im 4. Berliner Wahlbezirk die Wähler an die Urne berufen. Das arbeitende Volk läßt bei dieser nach den Regeln des „elendesten aller Wahlsysteme“ vor sich gehenden Formalität die Selbstadvokaten unter sich, mögen sie sich freisinnig oder sonstwie nennen.

Welche Unternehmer haben am Sonnabend ihre Arbeiter feiern lassen, ohne ihnen den für den Tag schuldigen Lohn zu zahlen? Die Agitationskommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat ein hektographirtes Rundschreiben an die Arbeiter aller Werkstätten gefaßt, in denen Verbandsmitglieder arbeiten, um sich einen Bescheid auf obige Frage erteilen zu lassen. Eine bestimmte Antwort auf diese Frage läßt sich zum theil erst am Ende der Woche geben, da der Sonnabend in den meisten Fabriken schon zur neuen Lohnwoche gerechnet wird. Bis zum Montag sind Nachrichten aus 21 Fabriken eingetroffen; es fehlt bislang nur von der Firma Beeremann, Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, am Schlesienschen Thor, fest, daß der letzte Sonnabend, an dem die Arbeiter wider Willen feiern mußten, nicht bezahlt wird. In der großen Schwarzwaldfischen Maschinenfabrik, die durch ihre vielen Ueberstunden eine gewisse Berühmtheit erlangt hat, mußten die Arbeiter am Reichsgründungsstage wie an jedem anderen Werktag bis zur späten Stunde Ueberarbeit leisten.

Von anderer Seite geht uns die Meldung zu, daß die Albumfabrikanten Lüttmann u. Plonus, Prinzessinnenstr. 19, am Sonnabend feiern ließen und den Arbeiterinnen einen ganzen Tagelohn abgaben, obgleich infolge der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung am Sonnabend 1 1/2 Stunden weniger als sonst gearbeitet wird. Damit aber diese Zeit den Unternehmern nicht verloren gehe, wird die Versammlung an den übrigen Tagen der Woche nachgeholt.

Die Illumination am Reichsgründungsabend gestaltete sich zu einer wahrhaft großartigen Kundgebung sowohl sämtlicher amtlicher Gebäude als auch der Hoflieferanten und solcher Geschäftsinhaber, die es werden möchten. Wohlgefällig zählen die bürgerlichen Blätter die Firmen im einzelnen auf, die ihr Geschäftslokal durch die Beleuchtungsreflexe vom 18. Januar mehr oder weniger erheblich befestet haben. Die Blätter entledigen sich damit zugleich der ebenso angenehmen wie nützlichen Pflicht, für die Geschäfte, die sie als ständige und in betracht kommende Inserenten zu besitzen die Ehre haben, eine ganz besonders ins Auge fallende Reflektoren zu machen.

Was die bürgerliche Presse von der Begeisterung desjenigen Theils der Bevölkerung zu berichten weiß, der weder inserirt noch ein Interesse daran hat, den Hoflieferantenartikel zu ergattern, das ist allerdings nicht weit her. Es klingt in diesem Punkte eine Art wehmüthiger Elegie durch die Festberichte der Zeitungen. Der „Börsen-Courier“ ist erlich genug, einzugehen, daß die Illumination sich auf einige öffentliche Gebäude und unsere großen Geschäftshäuser beschränkte und daß im allgemeinen die private Beteiligung gering war. Andere Blätter geben diese fatale That-sache ebenfalls mehr oder weniger verhehelt an. In der Leipzigerstraße und Unter den Linden drängten sich selbstverständlich viele Schaustafeln, doch wollen kostbare Menschen den Eindruck gewonnen haben, daß stellenweise mehr die Schamlosigkeit als das Publikum dem Straßenbild das Festgepräge gab. Die Vorstädte unterschieden sich, abgerechnet einige ganz vereinzelte Lichter, die hier und da ein Beamter anzusehen nicht unterlassen durfte, in nichts von dem Gepräge, das ihnen jeder andere Werktag giebt. Dort wohnt das arbeitende Volk und dieses weiß eine andere Geschichte von der 25jährigen Reichsherrschaft zu erzählen, als sie aus offiziellen Reden zu entnehmen ist.

Wie die festfeiernden Durrahmpatrioten an Fest und Bildung der hungernden Invaliden gedenken, die 1870/71 ihr Blut für das Reich der Reichen lassen mußten, darüber haben wir uns in der nunmehr sowohl glückselig verfloffenen Jubelzeit mehrfach, zuletzt noch am Reichsgründungsstage, mit aller entsprechenden Schärfe ausgesprochen. Unsere Anschauung, daß der ganze Aufwand, der von den Reichen entfaltet wurde, kaum etwas anderes bedeutete, als eine wohlberechnete, sich unter der Maske des Patriotismus verbergende Reflektoren für das eigene werthe Geschäft, und daß es einem Durrahmpatrioten nicht im Traum einfällt, im Stillen etwa einem armen Veteranen im Abend nachzuthun, diese unsere Anschauung wird recht interessant in einer Einfindung bestätigt, die der „Staatsbürger-Zeitung“ vom Verband deutscher Kriegsveteranen“ zugeht. Der Verband sagt:

Von den alten Veteranen, welche vor 25 Jahren Gut, Blut und Gesundheit freudig geopfert haben, leben heute noch tausende in den allertraurigsten Verhältnissen und haben oft kaum ein Stück trockenes Brot, um das Leben zu fristen. Da hier leider die Staatshilfe versagt, so haben sich jetzt die Veteranen ganz Deutschlands zu einem „Verband deutscher Kriegsveteranen“ zusammengethan und sind zur Selbsthilfe geschritten, um unglückliche, hilfbedürftige Kameraden zu unterstützen. Dieser Verband wandte sich an die Deutsche Reichsregierung, indem er zu einer am 20. d. Mts. stattfindenden Jubelfeier in den Konfordinaleen an ca. 500 unserer größten Firmen der Finanz- und Industriewelt Einladungs-schreiben mit je 10 Willeten à 50 Pf. sandte. Leider ist der Erfolg dieses Schrittes ein sehr dürftiger gewesen. (Hier war wohl keine Gelegenheit geboten, sich öffentlich als Wohlthäter nennen zu hören? H. Red. d. „Staatsb.“) Die Willeten wurden mit einigen nichtssagenden Redensarten zurückgeschickt, trotzdem in der Einladung betont worden war: „Zur Unterstützung hilfbedürftiger Veteranen.“

Wenn man ehrlich sein will, so muß man sagen, daß die neue Reichsherrschaft solche Prozentpatrioten verdient, wie sie hier zum Vorschein kommen. Was werden diese Durrahmpatrioten, dieselben, die 1870 beide Hände auf den Beutel hielten, als die Kriegsanleihe aufgenommen werden sollte, wohl sein, wenn ihr Vaterland wieder einmal ernsthaft in Gefahr gerathen sollte?

Warum illuminiren die patriotischen Geschäftsinhaber? Denjenigen, die trotz allem noch an die Glückseligkeit der deutschen Bourgeoisie glauben, möge das folgende Geschäfts-Zirkular die Augen öffnen, das der Hoflieferant Deese in der Leipzigerstraße allen hiesigen Zeitungen zugesandt hat, deren Geschäftsprinzip es ist, die göttliche Weltordnung gegen deren vaterlandslose Feinde zu verteidigen:

In die übliche Redaktion des ... In Ihren Illuminationsbericht am morgenden Sonntag bitte Sie, mit bezug auf unsere geschäftliche Verbindung, endsehende Zeilen gefl. mit einzurücken.

Hochachtungsvoll J. A. Deese.

In der Leipzigerstraße glänzte die Fassade des Geschäftshauses J. A. Deese im schönsten elektrischen Licht. Der Reichsadler, in mächtiger Dimension, von ca. 1200 elektrischen bunten Lampen hergestellt u. s. w.

Mit bezug auf unsere geschäftliche Verbindung“ haben denn auch so ziemlich sämtliche bürgerliche Blätter, von den fortschrittlichen bis zum „Volk“, „Reichsboten“ und „Kreuz-Zeitung“ diese patriotische Reflektoren ihrer „Stimmungs-Bilder“ von der hohen Festesfreude einverleibt. Und man kann sich darauf nehmen, daß die Firma Deese nur geübt hat, was überhaupt bei „Ihre-Gelegen“ als Geschäftsprogriff gilt.

In welchen Mengen trotz aller Kontrolle gesunde gefahrliches Fleisch nach Berlin gelangt, ergibt sich aus dem Bericht der hiesigen Fleischschau. Auf den Bahnhöfen und in Vorrathsräumen von Schlachtern werden gelegentlich von Revisionen fort und fort große Posten von Rind- und Kalbfleisch ermittelt, dessen Genuß auch im verarbeiteten Zustande

Die menschliche Gesundheit zu schädigen geeignet ist. Dieses angefangene Fleisch ist dazu bestimmt, zur Wurstfabrikation verwendet zu werden. Das Ausschneidfleisch rührte zum Teil von jungen und dünn entwickelten Kälbern her. Viel gefährlicher ist das Ausschneidfleisch von Rindern. Dieses wird zum Teil aus Dänemark, meist aber aus Mecklenburg und Schleswig-Holstein hierher geschickt und rührt vielfach von abgeheilten, tuberkulösen Kindern her. Bedenklich ist nur gelegentlich vereinzelte Sendungen durch die städtischen Kontrollbeamten ermittelt worden, daß also eine bedeutende Menge beträchtlichen Fleisches in die hiesigen Wurstfabriken und so zum Verzehr gelangt, daß aber der Pöbelungs- und Räucherungsprozess nach den Versuchen von Forste, Serafini und Ungaro nicht geeignet ist, die Tuberkelbazillen zu vernichten, so wird, wie der Bericht hervorhebt, der dringende Wunsch regt, daß die Einfuhr von Ausschneidfleisch verboten und daß nur solches Fleisch zur Verarbeitung zugelassen werde, welches in den Untersuchungsstationen zur menschlichen Nahrung geeignet befunden worden ist.

Wer fällt unter den Gnadenersatz? Nur derjenige, der am 17. Januar 1896 bereits rechtskräftig verurteilt war, also nicht diejenigen, die am oder vor dem 17. Januar verurteilt waren und Berufung oder Revision eingelegt haben, ohne daß bis einschließlich am 17. Januar über das Rechtsmittel rechtskräftig erkannt war. Dies den mancherlei Fragestellern zur Antwort.

Zum Kampf für Ordnung, Religion und Sitte. Die Konzeptionen, welche das Polizeipräsidium alljährlich an die Zeitungs- resp. Druckschriftenhändler verabsolgt, enthalten im Wesentlichen zu denen früherer Jahre folgende neue Bestimmungen: „Zunächst wird darauf hingewiesen, daß das Feilbieten von Druckschriften, anderen Schriften und Bildwerken, welche in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergerniß zu geben geeignet sind, nach § 148 ad 6 der Gewerbe-Ordnung strafbar ist.“ — Die Inhaber dieser Konzeptionen wollen beim Polizeipräsidium dahin vorstellig werden, daß der Zusatz eine präzisere, gemeinverständlichere Fassung erhalte.

Der Schriftsteller Dominik ist am 10. Januar hier gestorben. Er war 1844 in Brandenburg a. H. geboren. Bekannt ist er als Begründer der Zeitungen „Führerzeitung“ und „Zur guten Stunde“. Von seinen Büchern seien erwähnt „Kund um Berlin“ und „Der neue Kurs“.

Angenehme Gegend. In einer an die Stadtverwaltung gerichteten Petition um Neupflanzung der Friedrichselderstraße schreiben die Petenten: „Unter jetziges Straßensplaster ist so schlecht, daß alle Fenster scheiben klappern und viele entweihren, wenn bei und ein Prachtwagen vorüberfährt, und die Erschütterung der Häuser ist so groß, daß Kinderwiegeln davon ins Schaukeln geraten, wie die Mütter der darin schlummernden Säuglinge versichern.“

Frau Dr. Fröh Friedmann hat dem „N. Journal“ zufolge vor ihrer Abreise nach Hamburg ihre Kinder nicht bei einer Gemütskrankheit untergebracht, sondern einen ihrer Direktoren in Hamburg bewilligten Vorschuss von 1500 M. vor allem darauf verwendet, ihren Kindern eine gute Verpflegung während ihrer Abwesenheit zu sichern. Gegen Rechtsanwalt Friedmann hat übrigens auch die Staatsanwaltschaft in Halberstadt einen Steckbrief wegen Bestechung erlassen.

Verhaftet wurden die Direktoren der Bank für Hypotheken- und Grundstücksverlehen, Kaufmann H. Gärtling und Kaufmann E. Müller. Die Geschäftsbücher und Skripturen der Bank sind durch die Staatsanwaltschaft mit Beschlagen belegt worden. Die genannte Bank, deren Geschäftslokal sich Schauffstraße 2 befindet, ist eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Sie befaßt sich mit dem Grundstücks- und Hypothekenverlehen und gab eigene Hypotheken-Pfandbriefe aus, welche jedoch an der Börse nicht notiert wurden. Ihre Kupons hat die Bank, wie das Bureau derselben gegenüber anderweitigen Verlehen versichert, bisher stets eingelöst. Es werden jedoch anderweitige Zahlungsschwierigkeiten zu geben; auch der Antrag auf Verhängung des Konkurses ist von interessierter Seite gestellt, jedoch zurückgezogen worden. Es haben, wie es scheint, erhebliche interne Unregelmäßigkeiten im Geschäftsbetriebe gespielt, denn der mit den beiden oben genannten Herren im Vorstande sitzende Rechtsanwalt H. Wolf hat bei der Staatsanwaltschaft die Einleitung der Untersuchung gegen die Mitdirektoren beantragt. Die Folge dieser Strafanzeige war die am Sonnabend erfolgte Verhaftung der Herren Gärtling und Müller. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß die beiden Herren unvertrauten Kauttionen nicht unverfehrt seien. Am Geschäftslokal der Bank prangte gestern ein Plakat: „Wegen patriotischen Festes geschlossen!“

Militärisches. Die „Volk-Zeitung“ schreibt: Zu sechs Wochen Festungshaft wurde am Sonnabend ein Soldat des 2. Garde-Dragoonen-Regiments wegen Ungehorsams verurteilt und noch am selben Tage nach Spandau transportiert. Der Soldat hatte sich geweigert, einen Unratlasten fortzutragen.

Infolge des Gnaden-Erlasses sind im ganzen 40 Soldaten aus dem Militär-Arresthaus in der Lindenstraße am Sonnabend entlassen worden.

Die Kindigkeit der Post bewährt sich mitunter sehr schlecht. Am 18. d. M. wurde beim Postamt 88 in der Wienerstraße ein Brief aufgegeben, der die sehr deutliche Adresse „An Herrn Journalist G. hier Holzmärktstr. 68 h. Jilmann“ trug. Der Brief wanderte zunächst nach Almenau im Pößbergbezirk und kam erst heute, Montag, Morgen, in die Hände des Adressaten.

Ueber den Selbstmord eines Geistlichen wird berichtet: Der Diakon Konrad Muckhuhn aus Görlitz hatte sich nach Berlin begeben, um hier einen bedeutenden Arzt wegen eines schweren Leibes zu Rathe zu ziehen. Der unverheiratete Mann scheint wenig Ansichten auf Genesung gehabt zu haben: er tödtete sich im Thiergarten durch einen Nevelerschuss ins Herz. Bei der Sektion der Leiche fand man im linken inneren Gehörgang einen abgebrochenen Schieferstift. Da dieser, wie angenommen wird, schon zu Kindeszeiten in das Ohr gelangt ist, so erklärt der obduzierende Gerichtsarzt es für sehr wahrscheinlich, daß die geistige Umnachtung des Unglücklichen durch diesen Umstand allmählich herbeigeführt worden ist.

Um einen Raubmordversuch scheint es sich bei einem Vorgange zu handeln, der sich am Sonntag früh gegen 4 Uhr in der Gerbich'schen Weinstube in der Kantstraße zu Charlottenburg abgespielt hat. Hier verkehrte seit zwei Tagen ein seiner Gast, der sich Baron von Volziano nannte. Auch am Sonnabend Nachmittag etwa um 5 Uhr fand der Herr Baron sich ein, ließ sich die theuersten Weine und die besten Speisen vorsetzen und machte eine Zeche von nahezu 100 M. Als die späte Nacht hereinbrach, war er schließlich mit dem Geschäftsführer der Weinstube, dem Gastwirth Fröh Bormann, der in Berlin in der Charlottenstraße 73 sein eigenes Geschäft besitzt, allein noch anwesend. Diesem machte er gegen 8 1/2 Uhr morgens den Vorschlag, gemeinsam noch nach Berlin zu fahren, und dort an dem festlichen Treiben theilzunehmen. Seine Zeche hatte er noch nicht bezahlt. Bormann konnte einen so feinen Gast mit seinem Anerbieten nicht zurückweisen und schickte sich an, sein Lokal zu schließen. Während er durch einen Vorhang hindurch die eiserne Rolllade der Thür herunterließ, erhielt er plötzlich hinter sich einen Schlag in den Kopf. Einen Augenblick war Bormann benommen, hatte aber dann soviel Geistesgegenwart und trotz seines großen Blutverlustes noch Kraft genug, mit den Worten „Sie Mörder!“ den Baron zurückzustößen und die Rollade wieder

hochzuziehen. Diesen Augenblick benutzte der Attentäter, durch die Thür zu entweichen. Bormann, aus dessen Wunde das Blut fortgesetzt herunterließ, folgte, laut um Hilfe rufend, dem Fliehenden auf die Straße und nahm ihn mit Unterstützung von aus der Nachbarschaft herbeigeeilten Personen fest. Inzwischen waren auch Polizeibeamte herbeigekommen und der Attentäter wurde nun nach der Wache des fünften Regiments gebracht. Der Verletzte erhielt dort einen Nothverband und gelangte dann, nachdem er den Thatsachbestand angegeben hatte, mit einer Droschke nach Berlin, wo er um 6 Uhr morgens in seiner Wohnung ankam. Der Thäter hat auf der Revierwache weder über seine Person noch über den Beweggrund zu seinem Verbrechen Auskunft gegeben. Er legte eine große Furcht an den Tag und erklärte dem Revierleutnant, die ganze Sache gehe ihn gar nichts an. Bei der Kriminalpolizei, wohin er später gebracht wurde, nannte er sich Baron von Volziano Edler von Kronstedt. Er hatte aber auch Visitenkarten bei sich, die auf einen anderen Namen lauten, und es ist festgestellt, daß er Adolting heißt. Wo er wohnt, ist noch nicht bekannt. Auch vor der Kriminalpolizei hat er sich über seine Handlung nicht ausgelassen.

Durch Sturz aus dem Fenster tödtete sich am Sonntag Morgen der 32jährige Maler Ernst Bieber aus der Rahbuckstraße 2. Der Mann, der schon längere Zeit geistig nicht gesund war, belam am Sonntag wider einen Anfall und sprang aus dem Küchenfenster seiner im dritten Stock des Seitenflügels gelegenen Wohnung auf den Hof hinab. Er zog sich so schwere äußere und innere Verletzungen zu, daß er bald starb.

Auf schauerliche Weise versuchte sich in der Nacht zum Sonntag der 60jährige frühere Handlungsgehilfe Richard Frank-Linde aus der Sieglitzerstraße 71 zu tödten. Der geisteschwache Mann steckte mit einer Lampe seine Kleider an, um sich zu verbrennen. Er verlegte sich auch so schwer, daß er im Krankenhaus, wohin man ihn sofort brachte, gestorben ist.

Verschwunden ist inmitten des Festtrubels am Sonnabend der zwölfjährige Sohn Richard der Pädagogin Johanna Scheulte aus der Leipzigerstraße 23. Der Knabe verließ um 8 1/2 Uhr morgens die elterliche Wohnung, um der Schulfeierlichkeit beizuwohnen. Seitdem fehlt er.

Die beiden Basse'schen Kinder, die bei dem Giftmordversuche mit dem Leben davonkamen, besaßen sich noch immer im Krankenhaus. Beide leiden noch häufig an Fieberanfällen, die wahrscheinlich auf den Genuß der Karbolsäure zurückzuführen sind. Ganz merkwürdig ist der Unterschied in dem Verhalten der Kinder, der auch den Ärzten und Pflegerinnen auffällt. Während der Knabe Eduard sehr reger und heiter ist, zeigt die kleine Hedwig ein auffallend ernstes Wesen. Sie spielt nicht mit anderen Kindern, nur hin und wieder für sich allein, und ist nur dann etwas vergnügt, wenn ihr Bruder zu ihr kommt. Das Mädchen ist auch sehr wenig mittheilbar und giebt nur selten Antwort auf irgend welche Fragen.

In Krankenhäusern sind am 17. und 18. d. M. der Keller Heinrich Arndt aus der Körnerstr. 15 und das Fräulein Hedwig Kuczynski aus der Hohenzollernstr. 8 gestorben. Arndt hatte seine Braut in dem Hause Potsdamerstr. 80 zu erschließen versucht, sich dann selbst einen Schuß beigebracht und sich noch aufgehängt. Hedwig Kuczynski, die aus einer Bankiersfamilie stammt, war von der Lützowbrücke in das Wasser gesprungen und gerettet worden. Auf dem Wege nach einem Krankenhaus machte die schon seit einiger Zeit nicht für geistig gesund geltende Dame wiederholte Versuche, sich mit den Händen zu erdrosseln. Infolge des kalten Wasserbades trat eine Lungenentzündung ein, die tödtlich verlief.

Witterungsübersicht vom 20. Januar 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius
Evinemünde	778	SSW	2	Nebel	1
Hamburg	774	Stl	—	Regen	-1
Berlin	778	W	2	bedeckt	3
Wiesbaden	772	NO	1	bedeckt	4
München	772	S	1	Nebel	-1
Wien	774	Süd	—	bedeckt	-2
Saparanda	755	SW	—	wolkenlos	-9
Petersburg	—	—	—	—	—
Cox	778	OSO	3	halb bedeckt	7
Aberdeen	778	GSW	3	wolkig	2
Paris	772	SWO	2	bedeckt	4

Wetter-Prognose für Dienstag, 21. Januar 1896.

Etwas kälteres, theils heiteres, theils nebeliges Wetter mit schwachen nordwestlichen Winden ohne wesentliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Zettung.

Vor kurzem wurde durch eine Zeitungsnachricht gemeldet, daß Kammergericht habe erkannt, daß die Hausbesitzer verpflichtet seien, die Häuser vor morgens 5 Uhr an offen zu halten. Diese Nachricht hat sich, wie in einem hiesigen Grundbesitzer-Verein mitgeteilt wurde, als unbegründet herausgestellt; auf Anfrage beim Kammergericht hat sich erwiesen, daß eine solche Entscheidung nicht existirt.

Von Dr. Friedmann. Die Nachricht, daß der auf dem 22. d. M. vor dem Reichsgericht in Leipzig anberaumte Termin in der ehrengerichtlichen Verhandlung gegen den Rechtsanwalt Dr. Fröh Friedmann aufgehoben worden sei, bestätigt sich nicht. Thatsächlich ist eine Anzahl von Zeugen in der an. Angelegenheit nach Leipzig vorgeladen worden. Uebrigens ist seinerzeit auch die Zustellung der Vorladung an Dr. Friedmann erfolgt, so daß auch in dessen Abwesenheit verhandelt werden kann.

Von der Nordsternbrauerei. Der Bankier Oskar Schuster, der Kaufmann Richard Schuster und der Brauereidirektor Paul Schulz hatten sich gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten, und zwar lautete die Anklage gegen den erstgenannten auf Betrug, gegen die beiden anderen auf Vergehen § 80 des Gesetzes vom 20. April 1892 betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Am 6. November 1892 wurde hierüber die „Nordsternbrauerei“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung, gegründet und Oskar Schuster zum Vorsitzenden des Aufsichtsraths, Richard Schuster und Paul Schulz zu Direktoren gewählt. Im November 1892 wurde von den beiden Direktoren bei dem hiesigen Amtsgericht die Gesellschaft zur Eintragung in das Gesellschaftsregister angemeldet. Das Stammkapital der Gesellschaft sollte 100 000 M., zerlegt in 20 Anttheile à 5000 M. betragen. Die beiden angeklagten Direktoren haben nun bei der amtsgerichtlichen Anmeldung die Versicherung abgegeben, daß von jedem Gesellschafter auf den übernommenen Stammantheil 25 pCt., zusammen also 25 000 M. die erste Einzahlung geleistet seien und sich dieser Betrag von 25 000 M. in der freien Verfügung der Geschäftsführer befände. Die Anklage behauptete nun, daß diese Angaben wissentlich falsche gewesen seien, da die damals angemeldeten 20 Mitglieder keine Baar-Einzahlungen gemacht haben. Die Mitglieder hatten vielmehr lediglich an die hiesige „Spar- und Depositenbank“ Wechsel über je 1250 M. gegeben, mit der Anweisung, diesen Betrag der Gesellschaft „Nordsternbrauerei“ gut zu schreiben. Am 8. November stellte die Bank der Nordsternbrauerei-Gesellschaft mit, daß sie auf Veranlassung der 20 Gesellschafter ihr den Betrag von 25 000 M. gut geschrieben habe und zur Disposition halte. Es hat sich später herausgestellt, daß ein Theil der Gesellschafter überhaupt zahlungsunfähig, die von ihnen gegebenen Wechsel werthlos waren. Die Anklagebehörde sieht nun am dem Standpunkt, daß die in § 7 des Gesetzes vorgesehene „Einzahlung“ eine „Baarzahlung“ sein müsse und in diesem Falle eine dem Gesetze entsprechende Dispositionsstellung der Einzahlungen nicht erfolgt sei. Die Anweisung der Gesellschafter an die Spar- und Depositenbank auf Aufschrift der Beträge habe lediglich rechtliche Verpflichtungen zwischen diesen Kontrahenten begründet, während die Angeschuldigten dadurch keine Rechte gegen die Bank erhielten und in keiner Weise eine freie Verfügung über diese Beträge hatten. Der Staatsanwalt beantragte daher gegen Richard Schuster und Schulz je 1000 M. Geldstrafe. — Rechtsanwalt Dr. Gottlieb führte dagegen, gemäß auf Erster und andere Kommentatoren, aus: es sei nicht erforderlich, daß die betr. Einzahlungen baar in die Kasse der zu gründenden Gesellschaft gegeben werden, das Gesetz verlange vielmehr nur, daß sich dieselben in der freien Verfügung der Geschäftsführer befinden, diese also jeden Augenblick in der Lage seien, bei Bedarf über die betreffenden Geldmittel zu verfügen, ohne diesfalls von dem guten Willen oder der Zahlungsfähigkeit der Zeichner abhängig zu sein. Im Aktensache stehe bei der entsprechenden Bestimmung ausdrücklich, was unter „Einzahlung“ zu verstehen, nämlich baares Geld oder als solches geltende Wertpapiere. Da bei dem Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung solche Bestimmung fehle, müsse angenommen werden, daß hier der Einzahlungsmodus erleichtert werden sollte. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und sprach die beiden letzten Angeklagten frei. Dem Angeklagten Oskar Schuster wurde zum Vorwurf gemacht, daß er einen engemestigten Brauereiarbeiter durch falsche Angaben über die angeblich soliden Verhältnisse der „Nordstern-Brauerei“ bewegen habe, einen Anttheilschein in Höhe von 5000 M. zu erwerben. Diese Verschuldigung wurde durch die Beweisaufnahme nicht bestätigt und es erfolgte deshalb auch in diesem Falle die Freisprechung.

Wegen fahrlässiger Tödtung wurde gestern der Rutscher Wilhelm Herrmuth von der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurtheilt. Der Angeklagte war am Nachmittage des 30. September vorigen Jahres so unvorsichtig mit einem beladenen Wagen von einem Kohlenplatz in der Wienerstraße gefahren, daß ein auf der Straße spielendes Kind unter die Räder gerieth und infolge der erlittenen Verletzungen bald verstarb.

Die Frage, wie weit die Befugnisse eines Gerichts vollziehbar gehen, beschäftigte gestern das Schöffengericht. Gegen den Kaufmann G. hatte der Gerichtsvollzieher A. eine Pfändung vorgenommen. Er traf den Schuldner in seinem Geschäftslokale. Als dem Beamten vorgehalten wurde, daß die im Lokale befindlichen Gegenstände der Doppel-Firma G. u. B. gehörten, in der Pfändungssache aber nur der eine Inhaber G. der Schuldner sei, erklärte der Gerichtsvollzieher, daß er dann allerdings von einer Pfändung der Sachen Abstand nehmen müsse, dagegen wolle er aber die Taschen des Schuldners nach etwaigen Werthgegenständen durchsuchen. Als er zu diesem Zwecke auf den Schuldner trat, nahm dieser eine drohende Haltung, hielt dem Beamten abwehrend die Hände entgegen und erwiderte, daß er sich einer solchen Durchsuchung widersetzen würde. Der Gerichtsvollzieher zog es vor, sich unverrichteter Sache zu erheben. G. erhielt eine Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Da er im Termine den Sachverhalt unumwunden zugab, so beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 30 M. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Werhaner, plädirt auf Freisprechung, weil der Gerichtsvollzieher sich nicht in berechtigter Ausübung seines Amtes befunden habe. Die Taschen seien nicht als Behältnisse angesehen, welche der Gerichtsvollzieher ohne weiteres zu durchsuchen das Recht besitze, sondern diese Art der Pfändung kennzeichne sich immerhin als ein Gewaltakt, den der Beamte nur auf besonderen richterlichen Befehl oder unter Hinzuziehung von Zeugen vornehmen dürfe. Der Gerichtshof ließ diese Frage dahingestellt bleiben und erkannte schon deshalb auf Freisprechung, weil in dem abwehrenden Verhalten des Angeklagten ein Widerstand nicht gefunden werden konnte.

Partei-Nachrichten.

Aus New-York wird uns geschrieben: Vom 28. Dezember bis 2. Januar tagte hier die siebenes Jahreskonvention jüdischer Sozialisten, auf welcher 20 Sektionen der sozialistischen Arbeiterpartei und 16 sonstige, von sozialistischen Geistes getragene Organisationen vertreten waren. Es wurden seinerzeit selbst von jüdischen Sozialisten, die in der europäischen Bewegung ihre Schule durchgemacht haben, Bedenken gegen eine separate Bewegung der jüdischen Arbeiter geltend gemacht, die ihnen gleichbedeutend schien mit einer gewaltsamen Ausbreitung der Massenverurtheile. Es hat sich aber ergeben, daß diese Beschränkung grundlos war. Zum Verständnis der Situation ist wohl ein Auszug aus der Ansprache des Genossen Alex. Jona's an die Konvention am Platze. Er verweist darauf, daß es vor ein paar Jahrzehnten eine Werkwürdigkeit gewesen wäre, wenn jüdische Arbeiter des gesammten Landes eine Konvention und noch dazu eine sozialistische abgehalten hätten. Heute gehöre solches zu den selbstverständlichen Ereignissen. Diese unbestreitbare Thatsache beweise nicht allein den immer mehr kosmopolitisch sich gestaltenden Charakter unserer Bevölkerung, sondern auch, dem entsprechend, den immer stärker werdenden Einfluß, den die Einwanderung auf die Verhältnisse des Landes ausübt, diese letzteren in einem Grade ummodellend, daß nach wenigen Jahrzehnten wohl kaum noch viel von dem ursprünglich amerikanischen Charakter des Landes übrig geblieben sein wird. Es sei eine irrige Anschauung, die allerdings von vielen getheilt wird, daß die Assimilationskraft des Amerikanerthums groß genug sei, um alle fremden Elemente in sich aufzunehmen und deren intellektuelle und gesellschaftliche Eigenschaften spurlos aufzusaugen. Nur dem oberflächlichen Beobachter scheint das so. Dem Tiefblickenden aber werde es klar, daß manche Neuerlichkeiten, wie die Sprache und gewisse Formen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Nachwirkungen des eingewanderten Elements zwar verdecken, aber sie eben nur verdecken, keineswegs sie ungeschehen machen. Diese Nachwirkungen beständen vielmehr kräftig fort und machten sich um so mehr geltend, als sie in der zweiten und dritten Generation in dem Gewande landsüblicher Formen auftraten und so ihre propagandistische Kraft verklärten. — Diese Ausführungen treffen aber besonders auf die jüdische Einwanderung zu. Die separate sozialistische Bewegung nun ist hervorgegangen aus einer abgeforderten Bewegung in der Bewegung der jüdischen Arbeiter, deren Massen-einwanderung die Schaffung ganz neuer Industriezweige (speziell der Konfektions-Verleidenindustrie) veranlaßt. Die Organisationen jüdischer Arbeiter sozialistischer Gesinnung nehmen dieselbe Stelle ein, wie die der übrigen nichtenglischsprechenden Arbeiter. Eine der Instruktionen, mit denen das Veranlassungskomitee der Konvention ausgestattet war, lautete: „Wir sind keine Juden, sondern jüdisch sprechende Proletarier.“ — Den einzigen Wink auf der Konvention bildete die Differenz mit der Verlags-Association, welche die New-Yorker Parteiblätter „Arbeiterzeitung“ und „Abendblatt“ herausgibt und welche — wie das übrigens auch bei den Verlagsgesellschaften der lokalen deutschen Parteiblätter Amerikas der Fall ist — eine von der Partei unabhängige Stellung einnimmt. Es wurden indessen Beschlüsse gefaßt, welche darin Wandel schaffen werden. Die Konvention schloß mit

Herrenhaus.

3. Sitzung vom 20. Januar 1896, 11 Uhr. Am Ministertische: v. Hammerstein, Schönstedt und Kommissarien.

Einige kleinere Vorlagen werden den betr. Kommissionen zugewiesen.

Es folgt die erste Berathung der Vorlage betr. das Auerbenrecht bei Renten- und An siedelungs- güttern.

Sandwirthschaftsminister Freiherr v. Hammerstein: Die Frage des Auerbenrechtes beim Grundbesitz ist heute vielfach Gegenstand öffentlicher Erörterung; vielfach wird eine Aenderung des bestehenden Erbrechts allgemein für den Grundbesitz gefordert. Die Vorlage bezweckt einen Versuch bei den Renten- und An siedelungs- güttern, bei denen es sich besonders um die Erhaltung eines kleinen, leistungsfähigen Besitzes handelt. Diese kleinen Besitz haben ein Interesse daran, den Familienbesitz des mit ihrem Schweiß gegründeten Gutes zu sichern.

Graf Udo zu Stolberg: Bisher ist für die Sicherung des kleinen Rentengutsbesitzes wenig gethan; namentlich ist die Einziehung derselben als kleine Fideikommiss bisher nicht angelehrt worden. In dieser Richtung ist die Vorlage ein dankenswerther Anfang. Die Kommission wird gut thun, die Verschuldungsgrenze streng festzusetzen und keine Ueberschreitung zuzulassen; den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches gegenüber wird das autonome Recht der Einzelstaaten, ihre Agrarangelegenheiten zu erledigen, aufrecht erhalten werden müssen.

Strudmann-Hilbesheim: Im ganzen ist die dem Gesetze zu Grunde liegende Idee annehmbar. Wenn die Rentengüter bisher nicht sehr beliebt waren, so sollte man prüfen, ob nicht die Einschränkungen, die man den Besitzern auferlegt, zu weit gehen und den Besitz des Rentengutes nicht mehr wünschenswerth erscheinen lassen. Auch die Befugnisse der General-Kommission gehen zu weit und beschränken die freie Verfügung des Besitzers. Die Kommission wird eine sehr sorgfältige Prüfung aller dieser Bestimmungen vornehmen müssen.

Minister Dr. Miquel: Die Sorge des Vortredners, daß die Vorschriften zu kurz kommen bei der Erbtheilung, ist nach den bisherigen praktischen Erfahrungen nicht begründet. (Sehr richtig!) Im Gegentheil sorgen die Mütter dafür, daß der Auerbe zu große Verbindlichkeiten übernehmen muß gegenüber den übrigen Geschwistern. Diesen aus dem römischen Recht übernommenen Verfahren gegenüber ist es nöthig, die deutschrechtliche Gewohnheit zur Geltung zu bringen, wonach das Staatswohl in erster Linie beruht auf einer gesicherten ertragsfähigen Landwirtschaft. Das macht allerdings eine Einschränkung des Besitzes nöthig. Wir sind aus dem plötzlichen Uebergang zur wirtschaftlichen Freiheit in Verhältnisse gerathen, die wir heute, nachdem wir die kolossale Ueberschuldung sehen, zu revidiren und gedungen fühlen. Man bedenkt nicht, daß der Auerbe, um Ertrag für seinen Besitz zu erlangen, arbeiten muß, während der Abfindung ohne Mühe seine Rente bezieht. Bleibt das Rentenrecht so bestehen, wie es heute ist, so läßt sich die Zeit berechnen, wo die Rentenbesitzer aufhören werden, leistungsfähig zu sein. Diesem Zustande entgegenzuwirken ist eine soziale Aufgabe des Staates und aus diesem Grunde haben wir auch in der Vorlage Staatskosten zu Gunsten der Auerben übernommen. Eine Konsequenz für andere ähnliche Fälle kann daraus nicht gezogen werden, sie würde dem Staate zu große Lasten auferlegen. Allerdings wird mit der Vorlage ein neuer Weg eingeschlagen; ob er weiter verfolgt werden kann, das wird sich später zeigen.

Graf Altvater-Wronin: Den Werth der Vorlage will ich nicht bestreiten; aber eine weitere Ausdehnung derselben wünsche ich nicht, so wenig wie Graf Stolberg. Geholfen kann der Landwirtschaft nur werden durch höhere Getreidepreise.

Frhr. Lucius v. Wallhausen widerlegt einige Bedenken des Grafen Udo-Stolberg und des Herrn Strudmann und erklärt sich mit den Grundlagen der Vorlage einverstanden.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an eine Kommission von 15 Mitgliedern, die sofort durch Jura im Plenum gewählt werden.

Nächste Sitzung unbestimmt (voraussichtlich Ende Februar).

Rheinischer Parteitag.

Solingen, 19. Januar 1896.

In dem festlich geschmückten Baumann'schen Saale begann heute unter zahlreicher Theilnahme der diesjährige rheinische Parteitag. Anwesend sind circa 90 Delegirte.

Franzen eröffnet um 11 Uhr morgens die Sitzung mit einem Gruß an die Delegirten. Redner wirft einen Blick auf die Bedeutung Solingens in der Parteibewegung, wobei er das Wirken Lassalle's streift, der einst dort seine Thätigkeit entfaltete, und schließt mit einem Hoch auf die Partei.

Nachdem ein Gesangchor ein Begrüßungslied vorgetragen hat, ergreift Neumann-Eberfeld namens des Agitationskomitees das Wort, um die geschäftlichen Arbeiten einzuleiten. Zum 1. Vorsitzenden wird gewählt Meiß-Röln, zum 2. Vorsitzenden Neumann-Eberfeld. Außerdem werden 4 Schriftführer und eine Wahlprüfungs-Kommission gewählt, die sofort ihre Thätigkeit beginnt.

Es wird in die Verhandlung eingetreten. Die gedruckt vorliegende Geschäfts-Ordnung wird mit unwesentlichen Aenderungen angenommen, daselbst geschieht mit der Tages-Ordnung. Es erhält das Wort

Grimpe-Eberfeld als Referent für das rheinische Agitationskomitee. Er giebt seiner Freude über die rege Theilnahme der Genossen an dem Parteitage laud. Die seien so viel Anträge an uns gelangt, wie hener, das zeuge von dem Interesse der rheinischen Genossen an Parteileben. Redner rügt die zu späte Einfindung der Berichte der Kreis-Vertrauensleute, wodurch es dem Komitee nicht möglich war, seinen Bericht eher als gefahren zu röffent-lichen. Redner giebt dann einen kurzen Rückblick auf die Thätigkeit des Provinzialvorstandes in den letzten drei Jahren. Die Geldsendungen wie auch die Orte, denen diese zu verdanken sind, seien stationär geblieben. Dies sei zu bedauern und er hoffe, daß in Zukunft eine Besserung eintreten würde. Wenn man Vorwürfe machen wolle, dann müsse man sachlich bleiben und immer die vorhandenen Hilfsmittel in Betracht ziehen. Die Agitation müsse vornehmlich auf die hochindustriellen Distrikte gerichtet sein, da dort ein viel besserer Boden für unsere Ideen vorhanden sei. Es geschähe hinsichtlich der Agitation, was in unseren Kräften steht, mehr werde man nicht verlangen können. Redner wendet sich dann gegen die Vorwürfe der Kölner Genossen, hofft auf Begründung der gegen das Agitationskomitee erhobenen Anschuldigungen, und schließt mit dem Wunsche, daß in Zukunft die Genossen mehr nach als bisher das Agitationskomitee unterstützen möchten. (Beifall.)

Hengsbach-Köln wendet sich gegen Grimpe und stellt einen Bericht der „Rheinischen Ztg.“ richtig. Des weiteren verbreitet er sich über die Frage: Welchen Verbreitungsbereich weisen wir den einzelnen Provinz-Parteiblättern an? Er meint, man solle die Eintheilung der Bezirke den ökonomischen Verhältnissen entsprechend vornehmen. Die Kölner Genossen wollten dem Eberfelder Komitee keinen Vorwurf machen, sondern seien mit der Bestimmung des Komitees ebenfalls zufrieden. Köffer-Eberfeld polemisiert gegen Hengsbach und gegen die Kölner Genossen. Prinzipiell ist Redner für eine Theilung der Rheinprovinz in zwei Agitationsbezirke. Walter-Solingen regt die Äuffere Schumacher an. Martin bemängelt den Bericht des Agitationskomitees und spricht für Theilung der Provinz. Rahns-Essen nimmt das Eberfelder Komitee in Schutz. Die Schuld an der schlechten Bearbeitung der Provinz trafe zum größten Theil die einzelnen Genossen an den betreffenden Orten selbst. Sei es notwendig, eine Theilung vorzunehmen, dann werde sie vorgenommen. Vogel begrüßt die Anzuehrenden der Genossen mit den einzelnen Parteimaßnahmen, da sich hierdurch ein reges Interesse am Parteileben kundgebe. Grimpe berichtigt Martin. Wasung ist mit dem rheinischen Agitationskomitee einverstanden und wünscht früher Veröffentlichung der Berichte. Neumann-Eberfeld verteidigt das Agitationskomitee und hebt der Theilung der Provinz ins Freie gegenüber. Er besorgt die Lässigkeit der Kreisvertrauensleute. Müller-Warmen meint, die Kölner Bewegung sei zurückgegangen.

gegen Eschbach auszuspielen, und nun giebt es kein Halten mehr. Frau Hedwig muß sich von der Mutter ihres Dienstmädchens sagen lassen, daß eine anständige Frau ihre Tochter in solchem Hause nicht länger lassen kann, und Eschbach wird von den führenden Männern seines Wahlkreises ersucht, entweder auf die Geliebte oder auf das Mandat zu verzichten. Eschbach will die Geliebte vorziehen, so sehr er bei dem Gedanken an ein thatenloses Dasein erschrickt. Als aber Hedwig, um ihm sein Mandat zu retten, Hand an sich legen will, erklärt Eschbach, daß er freiwillig nicht verzichten, sondern die Entscheidung der Wähler anrufen will. Hier ist das Stück zu Ende, ohne daß wir erfahren, wie die Entscheidung ausfällt.

Wenn man mich fragt, in welche Stimmung mich das Schauspiel des Herrn Zapp versetzt hat, so muß ich sagen, daß mich die Geschichte betraue amüset. In Stück wird sie allerdings von denen, die sie angeht, sehr tragisch genommen, aber das ist gerade das Komische daran. Zapp geht von der selbstsamen Voransetzung aus, daß Frau Hedwig Wender und Herr Erich Eschbach die Gesellschaft, der sie angehören, nicht kennen. Sie sind daher über alle Maßen erstaunt, daß sie sich durch ihre romantische Liebesgeschichte außerhalb dieser Gesellschaft gestellt haben. Sie haben in ihrer grenzenlosen Ansehndung erwartet, daß das honeste Bürgerthum ihnen wird, als sei gar nichts passiert. Sie haben das nicht nur erwartet, sie verlangen es sogar. Und als dieses Verlangen nicht erfüllt wird, da regen sie sich ganz schrecklich darüber auf, als sollte es ihnen aus Leben gehen. Ich hätte mich, offen gestanden, nicht gewundert, wenn Frau Hedwig Wender und Herr Erich Eschbach sich schließlich doch nach dem Sittenlocher der Gesellschaft, die ihnen so überaus viel werth zu sein scheint, — der bürgerlichen Gesellschaft, — unterworfen und ihre früheren Rollen als HansFrau bezw. HansFreund wieder übernommen hätten.

Gespielt wurde meist zufriedenstellend. Mistla Präger als Eschbach und Hedwig Margot als Frau Wender brachten die Seelenkämpfe, die der Verfasser des Stückes den beiden aufzulegt, wirksam zum Ausdruck. Herr Präger trug auch seine etwas langen Reden über bürgerliche Ehe und freie Liebe ohne übertriebenes Pathos vor. Von den übrigen Darstellern möchte ich Wilhelm Ruff (Herr Wender), Rudolf Hoch (Mientenant von dem Born), Charles Cassmann (Stadtverordneter Steger) und Rudolf Joffé (Wodo v. Wert) nennen. Im 3. und 4. Akt wurde fast tadellos gespielt. Schwächer war der 2. Akt, am schwächsten der 1. Akt; einige Nebenrollen waren hier so schlecht besetzt, daß man glauben konnte, vor einem Marionettentheater zu sitzen. Das Publikum lachte nicht mit seinem Beifall, der sich von Akt zu Akt steigerte. Der Verfasser wurde nach dem 3. und 4. Akt gerufen.

Ueber die X-Strahlen Professor Hütgen's wird von der Direction der königlichen Sternwarte folgendes mitgetheilt: „Bei dem lebhaften Interesse, welches mit recht die Entdeckungen von Professor Hütgen andauernd erregen, dürfte es angezeig-

Nachmittags-Sitzung.

Die Mandatsprüfungs-Kommission giebt ihren Bericht. Es sind anwesend 90 Delegirte aus 62 Orten. 23 Wahlkreise sind vertreten. Ein Mandat aus Schleiden ist trotz Protestes anerkannt. Es liegt dann ein Protest gegen die Wahl des Abg. Schumacher vor. Die Kommission hat diesen Protest ebenfalls verworfen. In der Diskussion über den Bericht der Kommission nimmt das Wort:

Franzen-Solingen, der sich gegen die Valtationsweise Schumacher's wendet. Redner wirft Schumacher vor, er habe den Beschlüssen des Duisburger Parteitages zuwider gehandelt. Sowohl bei den Wahlen zum Westfälischer Kongress wie auch bei der Stadtrathswahl habe Sch. mit Freigabe der Stimmkraft gestimmt. Redner wird von den Zuhörern oft scharf unterbrochen, als er die Praktiken der Schumacher'schen Richtung darlegt.

Abg. Schumacher-Solingen verteidigt sich gegen Franzen. Er bezieht seine Gegner ebenfalls, die Duisburger Beschlüsse nicht hochgehalten zu haben. Das Parteiblatt thue seine Schuldigkeit nicht und ignore die ihm unliebbaren Leute. Das Blatt bekämpfe die alten Solinger Gewerkschaften und wolle die Genossen terrorisieren. Schumacher schließt unter Lärm der Versammlung.

Schaal-Solingen greift Schumacher heftig unter Lärm der Anwesenden an. Er wirft ihm Unanständigkeit und Disziplinlosigkeit vor.

Schröder-Köln wünscht Schluß der Debatte, was abgelehnt wird. Mehrere Redner sprechen sich gegen Schumacher aus.

Schumacher verteidigt sich unter dem Lärm der zahlreich erschienenen Zuhörer. Der Vorsitzende fordert wiederholt die anwesenden Nichtdelegirten energisch zur Ruhe auf. Der Lärm derselben wird so stark, daß Hengsbach-Köln den Antrag stellt, den Saal zu räumen. Der Vorsitzende ermahnt die Köhmer nochmals ernstlich.

Franzen wendet sich abermals leidenschaftlich gegen Schumacher und fordert den Parteitag auf, endlich Remedur zu schaffen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Gewehr-Eberfeld wendet sich ebenfalls in erster Reihe gegen Schumacher, dem er die Schuld an den Unstimmigkeiten giebt. Schumacher schäme auch den Streit über die Grenzen Solingens hinaus. In ganz Rheinland sei sein Wirken zu verspüren. Auch die „Rheinische Zeitung“ habe Schuld an den Unstimmigkeiten. Gewehr verteidigt dann die Haltung der „Freien Presse“ und wirft den Freunden Schumacher's und diesem selber Intriguen vor. (Lärm der Versammelten.) Es sei hohe Zeit, daß man endlich in Berlin mit dem Abg. Schumacher ein ernstes Wort rede. (Lebhafter Beifall.)

Meiß-Röln bedauert sehr die Bewürnisse in Solingen und stellt an den Parteitag die Frage: Sollen nur solche Genossen als Delegirte gewählt werden, die einer an ihrem Orte bestehenden politischen Organisation angehören?

Köffer-Eberfeld wendet sich scharf gegen Schumacher, der sich immer einen exklusiven Kreis von Genossen schaffen wolle. (Schumacher macht wiederholt gereizte Zwischenrufe.)

Die Debatte wird geschlossen. Die Mandate von drei Solinger Delegirten werden unglücklich erklärt, die Mandate der städtischen Delegirten werden anerkannt.

Es gelangt zur Abstimmung ein Antrag aus Leichlingen, der lautet: Wir beantragen, den Abgeordneten Schumacher für unwürdig zu erklären, einen Vertrauensposten zu bekleiden.

Auf Antrag Schumacher's erfolgt namentliche Abstimmung. Es stimmen für den Antrag Leichlingen 42 Delegirte, dagegen 32. Schumacher ist somit des Parteivertrauens für verlustig erklärt.

Schumacher erklärt, trotz aller Beschlässe auch ferner auf dem Boden des Programms zu stehen. (Lebhafter Beifall der Zuhörer. Großer Lärm.) Der Parteitag tritt dann wieder in die Debatte über den

Kunst und Wissenschaft.

Welle-Alliance-Theater. Sonntag Nachmittags: Aufserhalb der Gesellschaft, Schauspiel in vier Akten von Arthur Zapp. Volksvorstellung unter Regie von Julius Tark.

Ueber die bürgerliche Ehe läßt sich schwer etwas neues sagen. Auch bei der dramatischen Behandlung gelingt es nur selten, dem oft behandelten Stoff noch eine neue Seite abzugewinnen. Herr Arthur Zapp ist das nicht gelungen, und er scheint es nicht einmal versucht zu haben. Er bewegt sich in seinem Schauspiel „Außerhalb der Gesellschaft“, das gegen die bürgerliche Ehe gerichtet ist, ganz und gar in dem bekannten, angefahrenen Geleise.

Die Geschichte spielt in Berlin. Ein junges, unerfahrenes Mädchen aus aristokratischem Hause ist an einen reichen, schon etwas verlebten Mann, den Geheimen Kommissionsrath Wender, verheiratet worden. Nach der Heiratung des Mädchens hat man dabei nicht viel gefragt; es war der adeligen, durch Schulden ruinirten Familie ja nur darum zu thun, sich mit Hilfe des reichen Schwiegerohnes wieder in die Höhe bringen zu können. Das Ergebnis ist eine „unglückliche“ Ehe. Frau Hedwig Wender, geb. von dem Born, verlangt nach Ertrag und verliebt sich in Herrn Dr. Erich Eschbach, Reichstags-Abgeordneten irgend einer „freisinnigen“ Partei, vielgenannten Parlamentarier etc. Das Mädchen brennt durch und verliebt in einem kleinen, von Berliner Sommerfrischlern stark besuchten Bade-Orte einen Honigmonat. Den Egen des Standes-tramten — und, wie ich beinahe vermuthen möchte, auch des Passiers — wollen sie nachholen, wenn das von Frau Hedwig sofort eingeleitete Scheidungsverfahren beendet ist. Aber der Herr Geheimne Kommissionsrath nimmt die Sache in seiner maßlosen Verliebtheit gar nicht so krumm, wie man erwarten möchte; er erklärt zu Protokoll, daß die behauptete gegenseitige Abneigung nur eine einseitige ist. Da sonst kein Scheidungsgrund gegen ihn angeführt werden kann, so können sich Hedwig und Eschbach nicht heiraten. Sie beschließen, konsequent genug, ein auf „freier Liebe“ begründetes Zusammenleben, aber sie haben die Rechnung ohne die „Gesellschaft“ gemacht. Die wackeren Leute, die wir im 1. Akt als Gäste des Wender'schen Hauses kennen gelernt haben, kommen nach dem Badeort und, siehe da! sie kennen die Frau Geheimne Kommissionsrath ebenso wenig wie den Herrn Doktor. Der Skandal macht, stellt sich eben „außerhalb der Gesellschaft“. Auch von ihrer Familie wird Hedwig preisgegeben, als sie sich weigert, entweder zu ihrem Gemahl zurück-zukehren oder mit dem Geliebten ins Ausland zu gehen. Das Paar siedelt furchtlos nach Berlin über und bezieht eine gemeinschaftliche Wohnung. Aber — o weh! — beim Milchhändler, beim Bäcker und, wenn ich mich recht erinnere, auch beim Rohlenhändler fangen sie an zu häßeln: „Da oben beim Dr. Eschbach u. f. w.“ Schließlich kommt die Sache in die Zeitung — ein gewisses Blatt hat sie aufgegriffen, um sie

sein, einige nicht völlig zutreffende Auffassungen richtig zu stellen, welche in den öffentlichen Mittheilungen über diese Entdeckungen und ihre Vorgeschichte ausgesprochen worden sind. Zunächst wäre es für uns Deutsche an der Zeit, die auch bei dieser Gelegenheit wieder vorgekommenen Beziehungen „Crookes'sche Strahlen“, „Crookes'sche Köhnen“ etc. endlich ganz fallen zu lassen. Was der englische Physiker Crookes über die sogenannten „Kathoden-Strahlen“ erforscht und veröffentlicht hat, war schon mehrere Jahre vorher zum Theil von Hittorf in Münster, zum Theil von Goldstein in Berlin (jetzt physikalischer Mitarbeiter der hiesigen Sternwarte) gefunden und veröffentlicht worden. Neu sind bei Crookes auf diesem Gebiet nur relativ unerhebliche Einzelheiten, und die Priorität der beiden deutschen Forscher mußte von ihm in den „Chemical News“ vom 30. Mai 1879 ausdrücklich anerkannt werden. Trotzdem hat er in dem berüchtigt gewordenen Vortrage vor der British Association im August 1879 es versucht, diesen Sachverhalt anzugeben. Auch der deutsche Uebersetzer der letzteren Mittheilung hat dasselbe gethan, und so ist denn eine ungenaue Tradition hierüber in weiteren Kreisen entstanden. Professor Hittorf hatte erkannt, daß das Licht der Kathode (des negativen Pols) Strahlen enthält, welche in besonderer Weise nach hinten verlaufen, so daß sie scharfe Schatten werfen, und welche die Glaswand, an der sie ihr Ende finden, zu hellem Phosphoresciren zu erregen vermögen, daß ferner diese Kathoden-Strahlen unter dem Einfluß des Magnetfeldes Ablenkungen und Krümmungen erfahren. Jedoch nahm Hittorf noch an, daß diese Strahlen wie gewöhnliche Lichtstrahlen, von jedem Punkte der Kathode nach allen Seiten ausgehen, und daß alle Theile eines solchen Strahls gleichartige Eigenschaften besitzen. Erst Goldstein zeigte, daß die Ausbreitung dieser Kathoden-Strahlen eine ganz andere ist, als die des gewöhnlichen Lichts, daß nämlich von jedem kleinsten Flächenelement (Flächenelement) der Kathode nur ein ganz schmales Bündel dieser Strahlen ausgeht, daß dieses rechtwinklig zu dem Flächenelement gerichtet ist und daß jeder Strahl an seinem Ende besondere Eigenschaften erlangt, um denen das Leuchten der Glaswände zusammenhängt. Goldstein hat dann auch gezeigt, daß die Kathoden-Strahlen chemische Wirkungen ausüben und photographische Bilder erzeugen können. Später, und zwar schon vor zehn Jahren in den Sitzungsberichten der hiesigen Akademie der Wissenschaften, hat er auch nachgewiesen, daß das Kathodenlicht keine einheitliche Strahlung ist, sondern daß den magnetischen ablenkbaren Kathoden-Strahlen noch eine „neue“ Strahlenart beigegeben ist, welche ebenfalls eine im besonderen Sinne gradlinige Ausbreitung hat, aber durch die stärksten magnetischen Kräfte nicht abgelenkt ist. Es ist also nicht völlig richtig, wenn Herr Professor Hütgen in seiner Abhandlung behauptet: „Die Ablenkbarkeit durch den Magneten gilt bis jetzt als charakteristisches Merkmal der Kathoden-Strahlen“, und wenn er aus diesem Grunde annimmt, die sogenannten X-Strahlen könnten keine Kathoden-Strahlen sein.

gegen Eschbach auszuspielen, und nun giebt es kein Halten mehr. Frau Hedwig muß sich von der Mutter ihres Dienstmädchens sagen lassen, daß eine anständige Frau ihre Tochter in solchem Hause nicht länger lassen kann, und Eschbach wird von den führenden Männern seines Wahlkreises ersucht, entweder auf die Geliebte oder auf das Mandat zu verzichten. Eschbach will die Geliebte vorziehen, so sehr er bei dem Gedanken an ein thatenloses Dasein erschrickt. Als aber Hedwig, um ihm sein Mandat zu retten, Hand an sich legen will, erklärt Eschbach, daß er freiwillig nicht verzichten, sondern die Entscheidung der Wähler anrufen will. Hier ist das Stück zu Ende, ohne daß wir erfahren, wie die Entscheidung ausfällt.

Wenn man mich fragt, in welche Stimmung mich das Schauspiel des Herrn Zapp versetzt hat, so muß ich sagen, daß mich die Geschichte betraue amüset. In Stück wird sie allerdings von denen, die sie angeht, sehr tragisch genommen, aber das ist gerade das Komische daran. Zapp geht von der selbstsamen Voransetzung aus, daß Frau Hedwig Wender und Herr Erich Eschbach die Gesellschaft, der sie angehören, nicht kennen. Sie sind daher über alle Maßen erstaunt, daß sie sich durch ihre romantische Liebesgeschichte außerhalb dieser Gesellschaft gestellt haben. Sie haben in ihrer grenzenlosen Ansehndung erwartet, daß das honeste Bürgerthum ihnen wird, als sei gar nichts passiert. Sie haben das nicht nur erwartet, sie verlangen es sogar. Und als dieses Verlangen nicht erfüllt wird, da regen sie sich ganz schrecklich darüber auf, als sollte es ihnen aus Leben gehen. Ich hätte mich, offen gestanden, nicht gewundert, wenn Frau Hedwig Wender und Herr Erich Eschbach sich schließlich doch nach dem Sittenlocher der Gesellschaft, die ihnen so überaus viel werth zu sein scheint, — der bürgerlichen Gesellschaft, — unterworfen und ihre früheren Rollen als HansFrau bezw. HansFreund wieder übernommen hätten.

Gespielt wurde meist zufriedenstellend. Mistla Präger als Eschbach und Hedwig Margot als Frau Wender brachten die Seelenkämpfe, die der Verfasser des Stückes den beiden aufzulegt, wirksam zum Ausdruck. Herr Präger trug auch seine etwas langen Reden über bürgerliche Ehe und freie Liebe ohne übertriebenes Pathos vor. Von den übrigen Darstellern möchte ich Wilhelm Ruff (Herr Wender), Rudolf Hoch (Mientenant von dem Born), Charles Cassmann (Stadtverordneter Steger) und Rudolf Joffé (Wodo v. Wert) nennen. Im 3. und 4. Akt wurde fast tadellos gespielt. Schwächer war der 2. Akt, am schwächsten der 1. Akt; einige Nebenrollen waren hier so schlecht besetzt, daß man glauben konnte, vor einem Marionettentheater zu sitzen. Das Publikum lachte nicht mit seinem Beifall, der sich von Akt zu Akt steigerte. Der Verfasser wurde nach dem 3. und 4. Akt gerufen.

Ueber die X-Strahlen Professor Hütgen's wird von der Direction der königlichen Sternwarte folgendes mitgetheilt: „Bei dem lebhaften Interesse, welches mit recht die Entdeckungen von Professor Hütgen andauernd erregen, dürfte es angezeig-

Bericht des Agitationskomitees ein. Reichs-Rath spricht für Theilung der Provinz.
Nach unvollständigen Bemerkungen anderer Redner schloß der Vorsitzende die Verhandlungen des ersten Tages.

Soziale Uebersicht.

Die Zahl der Beauftragten (Revisionsbeamten) bei den Berufsgruppenoffenschaften ist bereits auf 214 gestiegen; davon sind 4 bei den 48 landwirtschaftlichen Berufsgruppenoffenschaften, die übrigen bei den 64 gewerblichen angeordnet. Die meisten Berufsgruppenoffenschaften beschäftigen nur einen Beauftragten, einzelne gar keinen, wieder andere aber mehr als 20 und 30, zum Beispiel die Papierverarbeitungs- und die See-Berufsgruppenoffenschaft. Andererseits sind eine Anzahl Beauftragten gleichzeitig für mehrere Berufsgruppenoffenschaften thätig. Das neueste Verzeichnis weist noch immer solche Beauftragte auf, die nicht die geringste technische Bildung haben, sondern reine Bureaubeamte, zum Theil Geschäftsführer der Berufsgruppenoffenschaften sind. Das Reichs-Versicherungsamte sollte endlich Gelegenheit nehmen, gegen diese nur zu durchsichtige Sache einzuschreiten.

Regelnde Arbeitsvermittlung. Während die amtliche „Berliner Correspondenz“ eifertig die Meldung demontirte, die preussische Regierung wolle darauf dringen, daß die Arbeitgeber gesetzlich gezwungen werden könnten, offene Stellen einem Arbeitsnachweis anzugeben, geht das Ministerium in Baden etwas energischer vor. Auf Anregung des Reichsamts des Innern hat es die Vornahme statistischer Erhebungen über die Arbeitsnachweislstellen beschlossen. Es soll, je nach dem Stand vom 31. Dezember 1894 und 1895, eine Aufnahme erstens aller gewerbdmähigen Stellenvermittler, Gewerbedermittler u. dergl., zweitens aller übrigen Arbeits- und Stellennachweisanstalten erfolgen. Die Erhebungen werden sich auf die weiblichen Gewerbevermittlerinnen u. s. w., sowie solche Personen erstrecken, die das Geschäft nur in kleinem Umfang oder als Nebengewerbe betreiben. Die Ergebnisse der Erhebungen werden die Bezirksämter bis 15. Februar ds. J. dem statistischen Bureau mit einem Begleitbericht einsenden, der sich namentlich darüber auszusprechen hat, welche Mißstände sich zur Zeit bei der Stellenvermittlung geltend gemacht haben, auf welche Art im Bezirk die Nachfrage nach dem Angebot von Stellen- und Arbeitsgelegenheit im allgemeinen erfolgt, ob und in welcher Richtung nach den Verhältnissen des Bezirks eine weitere Ausbildung des Arbeitsnachweises wünschenswert ist, ob sich einzelne Einrichtungen besonders gut oder nicht bewährt haben und aus welchem Grunde.

Die Kellnerneuerung vor dem badischen Landtage. Eine Petition an den badischen Landtag, die in der ersten Sitzung nach den Weihnachtstagen verhandelt wurde, nimmt sich der geschundenen Beschäfte im Dienste kapitalistischer Ausbeutung und unanständiger Willkür, der Kellnerinnen an. Sie fordert:

1. Daß jeder Wirth bestraft werde, der eine Kellnerin ohne bestimmten Lohn anstelle.
2. Daß kein Mädchen unter 21 Jahren sich dem Kellnerinnenberuf widmen dürfe.
3. Daß die Arbeitszeit der Kellnerinnen nicht später als 10, höchstens 11 Uhr nachts angesetzt werde.
4. Daß den Kellnerinnen eine ununterbrochene stündige Schlafenszeit gewährleistet werde.
5. Daß eine strenge polizeiliche Ueberwachung der Schlafstätten stattfinden.
6. Daß den Kellnerinnen ein Nachmittag in der Woche freigegeben werde, ohne daß sie selbst für eine Stellvertreterin zu sorgen hätten.
7. Jeden Wirth gesetzlich zu verpflichten, in seinen Wirtschaftsräumen die gesetzlichen Bestimmungen zu Gunsten der Kellnerinnen anzuwenden.
8. Freigebung des Sonntag- und Vormittags bis 11 Uhr.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kammer nahmen sich der Petition warm an; schließlich wurde sie der Staatsregierung mit der Bitte überreicht, die bestagten Mißstände, soweit dies durch gesetzliche Maßnahmen möglich sei, beseitigen zu wollen. Auf alle Fälle ist durch diese Verhandlung ein denkenswerther Anstoß zu notwendigen Reformen gegeben worden.

Der Verein der Mainzer Rechtsanwältinnen hat beschlossen, daß vom 1. Februar ab an Sonn- und Feiertagen die Schreibstuben geschlossen bleiben und Klienten an solchen Tagen nicht empfangen werden sollen.

Die Verkäuferinnen in den Wiener Tabaktrafiken haben eine Arbeitszeit von 15—16 Stunden täglich und nur alle 14 Tage einen ganzen freien Sonntag. In Oesterreich ist die Anfertigung und der Vertrieb von Tabakfabrikaten bekanntlich ein Monopol des Staates. Auch die ungewerbliche Ausbeutung der Tabakverkäuferinnen zeigt daher, wie wenig sich die österreichische Regierung um das Wohl des arbeitenden Volkes kümmert.

Gewerkschaftliches.

Sämmtliche Mitteilungen von Organisationen, vor allem solche über Kundgebungen oder Kundsperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisationen tragen.

Achtung, Formner und Gießerarbeiten! Die Differenzen bei der Firma Weisk u. Peters in Berlin, Gieschinerstraße 79, wurden gestern zugunsten der dort beschäftigten Arbeiter beigelegt. Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Die Tabakarbeiter Berlins werden auf die heute Dienstag, den 21. Januar, bei Nieß, Weberstr. 17, stattfindende öffentliche Versammlung mit dem Bemerkung aufmerksam gemacht, daß nach dem sehr wichtigen Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Müllendörfer die Kommission über ihre Thätigkeit berichten wird und der Versammlung auch die Abrechnung vorgelesen werden soll. Weiter soll zu dem internationalen Kongress der Tabakarbeiter Stellung genommen werden.

Den großen Werth beruflicher Organisation veranschaulicht folgende Meldung aus Hamburg. Die Hamburger Straßenbahngesellschaft war durch die Organisation der Steinseher und Kammer genötigt worden, den von ihr beschäftigten Arbeitern dieses Berufes dieselben Löhne zu zahlen, die im Steinsehergewerbe der Hansestadt sonst üblich sind. Wohl zur Vergeltung dafür wurde den Steinsehern und Kammer der Straßenbahngesellschaft am 2. Januar von den Bahneleitern erklärt, daß nur der arbeiten solle, der dem Verband nicht angehört; wer Arbeit haben wolle, solle aus diesem austreten. Unter den 222 Mann, die die Gesellschaft beschäftigte, gehörten nur 44 der Organisation nicht an. Trotzdem nur 9 Verbandmitglieder den Wunsch der Gesellschaft erfüllten und der Organisation Walet sagten, ist die Gesellschaft mit ihrem Begehren dennoch gescheitert, weil die übrigen Arbeiter treu zum Verbands hielten. Die Gesellschaft war außerdem genötigt zu erklären, daß sie bei Neueinstellungen von Arbeitern nicht danach fragen würde, ob diese der Organisation angehören oder nicht.

Aus der Bewegung unter den Konfektionsarbeitern. In Breslau tagte am Sonntag im großen Börsensaal eine gut besuchte Versammlung der Konfektionsarbeiter und Näherinnen, wo Limm aus Berlin über die Zustände in der Konfektion referirte und die Nothwendigkeit des einheitlichen Eintretens für die auf den Konferenzen der Konfektionsarbeiter erhobenen Forderungen betonte. Krasse Fälle von Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen wurden in der Diskussion

berichtet. Ein Schneider zeigte ein sauber gearbeitetes Jacket vor, für das der Zwischenmeister aus dem Geschäft 1,35 M., der Arbeiter 1 M. bekam. Davon hatte der betreffende noch Auslagen für Nähfadens u. s. w. zuzugeben. Die Arbeitszeit zur Fertigstellung eines solchen Stückes beträgt mindestens sieben Stunden. Das betreffende Konfektionsgeschäft hatte die Arbeit noch einige Male zur Abänderung zurückgeschickt. Ueber das Chikanieren der Arbeiter durch die Zuschneider und Abnehmer in den Geschäften wurde lebhaft Klage geführt, ebenso über das von den Meistern ausgeübte sogenannte „Schmier-system“, das darin besteht, daß die Zuschneider und Konfektionsäre zum Geburtstag, zur Kindtaufe und ähnlichen Veranstaltungen eingeladen werden oder auch bei einer beliebigen Gelegenheit Geschenke erhalten. Hierdurch soll bezweckt werden, daß die betreffenden Meister bei der Ausgabe von Arbeiten mehr berücksichtigt werden oder auch bei der Abnahme weniger Chikanierungen ausgeübt sind. Nachdem noch Fälle von roher Behandlung der Arbeiterinnen geschildert worden waren, wurde schließlich stürmisch verlangt, daß die erhobenen Forderungen den Geschäften, Händlern und Meistern zu gestellt werden sollen. Ein dahingehender Antrag wurde einstimmig angenommen, und die Versammlung verpflichtete sich, mit aller Kraft für die Verwirklichung der Forderungen einzutreten.

Die Schuhfabrik von Einbaum u. Ko. in Mainz hat nach längeren Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß den ihr vor einigen Tagen vorgelegten und anfänglich abgelehnten erhöhten Lohnsatz angenommen. Die Maschinen-Auspuger haben infolge dessen sammtlich ihre Kündigung zurückgezogen.

Vom Streik der Schiffbauarbeiter in Großbritannien. Der Lohnkampf der großbritannischen Schiffbauarbeiter wird bekanntlich auf zwei Schlachtfeldern ausgetragen, am Clyde in Schottland und in Belfast in Irland; über die augenblickliche Lage unterrichten folgende drei Depeschen vom 18. resp. 19. d. M.:

Die Schiffbauarbeiter am Clyde haben die Vorschläge der Werkbesitzer betreffend die Verringerung des Ausstandes angenommen. — Die Schiffbauarbeiter in Belfast verwarfen die Vorschläge der Arbeitgeber. — Durch die Weigerung der Aufständigen in Belfast, die angebotenen Bedingungen anzunehmen, wird auch die Lage am Clyde wieder unentschieden, da laut der Abmachung zwischen den Werkbesitzern in Glasgow und Belfast auch dort die Arbeiter nicht wieder zugelassen werden können, solange die Arbeiter in Belfast nicht gleichfalls die Arbeit aufnehmen. Es wird indessen erwartet, daß dieser Zwiespalt von kurzer Dauer sein werde.

Versammlungen.

„Die Unfallstationen und die Berliner Krankenkassen“ war das Thema, das eine zahlreich besuchte Versammlung von Krankenkassen-Vorständen und Beamten am 14. Januar bei Köllig beschäftigte. Vertreten waren 40 Kassen. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden Herrn Herrmann, der den Zweck der Versammlung und das Wesen der Unfallstationen kurz skizzirte, gab Herr Dr. Maschke an der Hand eines umfangreichen Materials einen Ueberblick über das System der Unfallstationen. Redner erklärte, daß das Anstadium der Unfallstationen selbst so gut wie keine Geldmittel besitze und daher, um das Unternehmen möglich zu machen, darauf angewiesen gewesen sei, die Stationen an kapitalkräftige Ärzte zu vergeben, die nun auf eigene Rechnung und Gefahr die betreffende Station errichten und unterhalten mußten. Nicht das Wissen also und die ärztliche Tüchtigkeit an sich, sondern sein Geld habe den Arzt fähig gemacht, „dirigirender Arzt“ einer solchen Unfallstation von des Agenten Schlegelers Gnade zu werden. Während die Stationen ausposaunt wären als berufsgenossenschaftliche Einrichtung, dazu bestimmt, durch „intensive“ Behandlung den Unfallverletzten schneller gesund zu machen und dadurch den Berufsgruppenoffenschaften Rentenersparnisse zu schaffen, seien es Privatunternehmungen mit rein geschäftlichen Zwecken und könnten demgemäß auch ge- und verkauft werden. Den Wadendienst versähen noch dazu Studenten und ganz junge Ärzte für eine Entschädigung bis zu 20 Pf. die Stunde, so daß die wiederholten Fälle solcher Behandlung erklärlich seien. Nach Ausführung einer Reihe solcher Fälle warf Redner einen Blick auf die Geschäftsführung des Kuratoriums, deren Art und Weise wahrscheinlich auch der Grund für den Abbruch der vor juxta zwei Jahren mit den Krankenkassen angeknüpften Unterhandlungen gewesen sei. Auch die Stellung der Stationen in den Dienst der öffentlichen Wohlfahrt sei aus kaufmännischen Rücksichten erfolgt, nämlich als man gesehen habe, daß die Stationen bei der bisherigen nur berufsgenossenschaftlichen Kundschof mit erheblichem Defizit arbeiteten. Dr. Maschke berichtete dann über eine weitere Reihe von Mißständen und kam schließlich zu einer völligen Verurtheilung des geschilderten Systems, das sich „als unläuterer Wettbewerb gegenüber den Ärzten und als eine hohe Gefahr für die Krankenkassen und ihre Mitglieder“ darstelle. Der Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen. In der Diskussion, in der 12 Redner zum Wort kamen, wurde einmüthig gegen die Unfallstationen jener Art Stellung genommen. Nur ein zur Verlesung gekommener Brief aus der Ludwig-Ebwe'schen Fabrikantenkassse war zu Gunsten des Schlegelerschen Unternehmens gehalten. Weiter wurden noch Angaben gemacht über Fälle von falscher Behandlung, Abwesenheit jeglichen Arztes von den Stationen, Ausnützung der Krankenkassen durch hohe Liquidationen, nicht erforderliche Entsendung der theuren Krankenwagen u. s. w. Herr V. A. d. (von der Meyer'schen Kasse) berichtete, daß man in seiner Kasse zum Schutz gegen die Unfallstationen einfach sämmtliche Ärzte, die bei den Stationen betheiligt wären, von der Liste der Kassenärzte gestrichen hätte. Herr Buchholz (Maurerkasse) empfahl, den demnächst erscheinenden Bericht des Reichs-Versicherungsamts über die Ergebnisse der Unfallstationen nebst dem sonstigen Material einer zu wählenden Kommission zur Nachprüfung zu überweisen. Die darauf gewählte Kommission, die das Recht der Kooptation hat und weiteres Material sammeln und einer neuen Versammlung eventuelle Vorschläge vorlegen soll, besteht aus den Herren Gries (Neue Maschinenb.), Barnewitz (Orstr. d. Kaufl.), Liebenow (Orstr. d. Drechsler), Paape (Orstr. d. Goldschm.), Schröder (Or. Omnibus-Ges.), Herrmann (Orstr. d. Kaufl.), Kuhntle (Eingeschriebene Hilfskasse 61), Ludwig (Orstr. d. Graveure). Zum Schluß wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heute versammelten Vorstandsmitglieder der Berliner Krankenkassen sprechen nach dem hier Vorgelegten den Unfallstationen ihr volles Mißtrauen aus. Die Anwesenden verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß Mitglieder der Berliner Krankenkassen über das Wesen der Unfallstationen aufgeklärt werden, damit sie, soweit in ihren Kräften steht, dieselben meiden. Andererseits erklären die Anwesenden, jeder Institution, die Besserung biete, ihre Unterstützung zu gewähren.“

Der Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Berlin, Filiale I, hielt am 6. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zum neuen Jahre begrüßt und dem Verband viel Glück gewünscht hatte, hielt Genosse Paul Jahn einen interessanten Vortrag über das Thema: „Der Kreislauf des Geldes und die Währungsfrage.“ Er erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. Es wurde dann die Abrechnung vom Besuch der Arantia gegeben. Danach hatte die Filiale eine Einnahme von 187,90 M. und eine Ausgabe von 164,25 M., so daß ein Ueberschuß von 23,65 M. zu verzeichnen war. In der Abrechnung vom vierten Quartal 1895 hatte die Filiale eine Einnahme von 249,90 M. und eine Ausgabe von

266,95 M., so daß mit dem Bestand vom 3. Quartal 1895 ein Kassensbestand von 184,55 M. vorhanden ist. Die Versammlung nahm vier Nachwahlen zur Arbeitsnachweis-Kommission vor; gewählt wurden die Kollegen E. B. i. g., B. r. a. d. e., N. e. u. m. a. n. n. und K. u. t. s. c. h. e. Der Vorsitzende forderte dann die Kollegen dringend auf, vorhandene Mißstände in den Werkstätten z. dem Vorstand anzuzeigen. Dieser wolle für Abhilfe sorgen. Der diesjährige Wassenball wird am 18. Januar bei Schlegelsberg (Hafenstraße) abgehalten. Der Arbeitsnachweis und das Verkehrslokal befinden sich Mariannen-Str. 4 bei Gehlhoff. Die nächste Versammlung ist am 3. Februar.

Der Zentralverband deutscher Brauer, Zweigverein Provinz Brandenburg, hielt am 12. Januar bei Puske, Grenadierstraße, seine Monatsversammlung ab, in welcher Dr. Bernstein über „Unfallversicherung“ sprach. Dr. Bernstein war leider nicht erschienen, obwohl der Vorsitzende tags vorher von dem zur Ladung beauftragten Gastwirth Lang ein Schreiben erhielt, nach welchem Ladung und Zugabe Dr. Bernstein's erfolgt sei. — Unter „Inneren Vereinsangelegenheiten“ wurde ein Antrag Preuß., neben den festgesetzten Beiträgen eine Extrastener von 20 Pf. pro Mitglied und Monat zu Unterstümmungszwecken zu erheben, ebenso ein Antrag Träger, in einer hierzu einzuberufenden Generalversammlung die Monatsbeiträge in Wochenbeiträge umzuwandeln und auf 80 Pf. festzusetzen, abgelehnt und die Sache dem Vorstand zur Erwägung überwiesen. — Unter „Verschiedenes“ gab der Kassier bekannt, daß von den zur Unterstützung der Familien der inhaftirten Kollegen Gertel und Hoffe abgegebenen Sammellisten bis jetzt 14 mit dem Betrage von 230 M. eingegangen seien; die Versammlung beschloß, nach Eingang der ausstehenden Listen noch weitere anzugeben, bis das zur Unterstützung verausgabte Geld eingegangen ist. — Von dem Vorsitzenden wurde hierauf ein Schreiben des Herrn Julius Lütz verlesen, der den Verein zur Entnahme von Villetts zu den Volksvorstellungen im Belle Alliance-Theater einlub. Die Versammlung war hiermit einverstanden und überließ das weitere dem Vorsitzenden. — Ein Begrüßungs- und Dankschreiben an den Vorsitzenden, abgefaßt vom geschäftsführenden Ausschuss der Glasarbeiter in Garmanz (Frankreich) wegen der vom hiesigen Zweigverein Ende vorigen Jahres an die dortigen Glasarbeiter übersandten 50 M., wurde der Versammlung zur Ansicht unterbreitet. — Der Vorstand beabsichtigt, in nächster Zeit in kurzen Zwischenräumen lehrreiche Vorträge halten zu lassen, an die sich ein gemächliches Beisammensein anschließen soll. Das diesjährige Stiftungsfest wird am 28. März in Keller's großem Saal, Kopenstraße, abgehalten.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am 13. Januar eine kombinirte Vertrauensmänner-Konferenz ab, mit der Tagesordnung: „Wie einstalten wir in nächster Zeit unsere Agitation?“ Näher leitete die Diskussion ein, indem er besonders darauf hinwies, daß jetzt in der Metallindustrie eine günstige Geschäftslage eingetreten sei, die wohl noch auf einige Jahre hinaus andauern werde; trotzdem würden die Löhne fortwährend reduziert, daher sei es notwendig, daß in eine energische Agitation eingetreten werde. Zu diesem Zweck empfahl er, überall Werkstattd-Versammlungen einzuberufen, wo sich die Kollegen besser unter einander aussprechen könnten. Es gelte, die große Masse der indifferenten Kollegen zur Organisation heranzuziehen. In den Fällen, wo sich die Vertrauensmänner nicht stark genug fühlten, den Kollegen Zweck und Ziele der Organisation klar zu legen, möchten sie sich an die Vorstandsmitglieder oder an sonst geeignete Kollegen wenden. Von einigen Rednern wurde bedauert, daß verschiedene Werkstattd-Vertrauensmänner nicht genügend agitierten und daher oft die Kollegen dem Verband fernblieben. Herrmann regte an, daß die Werkstätten, resp. die Branchen, wo schlechte Löhne gezahlt werden, in den Branchenversammlungen etwaige Lohnforderungen auszustellen haben. Als die Frage einer Hochpresse angeschnitten wurde, sprach Lissin dagegen und meinte, die Kollegen müßten sich mehr gewöhnen, die Versammlungen besser zu besuchen, um dadurch das Band der Solidarität mehr zu befestigen. Ferner machte er darauf aufmerksam, daß auch dann, wenn eine Industriekrise eintreten sollte, trotzdem weiter für unsere Sache agitiert werden müsse. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch bekannt, daß die nächste Generalversammlung am 3. Februar d. J. im „Pausenstädtischen Konzerthaus“ abgehalten wird und ohne Mitgliedskarte niemand Zutritt hat. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung beschließt, mit ganzer Kraft in eine energische Werkstattd-Agitation einzutreten. In kleineren Werkstätten haben dies die Vertrauensmänner selbst zu thun, wenn nöthig unter Zuziehung der geeigneten Kollegen. In größeren Fabriken haben sich die Kollegen an die geeigneten Instanzen zur Einberufung von Versammlungen zu wenden. Außerdem sind sämmtliche Werkstattd-Versammlungen vorher im Arbeitsnachweis-Bureau“ anzuzeigen.“

Im Interessenverein der Ristenmacher hielt am 13. Januar in einer gut besuchten Versammlung Genosse W. d. r. s. c. h. einen kühnen Vortrag über die Entschädigung des Privateigentums, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. An der Diskussion betheiligten sich Wittmann, Tschernig und Werten. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende Herrn Tschernig um recht zahlreiche Theilnahme an der Theatervorstellung, die am 26. d. M. im Belle-Alliance-Theater vor sich geht.

Der Fachverein der Bäcker für Berlin und Umgegend hielt am 14. Januar in Puske's Salon, Grenadierstr. 53, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem der Bericht des Kassiers über den Monat Dezember, wo eine Einnahme von 184,55 M. und eine Ausgabe von 61,55 M. zu verzeichnen gewesen ist, akzeptirt war, folgte die Versammlung mit Aufmerksamkeit einem Vortrag des Genossen M. a. l. d. e. M. a. n. a. s. s. e. über den Kampf ums Dasein und spendete dem Redner am Schluß seiner trefflichen Ausführungen reichen Beifall. In der Diskussion führte Schneider aus: Wenn in einem Gewerbe den Arbeitern der Kampf ums Dasein besonders schwer gemacht würde, so sei das gerade im Bädergewerbe der Fall, wo man in den Kreisen der Unternehmer selbst vor den frechten Lügen nicht zurückschrecke, um die selbständigen Reaktionen der Gebissen zu unterdrücken. Umso mehr erwünsche den Bädergebissen die Pflicht, der guten Sache treu zu bleiben und für die Organisation zu agitieren. Als zweckmäßigste Methode empfahl der Redner, immer mit Thatsachen zu kämpfen. Ein Antrag des Vorstandes, daß Marxensystem auch für den Verein einzuführen, wurde nach kurzem, aber lebhaftem Hür und Wider mit geringer Mehrheit angenommen. Der Vorstand erhielt dann den Auftrag, im März das Stiftungsfest und im Sommer an einem Sonntag eine Parteipartie nach der Untersee zu veranstalten. Nachdem vom Vorsitzenden auf den Wassenball aufmerksam gemacht war, der am 28. Januar in Böhm's Brauerei, Prenzlauer Allee 242, abgehalten wird, wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

Der Fachverein der Tapezierer hielt am 14. Januar eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Da der Dekorateur am Erscheinen verhindert war, hielt G. o. j. k. e. einen Vortrag und zwar über W. u. d. h. a. 's L. e. b. e. n., L. e. h. r. e. und W. i. r. k. e. n. Der Vortrag fand den Beifall der Anwesenden und veranlaßte eine lebhafteste Diskussion. M. a. r. k. i. e. l. stellte dann den Antrag, zur nächsten Generalversammlung darüber Beschluß zu fassen, durch Marxensystem eine bessere Ausstattung der Fachzeitung zu ermöglichen. Eine Anfrage, ob die Zeitung nicht nach Berlin verlegt und durch Annoncen verbilligt werden könne, da sie nur durch freiwillige Beiträge der Isalorganisirten Vereine unterstützt würde, fand dahin Beantwortung, daß dies laut Kongressbeschluß noch nicht möglich sei. Der Antrag, ein Ostervergnügen zu veranstalten, wurde dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

In der Generalversammlung der Berliner Filiale des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, die am 16. Januar im „Englischen Garten“ tagte, teilte der Kassier mit, daß im vergangenen Quartal die gesamte Einnahme 1715,55 M. und die Ausgabe 804,25 M. betrug, so daß 1111,30 M. an die Hauptkasse abgeliefert werden konnten. An vier arbeitslose Kollegen wurden als Weihnachtsgeschenke zusammen 52 M. gezahlt. Auf den zur Frage der arbeitslosen Unterstützung ausgegebenen Urabstimmungslisten, die sämtlich eingelaufen sind, wurden 540 Stimmen, und zwar 372 mit ja und 168 mit nein abgegeben. Die Generalversammlung beschloß, eigens für die Interessenten eine besondere Versammlung einzuberufen und dort über die statistische Festsetzung des neuen Unterstützungsbezweiges und alles sonst in dieser Sache nötige zu beraten. — Die Unterstützungs-Kommission nahm in der Zeit vom 19. September 1895 bis 10. Januar 1896 insgesamt 988,50 M. ein und hatte eine Ausgabe von 388,15 M., so daß einschließlich eines Betrages von 18,90 M. für später eingelieferte Biletts ein Bestand von 649,25 M. übrig blieb. Für diese Kommission war eine Neuwahl erforderlich; man betraute acht der betreffenden Mitglieder wieder mit diesem Posten, während Lithograph Jürgens an Stelle zweier ausgeschiedener Kollegen neu gewählt wurde. Zum Schluß teilte Siller mit, daß bei Wilhelm Dick in Prag ein Lithographenstreik ausgebrochen sei, dessen streikende Beendigung zu erwarten sei, sofern die Plätze der Streikenden nicht von auswärtigen Kollegen besetzt würden.

Die Holzarbeiter des Westens und Südwestens beschäftigten sich am Sonntag in einer Versammlung auf der Kochbräuererei mit der in Aussicht stehenden Lohnbewegung. Das Referat hatte H. W. Illar. Er schilderte in eingehender Weise die wirtschaftlichen Verhältnisse der Holzarbeiter, besonders der Bau- und Möbeltischler. Wenn in einigen Berufen einzelne Arbeiter wirklich noch einen halbwegs anständigen Lohn erhielten, so sei doch die übergroße Mehrzahl so schlecht gestellt, daß es endlich Zeit wäre, sich aufzuraffen, um bessere Verhältnisse anzustreben. Redner wies dann darauf hin, daß die Maschine immer mehr Eingang findet, wodurch die Handarbeit immer mehr verdrängt und der Arbeiter zum Spezialisten für bestimmte Stücke ausgebildet wird. Selbst in dem Bericht der Kaufmannschaft werde angegeben, daß die Löhne der Holzarbeiter um 10 pCt. gesunken sind, und in den „Statistischen Jahrbüchern“ sei nachgewiesen, daß ein ungeheurer Prozentsatz der Holzarbeiter an der Schwindsucht zu Grunde geht, was auf die schlechten sanitären Einrichtungen

und auf die lange Arbeitszeit zurückzuführen ist. Auch, um einem weiteren Rückgang der Lebenslage der Holzarbeiter vorzubeugen, sei es notwendig, die günstige jetzige Konjunktur auszunutzen und die Forderung nach neunständiger Arbeitszeit bei einer Minimal-Abchlagszahlung von 21 Mark pro Woche anzustellen. Auf das Kleinmeisterthum, das nur auf Kosten der Arbeiter mit dem Großkapital konkurriere und dadurch seine Existenz friste, könne bei einer Bewegung keine Rücksicht genommen werden, und damit die aufgestellten Forderungen nicht nur augenblicklich durchgesetzt, sondern auch dauernd aufrecht erhalten würden, sei der Anschluß eines jeden an die Organisation dringend nötig. Den Ausführungen folgte eine längere Diskussion, an der sich eine größere Anzahl von Kollegen beteiligten, die fast durchwegs im Sinne des Referenten sprachen. Glocke und Monin bedauerten den verhältnismäßig schwachen Besuch der wichtigen Versammlung. Die Kollegen in besserer Stellung hätten dennoch alle Ursache, für die schlechter gestellten Kollegen einzutreten, nicht nur weil es das Solidaritätsgefühl verlangt, sondern weil sie infolge des Unterangebots kaum in hande sein würden, ihre günstigere Stellung für die Dauer zu halten. Nachdem auf die Vertrauensmänner-Versammlungen hingewiesen und bekannt gegeben war, daß in nächster Zeit eine gemeinsame Versammlung mit den Meßknechten abgehalten werden soll, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der hiesigen Filiale des Holzarbeiter-Vereins in betreff einer Lohnbewegung einverstanden. Die Versammlung verpflichtet sich, für die aufgestellten Forderungen: 9 stündige Arbeitszeit und 21 Mark Minimal-Abchlagszahlung, sowie für eine prozentuale Lohnerhöhung in den Werkstätten, wo die bezugsfähigen Löhne nicht erreicht werden, petitorisch und moralisch einzutreten. Die Versammelten verpflichten sich ferner, sich, soweit dies noch nicht der Fall ist, dem Deutschen Holzarbeiter-Vereine anzuschließen.“ Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß in allen Werkstätten Vertrauensmänner gewählt werden, mit denen die weiteren Schritte beraten werden können. Außerdem erwartete er, daß von jedem einzelnen rührig agitiert wird.

Die in der Möbelpoliererei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sich am Sonnabend wiederum bei Keller, Kopenstr. 29, versammelt, um die am vorigen Sonntag vertagte Versammlung fortzusetzen. Die Versammlung, die von nahezu 500 Personen besucht war, hob zunächst den am vorigen Sonntag gefaßten Beschluß, daß die Klorderarbeit voll-

ständig zu verwerfen sei, mit großer Majorität wieder auf. Ein Antrag, eine siebenköpfige Kommission zu wählen, die einer demnächst einzuberufenden Versammlung bestimmte Vorschläge für die in diesem Frühjahr zu beginnende Lohnbewegung zu unterbreiten habe, wurde angenommen und in diese Kommission die Kollegen Weber, Wolff, Paul Kluge, Martin, Herm. Sädner, Hierig und Karl Wolff gewählt. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung, wie sich die Möbelpolier zum internationalen Kongreß zu verhalten hätten? beschloß die Versammlung, den diesjährigen internationalen Kongreß der Holzarbeiter in Amsterdam durch einen eigenen Delegierten der Berliner Möbelpolier zu beschicken.

Die Metallarbeiter in Schöneberg hielten am Sonnabend eine öffentliche Versammlung ab. Genosse Kohler sprach unter Beifall über den „Druck der besitzenden Klassen auf die Arbeiter“, bei der er besonders die Entwicklung der Dinge, Trübsal einer eingehenden Schilderung unterwarf. In der Diskussion wurde die Santheit der Schöneberger Metallarbeiter sehr getadelt, während Kleinfeldt einen energischen Appell an die dortigen Vertrauensmänner der Metallarbeiter richtete, mehr als bisher zu agitieren, da gerade dieses Jahr als ein günstiges für die Bewegung bezeichnet werden könne. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende zu reger Beteiligung an der am Sonnabend, den 25. Januar stattfindenden Gewerbegerichtswahl.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

H. 2, F. 2, Bergstr. 3a. — F. G., Rauen. Wenn keine abweichende Vereinbarung vorliegt, so tritt die innerhalb der gesetzlichen Frist ausgesprochene Kündigungsfrist für den Mietvertrag ein. Dennoch muß die Kündigung innerhalb der drei ersten Tage des Quartals dem Gegner spätestens zugegangen sein. Dies gilt jedoch nur für Mietverträge unter 150 M. oder für schriftliche Mietverträge mit einem höheren Mietzins. Handelt es sich um einen Mietvertrag mit einem Mietzins über 150 M. und ist dieser Vertrag lediglich mündlich und durch Uebergabe der Wohnung geschlossen, so endet er ohne weiteres mit Ablauf eines Jahres. — A., Poststr. Rein

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

- Dienstag, 21. Januar.
- Spernhaus.** Der Prophet.
 - Schauspielhaus.** Othello.
 - Deutsches Theater.** Lebenswende.
 - Festung-Theater.** Komtesse Sudent.
 - Berliner Theater.** Feodora.
 - Neues Theater.** Der Herr Direktor.
 - Residenz-Theater.** Hals über Kopf.
 - Vorher:** In doppelter Besetzung.
 - Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater.** Geschlossen.
 - Schiller-Theater.** Der Traum ein Leben.
 - Adolph Ernst-Theater.** Frau Lohengrin.
 - Central-Theater.** Eine tolle Nacht.
 - Alexanderplatz-Theater.** Die kleinen Sämmel. Vorher: Fortunio's Lied.
 - National-Theater.** Opfer der Großstadt.
 - Ischens, das Waldmädchen.**
 - Sells-Miance-Theater.** Hölle Duden.
 - Theater Unter den Linden.** König Chilperich.
 - American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.
 - Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.
 - Baummann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.
 - Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr: **Der Traum ein Leben.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: **Victoria. Onkel Fräulein.**

Alexanderplatz-Theater.

Zum 94. Male:
Die kleinen Sämmel.
Vaudeville in 2 Akten von S. Varney.
Nach Urtheil der gesammten hiesigen Presse die beste Novität dieser Saison.
Vorher: Fortunio's Lied. Operette.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Neuer Circus.

Circus Busch (Bahnhof Börse).
Dienstag, 21. Januar,
Abends 7 1/2 Uhr:

Grosse brillante Vorstellung

Ischens, das Waldmädchen.
Festlagen: 1. Barbarossa's Erwachen. 2. Hurrah Germania.
Ferner:

Neue Einlage: **Elektrisches Ballet.**
Aufßerdem:

Ein equestriertes Arrangement von 70 Heugaten, dressirt und vorgeführt vom Dir. Busch. Eine Damen-Schulquadrille, geritten von 6 Damen. Bator, ungar. Dergst, dress. u. geritten v. Hrn. Footitt-Burghardt. 3. 1. Male: Die franz. Schulkreuzerin Mlle. Logrand, mit ihrem Jüngst Petrusco. The Relampagos, Elite u. Akrobaten. Die amerikanischen Freunde, höchst kom. Episode. Auftreten der Gloriosa Gebr. Cavallini, Gebr. Dux, Dr. Veldeman und Tom-Tom.

Mittwoch: **Ischens, Fest-Einlagen.**
Fülle zu Festlichkeiten u. Versamml. unentgeltl. Alexanderstr. 27c.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Große Doppel-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Opfer der Großstadt.
Schauspiel in 3 Akten von J. F. Reich.
Regie: Fritz Schäfer.
Zum Schluß:
Ischens, das Waldmädchen.
Burdlesse von Hugo Busse.
Regie: Max Samst.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 31. Male:
Frau Lohengrin.
Schwan mit Gesang in 3 Akten von Ed. Jacobsen und W. Mannsädt.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.
Dienstag, den 21. Januar 1896:
Zum 139. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Voffe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wilh. Mannsädt.
Musik von Julius Einödshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Böhmisches Brauhaus

Landberger Allee.
Heute, sowie jeden Dienstag:
Soiree der altbeliebten Stettiner Sänger



(Meisel, Piatro, Britton, Steidl, Kraus, Rühl und Schrader)
Anfang präz 8 Uhr. — Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (f. Plakate).
Urkommisches Programm!
Freitag, den 24. Januar:
Stettiner Sänger-Gall in der Victoria-Bräuerel.
Festposonaise mit Damenspenden. Sänger-Wettstreit. — Künstler-Urtheil. — Anfang des Galles: 11 Uhr. — Biletts inkl. Soiree 2 M. 1,50 in der Musikalien-Handlung v. Steidl, Kommandantenstr. 1/2. **Gesellschafts-Tollette.**

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
Neu! Servins Neu! letzter Nachtwächter.
Boffe.
Signorina Carl. Alfredo Ross. Lotte Siger. Käthchen Möller.
Entree: Hochent. 10 Pf., Anf. 8 U. Sonntag 80 „ „ 6 „
R. Winkler.

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.

Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:
Affentheater und Circus.
30 Affen, 30 Hunde, 12 Pferde, Esel, Ziegen, Schweine, Hasen

Kaiser-Panorama

(Passage).
V. Jylland hochinteressant. Erinnerungen vom Feldzug 1870-71. Dritte Reise durch d. malerischen Alpen Ostalpen. Eine Reise 20 Pf., Kinder 10 Pf., Abonn., 8 Reisen, nur 1 M.

Das Löwenweib.

Allerseelen.
!! Der Eden-Garten!!
Marionetten
Castan's Panopticum.

Seh'n Sie, das ist ein Geschäft!!!

Jeden Abend
ansverkauft!!!
Kaufmann's Variété-Theater
Königsstraße, Kolonnaden.
Das Karneval-Programm
Zum **Todtschreien**
Blanck's Stadt-Klatsch
Hammerstein's Memoiren.
Transvaaler Friedenstanz
Chränen muß man lachen über
Hals über Kopf!!!

Paster's Festsäle
Neue Königstr. 7.
Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. (4208L)

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glock.
Täglich sensationeller Erfolg von
Dora Parness.
Salerno. Toni Daré.
Sergeant Simms
mit seinen 12 Negerknaben
u. f. w. u. f. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Walhalla-Theater

Oranienstr. 52 (Nicht am Moritzplatz).
Eine Stunde im
Zukunftstaat.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.

Feen-Palast

Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fräbel.
Das riesengroße, für Berlin neue
Januar-Programm.
Koloßaler Erfolg sämtlicher
Spezialitäten.
Am 10 Uhr: Auftreten der mit fürnischen Beifall aufgenommenen originellen Miniature- Soubrette
Princess Colibri.
Anfang (Sonntags 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr).
Entree 30 Pf. Reserv. Pl. 50 Pf.

W. Noack's

Konzert- und Gesellschafts-Säle,
Fronnstr. 16.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
Großes Konzert
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Großer Ball.
Empfehle meine hocheleganten Säle für Vereine, Privatgesellschaften zu den billigsten Bedingungen.
W. Noack.

Gardinen-Reste

von 2 bis 4 Fenstern, creme und weiß, spottbillig, empfiehlt
J. Adler Teppichfabrik,
Spandauerstr. 30, gegenüber dem Rathhause.

Th. Boltz' Festsäle,
S., Alte Jakob-Strasse 75. Amt 1, 1092. 4274L.
Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu kulantesten Bedingungen.

Kranken- u. Sterbetaße der Berliner Hausdiener.

(Eingefchr. Stifft. Nr. 6.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das langjährige treue Mitglied unserer Kasse

Karl Voll,

Fronnstr. 81, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Stirchhofes in der Pringel-Allee statt. Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Den an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeitern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fraiser

Otto Schmidt

im Alter von 52 Jahren gestorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, von dem Georgentichhof vor dem Landberger Thor statt. [82/11] Der Verrentnomann.

Dankagung.

Für die große Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter **Wilhelmine Dobrich geb. Stollberg** sagen wie allen Verwandten und Bekannten, namentlich aber dem Gesangsverein der **„Gemeinschaft“** unsern tiefgefühltesten Dank. 22906
Berlin, den 20. Januar 1896.
Der trauernde Ehegatte nebst Hinterbliebenen.

Dankagung.

Für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung meines Schwagers, des hoch **Adolf Spiegelhauser** sage ich allen Kollegen und Genossen im Namen der Hinterbliebenen besten Dank.
Robert Bartsch, Kupferschmied.

Franzbinderei und Blumenhandlung

Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
Bismarck-Stränge, Guirlanden, Wallständer, Bouquets u. f. w. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Blumenhandlung

P. Abromelt, Glückerstraße 14,
Berlin SW. 4238L.
Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w.
Billigste (Markt-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Empfehle Freunden und Bekannten mein **Reich u. Sattisch-Bier-Lokal.** Vereinszimmer. 1687b
J. Lenz, Alte Jakobstr. 69.

Brochnow's Ballsäle

Sebastianstraße 39 an der Jakobstraße.
Jeden Sonntag, Montag u. Dienstag:
Großer Ball.
Mittwoch, Donnerstag u. Freitag zu Versammlungen zu vergeben. Einige Sonnabende sind noch frei. 4244L.

